11/2026

Holger Schmelzeisen über Erfahrungen nach 25 Jahren bei Axians Infoma

Kommune 21
9,00 € / 16,00 sFr

www.kommune21.de

Kommune 21

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik



E-Government

- **Heidelberg:**
  Entwicklung neuer Ansätze zur Verwaltungsmodernisierung mit der Hochschule Ludwigsburg

Informationstechnik

- **Darmstadt:**
  Welche Konsequenzen die „Digitalstadt“ aus dem Ausfall des E-Mail-Systems zieht

Praxis

- **Hamm:**
  Ein Praxisleitfaden zeigt sieben Schritte zur KI-Nutzung in der Stadtverwaltung



Spezial

- **Baden-Württemberg:**
  Die Zusammenarbeit aller föderalen Ebenen soll die Digitalisierung voranbringen

ISSN 1618-2901 E54570

LEARNTEC

Schul-IT endet nicht mit der Geräteausgabe.

Erlebe school@**LEARN**TEC
mit Fachvorträgen, Workshops,
Diskussionsrunden und Möglichkeiten
zum Ausprobieren.



LEARNTEC – Die Messe für digitale Bildung
2. – 4. Februar 2027 | Messe Karlsruhe

Dein **LEARN**TEC-
Messe-Tagesticket für nur 9,99 €!

Exklusiv für die
Kommune21-Community →

messe
karlsruhe

Editorial



Jürgen Altmann

Liebe Leserinnen und Leser,

Darmstadt gilt als Vorreiter der Digitalisierung. Umso erschreckender ist der Zustand der städtischen IT, der sich durch einen zweitägigen E-Mail-Ausfall Ende Juni offenbarte. Die Verwaltung arbeitet mit einer veralteten Groupware, die historisch gewachsene IT-Landschaft ist hochkomplex und störanfällig. Ernüchternd sind die Zahlen, die Oberbürgermeister Hanno Benz im Interview mit Kommune21 *(Seite 24)* nennt: Bei seinem Amtsantritt im Jahr 2023 war in 51 von 52 Ämtern die E-Akte noch nicht eingeführt. 419 OZG-Leistungen waren nicht vollständig umgesetzt und mindestens 56 IT-Projekte standen noch aus.

Darmstadt zeigt, wohin eine Digitalisierungspolitik, die auf öffentlichkeitswirksame Leuchtturmprojekte setzt und dabei die Grundlagen vernachlässigt, führen kann. Was nützt der schönste digitale Leuchtturm, wenn das technische Fundament der Verwaltung bröckelt? Immerhin werden nun Konsequenzen gezogen. Eine Taskforce soll die Modernisierung beschleunigen, die IT-Projekte besser steuern und das veraltete E-Mail-System ablösen. Digitaldezernent Holger Klötzner erklärt die bisherige Leuchtturmpolitik für beendet.

Darmstadt ist vermutlich kein Einzelfall. Auch andernorts wurden technische Schulden angehäuft und notwendige Investitionen aufgeschoben. Die Lehre ist klar: Zunächst muss die Digitalisierung eine verlässlich funktionierende, effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung ermöglichen. Leuchtturmprojekte können dabei Orientierung geben. Sie ersetzen jedoch kein tragfähiges Fundament.

Ihr



Alexander Schaeff

Anzeige

Souveräne KI-Lösungen für die kommunale Verwaltung mit einer modernen **Low-Code-Plattform**.

Mit **cit intelliForm KIM** begeistern Sie Bürgerinnen und Bürger und entlasten Ihre Verwaltung durch intelligente Automatisierung.



cit intelliForm KIM.chat
KI-Chat hilft bei der Antragstellung online



cit intelliForm KIM.fill
befüllt Formulare KI-basiert mit Daten aus hochgeladenen Nachweisen

- modularer Ansatz ermöglicht den schnellen Einsatz von KI-Technologien in der Verwaltungsdigitalisierung
- einfache Einrichtung, Pflege und Anpassung durch Verwaltungsfachkräfte – ohne Programmierung oder KI-Know-how
- per Design volle digitale Souveränität, höchste Sicherheit und verlässlicher Datenschutz
- Daten verlassen die eigene Infrastruktur nicht und bleiben stets unter Kontrolle
- zukunftssicher und einfach zu betreiben dank Containerisierung und offener Standards

Mehr Informationen unter www.cit.de/kim

cit GmbH
Kirchheimer Str. 205
73265 Dettingen/Teck
(0 70 21) 950 858-0
info@cit.de

www.cit.de

Inhalt

Ausgabe 11/2026 – November

E-Government

Heidelberg: Stadt und Hochschule erproben neue Ansätze für die Verwaltungsmodernisierung 8

Interview: Holger Schmelzeisen, Axians Infoma, über 25 Jahre kommunale IT und die Zukunft der Digitalisierung 10

Titel

Digitalpakt 2.0: Der Deutsche Städtetag fordert eine dauerhafte Finanzierung der Schul-IT statt befristeter Förderprogramme 14

Ausstattung: Bei der Beschaffung digitaler Schulgeräte sollten Kommunen auch die langfristigen Betriebskosten berücksichtigen 16

Würzburg: Nach dem Ausbau der Schul-IT setzt die Stadt verstärkt auf strategische Steuerung und gemeinsame Standards 18

Worms: Eine zentral verwaltete Netzwerkplattform verbindet die 27 Schulen der Stadt 20

Rosenheim: Microsoft 365 an 15 Schulen eingeführt 22

Informationstechnik

Darmstadt: Im Interview erläutern OB Hanno Benz und Stadtrat Holger Klötzner, wie die Stadt ihren IT-Modernisierungsstau auflösen will 24

Amtsfunk: Eine neue digitale Community fördert den Wissensaustausch und die Zusammenarbeit im öffentlichen Sektor 28

eNoVA-Gesetz: München entwickelt eine Open-Source-Lösung für den elektronischen Datenaustausch mit Notariaten 30

VOIS: Gemeinsamer Datenraum soll Verwaltungsverfahren vereinfachen 32

Hundeverwaltung: Digitale Lösung ersetzt die klassische Marke 34

Wohngeld: Im Rahmen des Agentic AI Hub hat die Stadt Nettetal ein komplett neues Fachverfahren entwickelt und in Betrieb genommen 36

Kita-Lösungen: Kreis Herford vereinfacht mit einer neuen Fachanwendung die Verwaltung und Abrechnung der Kindertagespflege 38

Ferienbetreuung: Kreis Nienburg/Weser digitalisiert die Anmeldung und Verwaltung von Betreuungsangeboten 40

Bürgerinformation: Digitale Anzeige- und Informationssysteme erleichtern die Orientierung in Verwaltungsgebäuden 42

Branchen-News:
MACH, AKDB, regio iT 43

Praxis

Hamm: Sieben Schritte zur eigenständigen Einführung von KI ... 44

Augsburg: Online-Dienste werden zu integrierten Services 46

Braunlage: Stadt modernisiert Dokumentenmanagement und Finanzwesen 48

Spezial

Baden-Württemberg:
Landes-CDO Ronja Kemmer über die Digitalisierung im Ländle, föderale Standards und KI 50

Komm.ONE: In einem Webinar wurde erläutert, wie Land und Kommunen bei der Verwaltungsdigitalisierung enger zusammenarbeiten wollen 52

Stuttgart: Mit ChatSTR stellt die Landeshauptstadt ihren Beschäftigten eine zentrale KI-Plattform zur Verfügung 56

Rubriken:
Editorial 3
News 6
IT-Guide 58
Vorschau, Impressum 66



Schulen werden immer digitaler

Die technische Ausstattung der Schulen ist vielerorts weit vorangekommen. Nun rücken der dauerhafte Betrieb, die Finanzierung und die strategische Weiterentwicklung der Schul-IT in den Mittelpunkt. Wie Kommunen diesen Aufgaben begegnen, zeigen Beispiele aus Würzburg, Worms und Rosenheim. *ab Seite 14*

Das Digital-Abo von Kommune21
Interaktives Heft-PDF und ePaper



Jetzt die Zusatzvorteile sichern: Jede Ausgabe von Kommune21 als Heft-PDF und ePaper in Ihrem Intranet!

Umfassend informiert: Heft-PDF und ePaper im Abo. **kommune21.de/abo**

News

News-Ticker

Mecklenburg-Vorpommern: KI für Bauantrag
Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte setzt bei der Baugenehmigung auf Künstliche Intelligenz. Ein neuer KI-Assistent führt durch das Verfahren.
- www.lk-mecklenburgische-seenplatte.de

Kaiserslautern: Klimadaten im Geoportal
Die Stadt Kaiserslautern stellt jetzt in ihrem Geoportal zahlreiche digitale Karten und Fachdaten zu Klimaschutz und Klimaanpassung bereit.
- https://t1p.de/93w6u

Dortmund: App erfasst Sicherheitsgefühl
Mit der Anwendung LINa können Bürgerinnen und Bürger in Dortmund ihre Wahrnehmungen zum Wohnumfeld direkt an die Stadtverwaltung melden.
- www.dortmund.de

Osnabrück: Basis für Finanzprozesse
Die Stadt Osnabrück stellt ihre Finanzprozesse auf SAP S/4HANA Cloud Private Edition um. Der Plattformwechsel soll standardisierte Prozesse ermöglichen.
- www.osnabrueck.de

Open Source Wettbewerb

Kommunen ausgezeichnet

Die Städte Bamberg und Halle (Saale) zählen zu den Preisträgern des Open Source Wettbewerbs 2026. Die Auszeichnungen wurden auf der diesjährigen Smart Country Convention (SCCON) in Berlin vergeben. Besonders erfolgreich war die Stadt Bamberg, die mit ihrem Projekt BaKIM die erstmals ausgeschriebene Kategorie Künstliche Intelligenz gewann. Damit wurde eine kommunale Lösung in einem Themenfeld ausgezeichnet, das für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung zunehmend an Bedeutung gewinnt. Auch die Stadt Halle (Saale) konnte sich über eine Auszeichnung freuen. Ihr Projekt HAL-Plan erhielt den Community Award des Wettbewerbs. Bei der öffentlichen Abstimmung zum Wettbewerb wurden insgesamt mehr als 6.000 Stimmen abgegeben. Die beiden Auszeichnungen unterstreichen die Rolle der Kommunen bei der Entwicklung und Nutzung quelloffener Software.

www.stadt.bamberg.de
https://halle.de

Ingolstadt

IT-Notfall geprobt

Wie handlungsfähig bleibt eine Stadtverwaltung, wenn zentrale IT-Systeme ausfallen? Dieser Frage ist die Stadt Ingolstadt gemeinsam mit dem bayerischen Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) bei einer IT-Notfallübung nachgegangen. Ziel war es, sowohl die organisatorischen Abläufe im Krisenfall als auch die technischen Reaktionsmöglichkeiten zu überprüfen und Verbesserungspotenziale zu identifizieren. Nach Angaben des LSI bestand die Übung aus zwei aufeinander abgestimmten Teilen: einem moderierten Planspiel, einem sogenannten Tabletop-Szenario, und einem technischen Praxistest. Bei der Notfallübung wurden funktionierende Abläufe bestätigt, aber auch konkrete Optimierungsmöglichkeiten bei Entscheidungswegen, Kommunikationsstrukturen und technischen Maßnahmen identifiziert. Die Erkenntnisse sollen in die weitere Notfallplanung der Stadt Ingolstadt einfließen.

www.lsi.bayern.de
www.ingolstadt.de



Kreisstadt Mettmann

Mettmanns Mammut Metti.

Mettmann

Metti gibt Auskunft

Auf der Website der Stadt Mettmann unterstützt ein KI-basierter Bürgerassistent bei der Suche nach Informationen und Verwaltungsangeboten. Wie die Stadt mitteilt, beantwortet der Chatbot namens Metti in Gestalt eines Mammuts (das Neandertal liegt nahe) Fragen in mehr als zehn Sprachen und verweist dabei auf die jeweiligen Informationsquellen. Für die Einführung des digitalen Assistenten seien insbesondere der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, geringe technische Hürden, hohe Datenschutzstandards und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis ausschlaggebend gewesen.

www.mettmann.de

Smart Country Convention

Volle Hallen, viele Themen

Die Smart Country Convention (SCCON) hat vom 13. bis 15. Oktober 2026 mehr als 30.000 Besucherinnen und Besucher nach Berlin gelockt. Das entspricht einem Zuwachs von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wie die Veranstalter Bitkom und Messe Berlin mitteilen, präsentierten mehr als 650 Aussteller auf 27.000 Quadratmetern ihre Lösungen für die Digitalisierung von Staat und Verwaltung. Auf sieben Bühnen standen über 900 Speaker und mehr als 1.400 Sessions auf dem Programm. Thematische Schwerpunkte waren Verwaltungsdigitalisierung, Smart Cities, digitale Sicherheit sowie KI- und Cloud-Technologien. „Das enorme Interesse an der Smart Country Convention zeigt, dass die Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Gemeinden aktiv in die Umsetzung gehen“, erklärte Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst. Die nächste Smart Country Convention findet vom 5. bis 7. Oktober 2027 in Berlin statt.

www.smartcountry.berlin

Rheingau-Taunus-Kreis

Eigenes KI-Sprachmodell

Der Rheingau-Taunus-Kreis will ein KI-Sprachmodell in einer kontrollierten und sicheren Umgebung betreiben. Dafür erhält der Kreis rund 200.000 Euro aus dem kommunalen Digitalförderprogramm „Starke Heimat Hessen“. Der Kreis prüft zunächst geeignete Betriebsmodelle, bevor eine Pilotanwendung aufgebaut wird. Zur Auswahl stehen eigene Server, das Rechenzentrum eines kommunalen IT-Dienstleisters, ein zertifizierter externer Anbieter und dezentrale KI-Hardware. Datenschutz und Informationssicherheit sind dabei zentrale Kriterien. Sensible Verwaltungsinformationen sollen geschützt und ungewollte Datenabflüsse vermieden werden.

www.rheingau-taunus.de

OSBA

Brücke zu Kommunen

Die Open Source Business Alliance (OSBA) will den Einsatz offener Technologien auch in Kommunen stärken. Die neu gegründete Working Group Open Source in Kommunen soll dazu beitragen, die spezifischen Anforderungen der kommunalen Verwaltung stärker zu berücksichtigen und geeignete Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Einsatz von Open-Source-Software zu schaffen. Ein Schwerpunkt liegt auf Hilfestellungen für die Verwaltungspraxis. Geplant sind Leitfäden, Entscheidungshilfen und Mustervorlagen, die Kommunen dabei unterstützen sollen, Open-Source-Lösungen rechtssicher auszuschreiben und zu betreiben. Zudem sollen Empfehlungen zu offenen Standards und Schnittstellen erarbeitet werden.

https://osb-alliance.de

Freiburg

Datenspaziergang in der City

Die Stadt Freiburg macht die Nutzung urbaner Daten im Rahmen ihres Smart-City-Projekts anschaulich. Ein neuer Datenspaziergang führt auf einer rund drei Kilometer langen Route vom Rathaus im Stühlinger bis zum Stadtgarten. Dabei erfahren Interessierte an insgesamt fünf Stationen, wie digitale Technologien Daten erfassen, verarbeiten und für kommunale Aufgaben nutzbar machen. Hinweisschilder erläutern die technischen Hintergründe und den konkreten Nutzen der Anwendungen.



Stadt Freiburg im Breisgau

Station des Datenspaziergangs.

https://t1p.de/hmdwo

Anzeige

Infoma

FÜR DIE BESSER-MACHER!*

*DANKE, DASS IHR VERWALTUNG NEU DENKT.

JETZT ANSCHAUEN

axians

Experimentieren und Lernen

Heidelberg und die Hochschule Ludwigsburg wollen gemeinsam neue Ansätze für die Verwaltungsmodernisierung entwickeln. Im Fokus stehen praxisnahe Forschung, eine neue Experimentierkultur und die Frage, wie sich Innovationen auf andere Kommunen übertragen lassen.

Die Stadt Heidelberg und die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg wollen gemeinsam Impulse für die Modernisierung und Digitalisierung der Kommunalverwaltung entwickeln und haben Anfang dieses Jahres eine entsprechende Kooperation vereinbart. Ziel ist es, Lösungen zu identifizieren und zu erproben, die Verwaltungsleistungen einfacher, schneller und wirksamer machen. Von Beginn an verfolgen die Partner dabei das Ziel, Erkenntnisse zu gewinnen, die auch anderen Städten und Gemeinden zugutekommen.



Stadt Heidelberg

Kooperation will Wissenschaft und kommunale Praxis zusammenbringen.*

Die HS Ludwigsburg – die laut Rektorin Iris Rauskala neben der HS Kehl als zentrale Ausbildungsstätte für den kommunalen Verwaltungsnachwuchs des gehobenen Dienstes fungiert – deckt alle zentralen Handlungsfelder moderner Verwaltung ab. Die Kooperation ermögliche es, aktuelle Fragestellungen der Verwaltungsmodernisierung direkt in Lehre, Forschung und Projektarbeit einzubinden. „So profitieren die Studierenden von realen Herausforderungen der kommunalen Praxis“, erklärt Rauskala. „Die Stadt Heidelberg erhält gleichzeitig unmittelbaren Zugang zu wissenschaftlichen Methoden, aktuellen Forschungserkenntnissen und neuen Perspektiven für die Verwaltungsmodernisierung. Dadurch entsteht ein echter Mehrwert für beide Seiten: Wissenschaft wird praxisrelevant und Praxis wird wissenschaftlich reflektiert.“

Warum Heidelberg für die Hochschule der passende Partner ist, erläutert Benjamin Zierock vom städtischen Team Innovation und Wissenschaftskooperationen und einer der Projektinitiatoren: „Für uns ist Innovation kein Selbstzweck, sondern muss einen konkreten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger wie auch für die Verwaltung und deren Mitarbeitende schaffen.“ Diese Haltung präge die Stadt seit vielen Jahren und werde von Oberbürgermeister Eckart Würzner auch konsequent unterstützt. „Uns interessiert vor allem die Frage, welche Ansätze staatliches Handeln tatsächlich verbessern und welche Lösungen sich anschließend auf andere Kommunen übertragen lassen“, sagt Zierock. Die Zusammenarbeit mit der HS Ludwigsburg schaffe hierfür den idealen Rahmen. „Hier wirken wissenschaftliche Erkenntnisse und kommunale Praxis unmittelbar zusammen. Dadurch können wir

* Heidelbergs Oberbürgermeister Eckart Würzner und die Rektorin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, Dr. Iris Eliisa Rauskala, bei der Unterzeichnung der Absichtserklärung.

Innovationen nicht nur entwickeln, sondern auch deren Wirkung besser verstehen und messbar machen."

Ein wesentlicher Baustein für den Erfolg der Kooperation ist nach Angaben von Benjamin Zierock der kontinuierliche Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis: „Wir diskutieren aktuelle Herausforderungen, bringen unterschiedliche Perspektiven zusammen und identifizieren gezielt Themen, bei denen wissenschaftliche Expertise einen konkreten Lösungsbeitrag leisten kann." So sollen letztlich Innovationen entstehen, die im Verwaltungsalltag tatsächlich Anwendung finden und einen spürbaren Mehrwert erzeugen.

Für die Zusammenarbeit kommen laut HS-Rektorin Iris Rauskala unterschiedliche Formate infrage – neben Forschungsprojekten seien insbesondere studentische Arbeiten und Praxisprojekte denkbar, in denen konkrete Fragestellungen der Stadt Heidelberg bearbeitet werden. Als aktuelles Beispiel führt sie ein Projekt im Personalbereich an. Dabei beschäftigen sich Studierende mit der Frage, wie zukünftige Führungskräfte früher erkannt, gezielt entwickelt und für die Übernahme von Führungsverantwortung gewonnen werden können.

Die Hochschule verfolge mit der Kooperation darüber hinaus einen klaren wissenschaftlichen Anspruch, ergänzt Rafael Bauschke, Professor an der HS Ludwigsburg und ebenfalls einer der Projektinitiatoren. Denn kommunales Innovations- und Veränderungsmanagement sei bislang noch nicht ausreichend erforscht. „Wir möchten besser verstehen, unter welchen Bedingungen neue Ideen und Ansätze in Verwaltungen entstehen und auch erfolgreich umgesetzt werden", erläutert er.

Eine zentrale Erkenntnis, die aus ersten Workshops und Austauschformaten gewonnen werden konnte, lautet nach Angaben von HS-Rektorin Iris Rauskala: Innovation beginnt nicht bei der Technologie, sondern bei den Menschen. „Veränderung gelingt dort, wo Mitarbeitende Sinn und Relevanz einer Neuerung erkennen", erklärt sie. „Unsere Erfahrungen zeigen, dass Verwaltungen keineswegs grundsätzlich veränderungsresistent sind. Im Gegenteil: Sie verfügen über eine hohe Veränderungskompetenz. Entscheidend ist aber, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Beteiligung ermöglichen und Veränderungen nachvollziehbar machen. Genau hier sehen wir einen wichtigen Ansatzpunkt für Forschung und Praxis."

Im Fokus der Zusammenarbeit steht laut der Hochschule und der Stadt Heidelberg nun zunächst insbesondere das Ziel, einen gänzlich neuen Zugang zu Innovation und Veränderung zu schaffen – die sogenannte „Verwaltungsinnovation Sandbox". Die Verwaltung werde häufig als sehr konservative und vorsichtige Institution wahrgenommen, die Risiken minimiere, erläutert Benjamin Zierock den Hintergrund. Zwar sei dies richtig und wichtig, denn die Verwaltung brauche Verlässlichkeit, Rechtssicherheit und stabile Prozesse. „Gleichzeitig benötigen wir Räume, in denen neue Lösungsansätze schnell, risikoarm und praxisnah erprobt werden könnten", so Zierock weiter. „Unser Ansatz ist daher: Nicht monatelang über Lösungen diskutieren, sondern früh Prototypen entwickeln, testen und daraus lernen." Die digitale Transformation verlange eine neue Form des Handelns; Experimentieren und Lernen würden dabei ebenso wichtig wie Planung und Steuerung. „Die Verwaltungsinnovation Sandbox bietet hierfür einen sicheren Rahmen und kann Kommunen helfen, von einer Kultur der Perfektion hin zu einer Kultur des wirksamen Ausprobierens zu gelangen."

Ihre Zusammenarbeit sehen Hochschule und Stadt als kontinuierlichen Prozess. Wichtiger als einzelne Meilensteine sei der langfristige Aufbau eines Innovationsökosystems zwischen Wissenschaft und kommunaler Praxis, also eine Struktur zu schaffen, in der Herausforderungen frühzeitig identifiziert, gemeinsam analysiert und anschließend in konkrete Lösungen übersetzt werden. „Im Mittelpunkt steht eine Kultur des gemeinsamen Lernens und Experimentierens", fasst Benjamin Zierock zusammen. „Unser Erfolg wird sich daran messen lassen, ob daraus dauerhaft eine höhere Innovations- und Veränderungsfähigkeit entsteht – in Heidelberg und perspektivisch auch in anderen Kommunen." HS-Rektorin Iris Rauskala fügt hinzu: „Wenn wir aus dieser Zusammenarbeit zugleich wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Ausbildung im öffentlichen Dienst gewinnen, dann entsteht ein Mehrwert, der weit über die beiden Partner hinausreicht. Letztlich profitieren davon künftige Führungskräfte, Verwaltungen und die kommunale Familie insgesamt."

Bettina Weidemann

Gegenseitiges **Vertrauen**

Nach 25 Jahren bei Axians Infoma verabschiedet sich Holger Schmelzeisen in den Ruhestand. Im Interview mit Kommune21 blickt er auf seine Anfänge im Unternehmen und die turbulenten Jahre bei der Einführung der Doppik zurück.

Herr Schmelzeisen, Sie gehen nach 25 Jahren bei Axians Infoma in den Ruhestand. Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken: Welche Entwicklungen und Entscheidungen sind Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Zunächst möchte ich eines herausstellen: Unsere Erfolgsgeschichte war stets eine Mannschaftsleistung. Wir haben in dieser Zeit mit Teamgeist gemeinsam sehr viel erreicht und auch gestaltet – und das tun wir bis heute. Besonders wichtig waren für uns natürlich die zahlreichen Entscheidungen von Direktkunden, ebenso auch neue Rechenzentrumspartner zu gewinnen. Heute arbeiten wir mit 16 kommunalen IT-Dienstleistern in Deutschland zusammen. Auch die großen Kirchenprojekte mit Bistümern, Landeskirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland waren wichtige Meilensteine.

Als Sie im August 2001 zu Infoma kamen, war das Unternehmen noch vergleichsweise klein. Wie haben Sie diese Anfangszeit erlebt?

Wir sind damals mit 15 Kollegen von einem Wettbewerber zu Infoma gewechselt. Das Unternehmen hatte zu diesem Zeitpunkt gerade die Marke von 50 Mitarbeitern überschritten und bundesweit eine überschaubare Anzahl von „Navision"-Kunden. Wir kamen aus einem Unternehmen mit dezentralen Strukturen und mussten uns zunächst einmal vertrieblich neu aufstellen. Aber wir haben von Anfang an richtig Gas gegeben und relativ schnell Fuß gefasst. Heute beschäftigt Axians Infoma rund 350 Mitarbeiter in Deutschland.

Ein entscheidender Einschnitt für die kommunale IT war die Einführung der Doppik. Warum war diese Reform für Infoma so wichtig?

Die Doppik hat unserer Branche einen enormen Schub gegeben. Die ersten Pilotprojekte begannen etwa 2005, anschließend wurde die Umstellung in vielen Bundesländern verpflichtend. Für uns war diese Zeit sehr herausfordernd. Zwischen 2005 und 2009 haben wir teilweise 15 Umstellungsprojekte gleichzeitig in einer Region durchgeführt. Insgesamt waren es zeitweise rund 50 Projekte, die parallel umgesetzt wurden. Das war nur mit einem enormen Einsatz unserer Mitarbeitenden möglich.

Die Doppik sollte den Kommunen auch bessere Steuerungsmöglichkeiten eröffnen. Hat sich diese Erwartung erfüllt?



Axians Infoma

Holger Schmelzeisen

Das muss man differenziert betrachten. Die Kommunen, die frühzeitig in die Doppik umgestiegen sind, hatten eine ganz andere Motivation. Sie wollten ihre Haushaltssteuerung tatsächlich verändern. Bei denjenigen, die später aufgrund gesetzlicher Vorgaben umstellen mussten, haben wir dagegen häufig erlebt, dass zwar der Buchungsstil gewechselt wurde, aber nicht die Denkweise. Da wurden viele Zahlenfriedhöfe produziert, ohne dass daraus bessere Steuerungsentscheidungen entstanden wären. Dabei liegt genau darin der eigentliche Vorteil der Doppik: Sie bildet beispielsweise den Vermögensverzehr ab und schafft damit eine wesentlich bessere Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungen.

Nach Abschluss der großen Umstellungswelle hätte man erwarten können,

dass das Geschäft deutlich zurückgeht. Wie ging es weiter?

Diese Sorge hatten wir damals tatsächlich selbst. Auch bei uns fragten sich manche Kollegen, was wir nach 2009 eigentlich noch machen würden, wenn alle Kommunen ihre Buchhaltung umgestellt hätten. Aber dann begann die nächste große Phase. Zahlreiche kommunale Rechenzentren orientierten sich technologisch neu und suchten nach leistungsfähigeren Lösungen für das doppische Rechnungswesen. Zwischen 2009 und etwa 2020 haben wir viele weitere Rechenzentrumspartner gewonnen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen.

„Für uns war es immer wichtig, bei neuen Entwicklungen vorne dabei zu sein und sie mitzugestalten."

Was war dabei der entscheidende Erfolgsfaktor?

Neben der Leistungsfähigkeit unserer Software waren es vor allem zufriedene Kunden und gute Referenzen. Wenn ein Rechenzentrum oder eine Kommune positive Erfahrungen mit unserer Lösung gemacht hatte und bereit war, darüber zu sprechen, war das für uns von großem Vorteil. Eine glaubwürdige Empfehlung aus der Praxis ist letztlich die beste Werbung. Hinzu kam, dass wir unsere Lösungen kontinuierlich weiterentwickelt haben. Beispielsweise haben wir früh damit begonnen, die Software-Aktualisierung in den Rechenzentren zu automatisieren. Früher mussten Mitarbeiter teilweise ganze Wochenenden damit verbringen, Updates für zahlreiche kommunale Kunden einzuspielen. Solche Prozesse zu automatisieren, war ein erheblicher Fortschritt und hat auch unsere Partner entlastet.

Axians Infoma hat sich in diesen Jahren auch als Unternehmen stark verändert. Welche Weichenstellungen waren aus Ihrer Sicht besonders wichtig?

Eine wichtige Entscheidung war zunächst der Verkauf durch die früheren Eigentümer. Für ein wachsendes Unternehmen ist es grundsätzlich positiv, einen finanzstarken Partner im Hintergrund zu haben, der Investitionen ermöglicht. Allerdings hat sich diese erste Konstellation nicht in jeder Hinsicht so entwickelt, wie wir es uns erhofft hatten. Umso wichtiger war später die Zugehörigkeit zur Dachmarke Axians von VINCI Energies. Damit wurden und sind wir bis heute Teil eines international agierenden Konzerns. Gleichzeitig war und ist unsere langjährige Partnerschaft mit Microsoft ein entscheidender Faktor. Wir profitieren erheblich von dessen technologischer Innovationskraft.

Diese Partnerschaft prägt auch die aktuelle Entwicklung in Richtung Cloud und Künstliche Intelligenz. Wie stark hat sich dadurch Ihr Geschäft verändert?

Wir müssen technologische Entwicklungen nicht jedes Mal vollständig selbst vorantreiben, weil viele Innovationen bereits über die Plattform Microsoft Dynamics 365 Business Central bereitgestellt werden. Unsere Aufgabe besteht darin, daraus sinnvolle Anwendungen für die öffentliche Verwaltung zu entwickeln. Das gilt für die Cloud ebenso wie für KI. Wir müssen überlegen, wo diese Technologien tatsächlich einen Mehrwert schaffen und wie sie die Mitarbeiter in den Verwaltungen entlasten können. Gerade angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels wird das immer wichtiger. Ich bin überzeugt, dass viele Verwaltungen in absehbarer Zeit erhebliche Schwierigkeiten haben werden, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden.

Beim Thema Cloud waren die Kommunen lange Zeit zurückhaltend. Hat sich diese Haltung inzwischen grundlegend verändert?

Es hat sich sehr viel bewegt. Wir haben vor etwa zwei Jahren entschieden, unsere Lösungen grundsätzlich als Cloud-Angebot zu positionieren. Zuvor gab es eine Übergangsphase, in der Kunden zwischen Cloud und lokalem Betrieb wählen konnten. Inzwischen bieten wir im Regelfall Cloud-Lösungen an, auch wenn wir bei entsprechenden Anforderungen weiterhin On-Premises-Lösungen ermöglichen. Bei unseren direkten kommunalen Kunden hat das sehr gut funktioniert. Innerhalb von zwei Jahren haben sich mehr als 100 Kommunen für diesen Weg entschieden.

Was hat diesen Sinneswandel ausgelöst?

Da spielen mehrere Faktoren zusammen. Zum einen haben Katastrophen wie die Flut im Ahrtal ▶

gezeigt, wie schnell die gesamte IT-Infrastruktur einer Verwaltung zerstört werden kann. Hinzu kommen die zahlreichen Cyber-Angriffe auf Kommunen. In solchen Situationen wurden Entscheidungen für die Cloud teilweise innerhalb weniger Wochen getroffen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist der Fachkräftemangel. Versuchen Sie heute einmal, einen qualifizierten Microsoft-Spezialisten zu den Bedingungen des öffentlichen Tarifrechts zu gewinnen.

Gleichzeitig wird intensiv über digitale Souveränität und die Abhängigkeit von amerikanischen Technologieunternehmen diskutiert. Spüren Sie diese Debatte?

Natürlich ist diese Diskussion da, und wir nehmen sie ernst. Gleichzeitig muss man sehen, dass die Entscheidung für eine Cloud-Lösung aus Sicht der Kommunen häufig ganz praktische Gründe hat. Die Bedrohung durch Cyber-Angriffe, die Gefahr eines Ausfalls der eigenen Infrastruktur und der Personalmangel sind unmittelbar spürbar. Diese Herausforderungen beeinflussen Entscheidungen oftmals stärker als die grundsätzliche Diskussion über technologische Abhängigkeiten. Microsoft unternimmt zudem viel, um den Anforderungen der öffentlichen Verwaltung gerecht zu werden. Aber ich würde nicht behaupten, dass die Cloud-Diskussion bereits abgeschlossen ist. Wir haben viel Überzeugungsarbeit geleistet, und diese Arbeit trägt inzwischen Früchte. Die Entwicklung geht aus meiner Sicht klar in Richtung Cloud.

Neben der Cloud ist Künstliche Intelligenz das beherrschende Technologiethema. Welche Bedeutung haben insbesondere KI-Agenten für die kommunale Verwaltung?

Ich halte das für eine ausgesprochen wichtige Entwicklung. Vereinfacht gesagt sind KI-Agenten digitale Mitarbeiter, die bestimmte Aufgaben innerhalb eines Verwaltungsprozesses übernehmen können. Denken Sie beispielsweise an einen Vorgang, bei dem ein Sachbearbeiter Daten erfasst, ein Vorgesetzter diese prüft und anschließend weitere Bearbeitungsschritte bis hin zur Zahlung erfolgen. Solche Abläufe lassen sich durch einen oder mehrere miteinander verbundene KI-Agenten unterstützen und automatisieren. Dabei kann genau festgelegt werden, welche Aufgaben ein Agent übernehmen darf und wo seine Grenzen liegen.

Könnten solche Agenten künftig komplette Verwaltungsprozesse selbstständig erledigen?

Technologisch sehe ich da sehr große Möglichkeiten. Ob tatsächlich sämtliche Schritte vollständig automatisiert werden sollten, ist eine andere Frage. Mir ist wichtig, dass der Mensch jederzeit die Kontrolle behält. Ein Mitarbeiter muss einen Prozess unterbrechen, überprüfen und entscheiden können, wie es weitergeht. Die Verantwortung bleibt beim Menschen. Gerade für die öffentliche Verwaltung ist das ein entscheidender Punkt. Wenn wir KI auf diese Weise einsetzen, kann sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Sie kennen die Kommunalverwaltung nicht nur als IT-Dienstleister, sondern haben dort selbst 13 Jahre gearbeitet.

„Entscheidend ist, dass man sich persönlich kennt und Vertrauen aufbaut.“

Wie beurteilen Sie den Stand der Verwaltungsdigitalisierung heute?

Das Bild ist ausgesprochen unterschiedlich. Es gibt Kommunen, die schon sehr weit sind und digitale Prozesse konsequent umsetzen. Andere stellen lediglich PDF-Formulare ins Internet und betrachten das bereits als Digitalisierung. Diese Unterschiede sehen wir auch bei unseren rund 1.500 Kunden. Manche nutzen unsere Lösungen sehr innovativ und automatisieren zahlreiche Abläufe. Andere erledigen ihr Tagesgeschäft weiterhin weitgehend auf traditionelle Weise, solange genügend Personal vorhanden ist. Erst wenn Mitarbeiter ausscheiden, entsteht häufig der Druck, etwas zu verändern.

Woran liegt es, dass manche Kommunen deutlich schneller vorankommen als andere?

Das hängt ganz wesentlich von den handelnden Personen ab. Wenn ein Bürgermeister oder eine Verwaltungsleitung offen für Veränderungen ist und die Digitalisierung aktiv vorantreibt, lässt sich viel bewirken. Ich habe selbst eine Verwaltungs-

ausbildung absolviert und 13 Jahre in diesem Bereich gearbeitet, bevor ich 1990 in die IT-Branche gewechselt bin. Deshalb kenne ich die Strukturen und unterschiedlichen Denkweisen sehr gut. Man entwickelt mit der Zeit ein Gespür dafür, ob jemand wirklich etwas bewegen möchte oder vor allem das Bestehende verwaltet.

Verändert sich diese Haltung mit einer neuen Generation von Verwaltungsmitarbeitenden?

Ja, diesen Wandel nehme ich durchaus wahr. Schon die Ausbildung hat sich verändert. Früher stand die Kameralistik im Mittelpunkt, heute spielen betriebswirtschaftliche Kenntnisse und kaufmännisches Rechnungswesen eine wesentlich größere Rolle. Junge Mitarbeiter bringen häufig viele Ideen und eine hohe Veränderungsbereitschaft mit.

Sie haben während Ihrer Laufbahn zahlreiche kommunale Entscheidungsträger kennengelernt. Welche Bedeutung hatten die persönlichen Kontakte für Ihren Erfolg?

Eine ganz entscheidende. Natürlich sind öffentliche Vergabeverfahren streng formalisiert, und das ist auch richtig so. Aber wenn man über 20 Jahre zusammenarbeitet, entsteht gegenseitiges Vertrauen. Man kennt sich, weiß, worauf man sich verlassen kann, und kann auch einmal offen über Probleme sprechen. Ich habe zu einigen Kunden über Jahrzehnte hinweg sehr partnerschaftliche Geschäftsbeziehungen aufgebaut. Von einigen langjährigen Ansprechpartnern werde ich mich noch persönlich verabschieden.

Gibt es ein besonderes Erlebnis aus diesen Jahren, an das Sie sich gerne erinnern?

Da gibt es viele. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir ein Projekt, bei dem sich ein Rechenzentrum eigentlich schon für einen Wettbewerber entschieden und entsprechende Lizenzen erworben hatte. Für uns schien die Tür zunächst verschlossen. Also haben wir uns direkt an die angeschlossenen Kommunen gewandt und konnten schließlich 15 der größeren Verwaltungen von unserer Lösung überzeugen. Das war aus meiner Sicht eine unglaubliche Energieleistung mit sehr viel Herzblut. Solche Erfolge vergisst man nicht, zumal aus diesen Projekten Geschäftsbeziehungen entstanden sind, die bis heute Bestand haben.

Heute finden viele Gespräche digital statt, klassische Messen und persönliche Begegnungen werden seltener. Wird es für Ihre Nachfolger schwieriger, solche Beziehungen aufzubauen?

Ich halte den persönlichen Kontakt weiterhin für elementar. Deshalb war es mir auch wichtig, dass meine Kolleginnen und Kollegen diese Beziehungen frühzeitig übernehmen und selbst weiterentwickeln. Dafür muss man nicht Geschäftsführer sein. Ich bin selbst erst seit dem Jahr 2019 Geschäftsführer, hatte aber schon lange vorher als Prokurist enge Kundenkontakte. Entscheidend ist, dass man sich persönlich kennt und Vertrauen aufbaut. Gerade wenn einmal etwas nicht optimal läuft, ist das durch nichts zu ersetzen. Ich bin zuversichtlich, dass meine Kollegen diese Art der Zusammenarbeit fortführen werden.

Wenn Sie zum Abschluss nach vorne blicken: Welche Herausforderungen werden die Kommunen in den kommenden zehn Jahren besonders beschäftigen?

Ich wäre vorsichtig mit konkreten Prognosen. Die technologische Entwicklung beschleunigt sich gerade durch Künstliche Intelligenz in einem Tempo, das wir so bisher nicht kannten. Ich habe heute schon das Gefühl, dass sich alles immer schneller dreht. Und ich glaube, das wird noch erheblich zunehmen. Für die Kommunen bedeutet das, dass sie sich mit diesen Entwicklungen beschäftigen müssen. Wer sich neuen Technologien grundsätzlich verschließt, könnte irgendwann ernsthafte Schwierigkeiten bekommen, seine Aufgaben noch zu erfüllen. Nicht jede Kommune muss alles selbst machen. Es gibt Dienstleister, die unterstützen können. Aber die Bereitschaft, sich zu verändern, muss vorhanden sein.

Ist das auch ein Grundsatz, der Axians Infoma über all die Jahre erfolgreich gemacht hat?

Davon bin ich überzeugt. Für uns war es immer wichtig, bei neuen Entwicklungen vorne dabei zu sein und sie mitzugestalten. Das galt für die Doppik genauso wie später für die Cloud und heute für Künstliche Intelligenz. Wenn wir immer nur auf diejenigen gehört hätten, die uns gesagt haben, dass sich eine bestimmte Technologie niemals durchsetzen werde, wären wir heute nicht da, wo wir stehen. Wir haben uns diesen Themen gestellt, auch wenn es Widerstände gab. Und wir haben damit sehr viel erreicht.

Interview: Alexander Schaeff

Schul-IT ist **kein Projekt**

Daniela Schneckenburger

Der Digitalpakt 2.0 kommt spät, stellt weniger Geld bereit als sein Vorgänger und läuft nur bis 2030. Der Deutsche Städtetag fordert eine Abkehr von der projektbezogenen Förderlogik und eine dauerhafte Finanzierung der digitalen Grundversorgung an Schulen.

Bund und Länder haben sich zum 1. September 2026 auf die Grundlagen des Digitalpaktes 2.0 geeinigt. Nach mehr als zwei Jahren ohne Anschlussfinanzierung ist das überfällig. Ein Grund zur Entwarnung ist es aus kommunaler Sicht aber nicht. Die lange Hängepartie zeigt vielmehr, wie ungeeignet befristete Förderprogramme für eine Infrastruktur sind, die nicht mehr aus unseren Schulen wegzudenken ist und jeden Tag funktionieren muss. Der Deutsche Städtetag hat deshalb Ende 2025 in seinem Positionspapier „Für eine nachhaltige digitale Bildungsinfrastruktur“ einen Systemwechsel gefordert: weg von immer neuen Förderprogrammen, hin zu einer dauerhaften Finanzierung der gesamten Lebenszykluskosten der Schul-IT. Nur so lässt sich Schuldigitalisierung absichern. Der Digitalpakt 2.0 kann dafür eine Brücke sein. Er darf aber nicht erneut zum Ersatz für eine strukturelle Lösung werden.



Patrick/stock.adobe.com

Digitale Bildung gehört zur verlässlichen öffentlichen Infrastruktur.

Schon das Volumen mahnt zur Nüchternheit. Der Digitalpakt 2.0 umfasst bis 2030 fünf Milliarden Euro, je zur Hälfte von Bund und Ländern bereitgestellt. Das ist weniger als beim ursprünglichen Digitalpakt Schule: Damals stellte allein der Bund insgesamt 6,5 Milliarden Euro bereit. Beim Digitalpakt 2.0 umfasst dagegen das Gesamtvolumen fünf Milliarden Euro – bei inzwischen größeren Gerätebeständen und zusätzlichen Anforderungen durch IT-Sicherheit, Cloud-Dienste und KI. In Zeiten kommunaler Rekorddefizite können die Städte nicht Ausfallbürgen sein. Gravierend ist auch die zeitliche Lücke. Der erste Digitalpakt lief im Mai 2024 aus. Ende 2024 war ein förderunschädlicher Maßnahmenbeginn ab Januar 2025 angekündigt worden. Kommunen haben darauf vertraut und weiter investiert. Die nun geschlossene Verwaltungsvereinbarung gilt jedoch erst rückwirkend ab 1. Januar 2026. Investitionen aus dem Jahr 2025 können nicht über den neuen Pakt gefördert werden. Das hat zu einem Vertrauensverlust und fehlender Planungssicherheit geführt. Eine ernst gemeinte Kooperation hätte sich durch Verlässlichkeit, Transparenz und Beteiligung ausgedrückt.

Parallel steigt die Anforderung, Schul-IT effizienter zu organisieren. Das Schulministerium in Nordrhein-Westfalen hat zum Beispiel einen Handlungsleitfaden für IT-Support und IT-Beschaffung vorgelegt. Er beschreibt standardisierte Prozesse, Remote-Support, Automatisierung und KI-basierte Unterstützung. Problematisch wird es, wenn damit der Eindruck entsteht, die strukturellen Probleme ließen sich allein durch Effizienzsteigerungen bei den Schulträgern lösen. Der Leitfaden nimmt ausdrücklich keine Neuregelung von

Zuständigkeiten oder verbindlichen Standards vor. Genau diese Fragen bleiben also unbeantwortet.

Intelligente automatisierte Prozesse können Ressourcen schonen. Sie ersetzen jedoch weder erforderliches Fachpersonal noch eine auskömmliche Finanzierung. Gerade die Künstliche Intelligenz macht das deutlich: Chatbots können Standardanfragen beantworten oder Tickets vorsortieren. Zugleich entstehen aber neue Aufwände für Integration, Lizenzen, Datenschutz, IT-Sicherheit, Qualifizierung und Betrieb. KI ist kein kostenloser Ersatz für Support, sondern muss professionell betrieben werden. Interkommunale Kooperationen können Skaleneffekte schaffen. Der Deutsche Städtetag verweist deshalb auf regionale Kooperationsstrukturen und gemeinsame Angebote etwa über kommunale IT-Dienstleister oder Medienzentren. Aber Kooperation darf nicht zum Synonym für das Verteilen von Mangel werden. Entscheidend bleibt: Welche digitale Grundversorgung benötigen Schulen, wer trägt dafür Verantwortung und wie wird sie dauerhaft finanziert?

Bund, Länder und Kommunen brauchen ein gemeinsames Zielbild und eine Roadmap für die Schuldigitalisierung. Dazu gehören technische Mindeststandards, die sich an pädagogischen Anforderungen verschiedener Schulformen und Schulstufen orientieren. Nur wenn Schulträger wissen, welche Ausstattung wann eingeführt oder erneuert wird, können sie Beschaffung, Personal und Finanzierung planen. Projektförderung verursacht selbst Ineffizienzen: Anträge und Nachweise binden Personal, dazu kommen programmabhängige Preisschwankungen, flexible Finanzierungsmodelle wie Leasing sind häufig nicht möglich.

Zur digitalen Grundversorgung gehört auch die Endgerätefrage. Für Schülerinnen und Schüler muss ein gleichberechtigter Zugang unabhängig vom Wohnort und von der Finanzkraft des Schulträgers gesichert sein. Ausstattungsschlüssel sollten zwischen Ländern und Kommunen vereinbart sowie pädagogisch und wissenschaftlich begründet werden. Für Dienstgeräte der Lehrkräfte liegt die Verantwortung dagegen bei den Ländern. Auch Software ist inzwischen ein dauerhafter Kostenfaktor. Deshalb braucht es Klarheit über notwendige Anwendungen und Folgekosten durch Lizenzen, Cloud-Lösungen oder landesweite Lern- und KI-Systeme. Mögliche Landesangebote dürfen keine neuen Dauerlasten für die Kommunen erzeugen. Betrieb, Schnittstellen und Folgekosten müssen vorab mit der kommunalen Seite ausgehandelt werden.

Für die Zeit nach 2030 muss die Finanzierungsfrage heute geklärt werden. Ausgangspunkt sollte eine gutachtenbasierte Vollkostenrechnung sein. Sie muss neben Hardware auch Ersatzbeschaffung, Software, Lizenzen, Cloud, Server, Ausfallsysteme, IT-Sicherheit, Vergabe, Fachplanung, Personal, Administration und Support einbeziehen. Auf dieser Grundlage kann eine dynamisierte Pro-Kopf-Pauschale entwickelt werden, die tatsächliche Kostenentwicklungen abbildet und nicht nach wenigen Jahren ausläuft.

Digitale Infrastruktur darf nicht von Schul- und Unterrichtsentwicklung getrennt werden. Technische Ausstattung entfaltet ihren Wert erst, wenn Lehrkräfte sie pädagogisch sinnvoll einsetzen können. Die kontinuierliche Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte muss deshalb durch die Länder sichergestellt werden. Digitalisierung ist eine gemeinsame staatliche Aufgabe mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten – keine Restzuständigkeit der Schulträger.

Der Digitalpakt 2.0 bleibt der bisherigen Förderlogik verhaftet. Die kommenden Jahre müssen genutzt werden, diese Logik zu überwinden und die Schulfinanzierung endlich neu zu ordnen. Digitale Bildung ist keine Projektaufgabe und kein „Nice-to-have“, sondern Teil einer verlässlichen öffentlichen Infrastruktur. Das Ziel muss sein, dass eine Schule 2030 nicht deshalb gut digital arbeiten kann, weil ihr Schulträger finanzstark ist oder gerade ein Förderfenster offensteht. Gute digitale Bildungsinfrastruktur muss selbstverständlich sein. Städte brauchen dafür weniger Förderbürokratie, gemeinsam vereinbarte Standards, klare Verantwortlichkeiten und eine dauerhafte, faire und planbare Finanzierung. Der Deutsche Städtetag hat daher ein gemeinsames Arbeitsformat von Bund, Ländern und Kommunen vorgeschlagen, das eine verbindliche Roadmap entwickelt. Kommunen müssen an den Tisch, bevor Entscheidungen getroffen werden, deren technische, organisatorische und finanzielle Folgen sie anschließend tragen.

Daniela Schneckenburger ist Beigeordnete für Bildung, Integration, Kultur, Sport und Gleichstellung des Deutschen Städtetags.

Günstig kann teuer werden

Bişar Yeşil

Die Einsatzbereitschaft digitaler Schulausstattung aufrechtzuerhalten, verursacht Aufwand und Kosten. Daher entscheidet nicht nur der Anschaffungspreis über die Wirtschaftlichkeit von Tablets und Co., vielmehr ist der gesamte Nutzungszeitraum zu betrachten.

Zahlreiche Kommunen haben für die Schulen in ihrer Trägerschaft in den vergangenen Jahren Tablets beschafft. Dabei stehen zunächst Stückzahlen, technische und pädagogische Anforderungen, Liefertermine und Anschaffungspreise im Mittelpunkt. Mit der Auslieferung beginnt jedoch die Betriebsphase: Geräte und Zubehör müssen über Jahre hinweg einsatzbereit gehalten, verwaltet, geschützt, geladen, ersetzt und supportet werden.

Was in der Beschaffung manchmal als abgeschlossenes Projekt erscheint, wird im Schulalltag zu einer dauerhaften Aufgabe, die Ressourcen erfordert. Damit ein Tablet von einem Schüler nutzbar ist, muss auch die Tastatur funktionieren und das Gerät geladen sein. Über viele Schulen und Geräte hinweg verursacht die digitale Ausstattung Support-Aufwand, Ersatzbeschaffungen und Reibungsverluste. Gleichzeitig gehen Unterrichtszeit und -qualität verloren, wenn Lehrkräfte Probleme lösen oder improvisieren müssen. Neben dem Anschaffungspreis fließen daher Lebensdauer, Garantien, Support, Ersatzbeschaffungen und Verwaltungsaufwand in die Gesamtbetriebskosten der Ausstattung ein. Sie werden häufig als Total Cost of Ownership, kurz TCO, bezeichnet.

Gerade bei großen Roll-outs und mehreren Jahren Nutzungsdauer können sich kleine Unterschiede bei einzelnen Aspekten der TCO im Betrieb summieren. So kann ein günstiges Zubehörteil über die gesamte Nutzungsdauer hinweg gesehen mehr Aufwand verursachen, wenn es häufiger ersetzt werden muss und dabei jedes Mal aufwendige Support-Prozesse auslöst. Umgekehrt kann sich ein höherer Anschaffungspreis rechnen, wenn eine Lösung zuverlässig funktioniert und kaum Betriebsaufwand verursacht.



Galerie betrachten

pressfoto – Magnific.com | Freie Bildlizenz

Tablets und Co. müssen im Schulalltag zuverlässig funktionieren.

Diese Perspektive sollte bereits in die Ausschreibung einfließen. Neben technischen Mindestanforderungen und Preisen können Schulträger etwa Garantiebedingungen, Austauschprozesse, Servicefristen und die vorgesehene Nutzungsdauer berücksichtigen. Dafür sollten Schulverwaltung, IT, Kämmerei, Vergabestelle und Schulen früh zusammenarbeiten. So fließen Unterrichtsanforderungen, Support-Aufwand sowie finanzielle und formale Rahmenbedingungen ein.

Tastaturen, Eingabestifte, Schutzhüllen und Ladegeräte für die Schüler-Tablets werden leicht als nachgelagerte Fragen behandelt. Für die Nutzung in der Schule sind sie jedoch ein wichtiger Teil der Ausstattung und entscheiden darüber, ob die Tablets zuverlässig und pädagogisch nutzbringend eingesetzt werden können. Deshalb sollte die Planung beim Nutzungsszenario beginnen. Wird eine Tastatur für längere Texte benötigt? Muss sie es überstehen, wenn ein Schüler aus Versehen Flüssigkeit darüber verschüttet? Soll ein Eingabestift das Schreiben, Zeichnen und Markieren ermöglichen? Wie werden Geräte geladen, gelagert und transportiert? Welche Anforderungen muss eine Schutzhülle im täglichen Einsatz erfüllen? Und wie schnell steht bei einem Defekt Ersatz zur Verfügung?

Wer Tablets und Zubehör getrennt plant, riskiert uneinheitliche Lösungen und zusätzlichen Aufwand bei Support und Nachbeschaffung. Standardisierung bedeutet dabei nicht, allen Schulen und Klassen dieselbe Ausstattung vorzuschreiben. Eine Grundschule kann andere Anforderungen haben als eine weiterführende Schule, ein mobiler Gerätepool andere als personenbezogene Geräte. Innerhalb vergleichbarer Einsatzszenarien sollten jedoch klare Standards gelten. Einheitliches Zubehör wiederum reduziert die Zahl unterschiedlicher Support-Fälle, Ersatzteillogiken und Beschaffungswege. Prozesse lassen sich leichter dokumentieren und über mehrere Schulen hinweg wiederholen. Aus TCO-Sicht ist deshalb nicht nur der Preis einzelner Produkte relevant, sondern auch die Zahl der Varianten, die eine kommunale IT parallel verwalten muss.

Tablets und Zubehör werden in Schulen täglich transportiert, weitergegeben, geladen und intensiv genutzt. Verschleiß und Defekte lassen sich nicht vollständig vermeiden, aber für Schulträger ist entscheidend, dies mitzudenken. Wie lange sollen die Tablets – und damit das zugehörige Zubehör eingesetzt werden? Wie funktioniert die Garantieabwicklung? Sind Ersatzprodukte verfügbar? Wie aufwendig ist ein Austausch? Und welche Auswirkungen hat ein Defekt auf den Unterricht? Ebenso wichtig sind klare Zuständigkeiten. Vor einem Roll-out sollte feststehen, welche Probleme direkt an der Schule bearbeitet werden können, wann die kommunale IT oder ein Dienstleister übernimmt und wie Garantie- und Ersatzfälle abgewickelt werden. Entscheidend ist, dass nicht bei jedem Defekt neu geklärt werden muss, wer zuständig ist.

Bei größeren Beschaffungen kann es sinnvoll sein, das komplette Paket an digitaler Ausstattung zunächst in kleinerem Rahmen, aber unter realistischen Bedingungen zu testen. Entscheidend ist nicht nur, ob technische Funktionen vorhanden sind, sondern ob das Gesamtkonzept im Schulalltag funktioniert. Lassen sich Geräte und Zubehör schnell ausgeben und zurücknehmen? Bleiben sie über mehrere Unterrichtsstunden einsatzbereit? Welche Komponenten gehen verloren oder werden beschädigt? Wie aufwendig sind Support-Prozesse? Solche Erfahrungen können vor einem flächendeckenden Roll-out in die Ausschreibung einfließen.

Digitale Schulausstattung verursacht Aufwand und Kosten über viele Jahre. Für Kommunen ist deshalb nicht allein entscheidend, ob die Beschaffung möglichst günstig gelingt, sondern ob die Ausstattung über die Jahre hinweg einen möglichst geringen Aufwand und möglichst niedrige Kosten verursacht. Wer die TCO von Endgeräten und notwendigem Zubehör vor der Ausschreibung berücksichtigt, das Paket aus Tablet und Zubehör gemeinsam plant, Standards schafft und Service- sowie Ersatzprozesse definiert, erhält einen realistischeren Blick auf die langfristigen Kosten.

Bişar Yeşil ist Country Manager DACH & Türkiye bei ZAGG.

Anzeige

brain-SCC
Ihr Partner für Digitale Verwaltung
EfA-Digitale Baugenehmigung
Die Baugenehmigung geht deutschlandweit online
digitale-baugenehmigung.de
Vorgangsraum
Die zentrale Plattform für moderne Verwaltungsprozesse
vorgangsraum.de
Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz 2026
17. November 2026
Mainz
Besuchen Sie uns Vor Ort
BP '26
25.-27. November 2026
München
Besuchen Sie uns Vor Ort
www.brain-scc.de
LinkedIn brain-scc
Management System ISO 9001:2015 www.tuv.com ID 9105060432

Vom Aufbau zur **Steuerung**

D. Schuster / M. Abebe

Nach Jahren des technischen Ausbaus beginnt für die Stadt Würzburg eine neue Phase der Schuldigitalisierung. In den Fokus rücken nun strategische Steuerung, die Etablierung gemeinsamer Standards sowie die nachhaltige Weiterentwicklung der Schul-IT.

In den vergangenen sechs Jahren hat die Stadt Würzburg 23,8 Millionen Euro in die Digitalisierung der Schulen in ihrer Trägerschaft investiert, davon wurden 15,5 Millionen Euro über Förderprogramme finanziert. In dieser Zeit wurden technische Grundlagen geschaffen, Schulen ausgestattet und Strukturen für die weitere digitale Entwicklung aufgebaut.



Stadt Würzburg

Würzburg hat massiv in die technische Ausstattung seiner Schulen investiert.

Mindestens ebenso wichtig sind jedoch die Erfahrungen aus dieser Zeit. Denn mit zunehmender Digitalisierung verändert sich auch die Aufgabe des Schulträgers. Wo zunächst technische Infrastruktur und Ausstattung im Vordergrund standen, geht es heute zunehmend darum, unterschiedliche Bedarfe zusammenzuführen, Entwicklungen zu bewerten und bestehende Strukturen weiterzuentwickeln. Schuldigitalisierung wird damit immer stärker zu einer dauerhaften Steuerungsaufgabe.

Eine wesentliche Erfahrung der vergangenen Jahre ist, dass sich digitale Schulentwicklung nicht allein vom Schreibtisch aus planen lässt. Bestandsaufnahmen und strategische Konzepte sind wichtig. Ob eine Lösung im Schulalltag funktioniert und wo neue Bedarfe entstehen, zeigt sich jedoch häufig erst in der Praxis. Der regelmäßige Austausch mit den Schulen ist deshalb zentral für die Arbeit des Digitalisierungsteams im Fachbereich Schule. Gespräche mit Schulleitungen, Termine vor Ort sowie schulartspezifische Austauschformate geben Einblick in die jeweiligen Gegebenheiten und Bedarfe. Dabei geht es auch darum, welche Lösungen sich bewähren, wo Schwierigkeiten auftreten und wie sich Bedürfnisse im Laufe der Zeit verändern.

Das Digitalisierungsteam übernimmt dabei eine Schnittstellen- und Steuerungsfunktion. Fragestellungen aus den Schulen werden gebündelt, mit den zuständigen Stellen abgestimmt und in die weitere Planung einbezogen. Gleichzeitig fließen Erfahrungen aus der Umsetzung in zukünftige Entscheidungen ein. Diese kontinuierliche Rückkopplung hat sich als wichtiger Erfolgsfaktor erwiesen.

Mit der wachsenden Zahl digitaler Lösungen steigt die Notwendigkeit, Entwicklungen zu koordinieren. Für einen Schulaufwandsträger bedeutet das, ein sinnvolles Verhältnis zwischen gemeinsamen Standards und individuellen Bedarfen zu finden. Nicht jede Schule benötigt dieselbe Lösung. Gleichzeitig lassen sich kaum tragfähige Strukturen aufbauen, wenn für jede Fragestellung eigene technische oder organisatorische Lösungen entstehen.

Der Medienentwicklungsplan der Stadt Würzburg bildet deshalb den strategischen Rahmen für die digi-

tale Entwicklung der Schulen. Seine Aufgabe besteht jedoch nicht darin, für viele Jahre festzuschreiben, welche Technik eingesetzt werden soll. Technische Möglichkeiten und schulische Bedarfe verändern sich und Erfahrungen aus der Praxis können dazu führen, bisherige Entscheidungen neu zu bewerten.

Strategische Steuerung bedeutet daher, verlässliche Ziele und Standards zu schaffen und gleichzeitig Spielraum für Weiterentwicklung zu lassen. Der Medienentwicklungsplan wird aktuell fortgeschrieben und soll auch künftig regelmäßig angepasst werden. So bleibt die strategische Richtung bestehen, während neue Erkenntnisse berücksichtigt werden können.

Schuldigitalisierung stellt Kommunen vielerorts vor ähnliche Fragestellungen. Der Austausch über die eigenen Strukturen hinaus ist deshalb ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Auf bayerischer Ebene findet ein regelmäßiger interkommunaler Austausch mit anderen Großstädten statt. Darüber hinaus besteht eine bundesweite Vernetzung mit weiteren Schulträgern.

Der Austausch ermöglicht es, unterschiedliche Herangehensweisen kennenzulernen und von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Dabei sind nicht nur erfolgreiche Lösungen interessant. Ebenso wertvoll ist der Blick darauf, welche Ansätze sich weniger bewährt haben oder später angepasst werden mussten. Aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen lassen sich Lösungen nicht immer eins zu eins übertragen. Erfahrungen anderer helfen aber, eigene Überlegungen zu prüfen und Fragestellungen nicht jedes Mal von Grund auf neu bearbeiten zu müssen.

Die vergangenen Jahre waren in Würzburg zunächst stark vom Aufbau geprägt. An zahlreichen Schulstandorten wurden technische Voraussetzungen geschaffen oder ertüchtigt. Parallel wurden Endgeräte beschafft, Support-Strukturen weiterentwickelt und die eingesetzte Software zunehmend systematisch betrachtet.

Inzwischen verschiebt sich der Schwerpunkt von der erstmaligen Ausstattung zur nachhaltigen Weiterentwicklung. Damit verändern sich auch die Fragen: Welche Lösungen sollen langfristig eingesetzt werden? Wo sind gemeinsame Standards sinnvoll? Welche neuen Bedarfe entstehen? Und wie können technische, organisatorische und pädagogische Entwicklungen miteinander verbunden werden? Die Digitalisierung ist daher nicht mit der Bereitstellung von Infrastruktur abgeschlossen. Bestehende Systeme müssen weiterentwickelt und Entscheidungen regelmäßig überprüft werden.

Digitale Bildungsmedien, Künstliche Intelligenz und Open Educational Resources gewinnen zunehmend an Bedeutung. Im bundesweiten Verbundprojekt POET beschäftigt sich Würzburg beispielsweise damit, wie offene digitale Bildungsressourcen stärker in kommunalen und schulischen Strukturen verankert werden können.

Gleichzeitig verändert sich die Finanzierung der Schul-IT in Bayern. Ab 2027 werden zwölf bislang parallel laufende Förderprogramme im gesetzlichen Vier-Säulen-Zuschuss gebündelt. Die Förderung umfasst Gebäude-Digitalinfrastruktur, mobile Endgeräte, digitale Bildungsmedien und KI-Anwendungen sowie Wartung und Pflege und soll grundsätzlich über jährliche Pro-Schüler-Pauschalen erfolgen.

Damit entsteht für Schulaufwandsträger ein stärker auf Dauer angelegter Finanzierungsrahmen. Zugleich gewinnt die strategische Steuerung weiter an Bedeutung: Wenn Mittel weniger stark an einzelne Förderprogramme gebunden sind, stellt sich umso mehr die Frage, wo sie sinnvoll eingesetzt werden und welche Maßnahmen langfristig Priorität haben.

Die zentrale Erfahrung aus sechs Jahren intensiver Schuldigitalisierung lautet deshalb: Technische Infrastruktur und finanzielle Mittel sind notwendige Voraussetzungen, reichen allein aber nicht aus. Nachhaltige Digitalisierung braucht Strukturen, mit denen Bedarfe erkannt, Entwicklungen bewertet, Erfahrungen aufgenommen und Entscheidungen bei Bedarf angepasst werden können.

Schuldigitalisierung ist damit kein Projekt, das irgendwann abgeschlossen ist. Sie ist eine dauerhafte kommunale Entwicklungs- und Steuerungsaufgabe – mit einer klaren strategischen Richtung und ausreichend Spielraum, um auf neue Entwicklungen reagieren zu können.

Daniela Schuster ist Leiterin des Fachbereichs Schule bei der Stadt Würzburg; Miriam Abebe ist Mitarbeiterin im Team Digitalisierung Schulen der Stadt Würzburg.

27 Schulen, **eine Plattform**

Sabine Haimerl

Mit einer zentral verwalteten Netzwerkplattform hat die Stadt Worms die Grundlage für digitalen Unterricht an 27 Schulen geschaffen. Gemeinsam mit ihren Partnern konnte die Kommune eine leistungsfähige und datenschutzkonforme Infrastruktur aufbauen.

Die Stadt Worms mit ihren rund 85.000 Einwohnerinnen und Einwohnern will digitale Bildung unabhängig von Schulform, Gebäudezustand oder Budget im Schulalltag verankern. Den Anstoß hierfür gab der Digitalpakt. Gemeinsam mit den Auftragnehmern EWR und Gasser wurde daher ein einheitliches, zentral verwaltbares Schulnetzwerk für 27 Schulen im Stadtgebiet aufgebaut. Dieses umfasst sowohl Grundschulen als auch berufsbildende Einrichtungen, inklusive zweier Schulen im Umfeld des Klinikums.



Gerd Vogt

Die Stadt Worms verfügt über eine moderne Schul-IT.

Vor dem Projektstart gab es in den Wormser Schulen keine flächendeckende Netzwerkinfrastruktur, die einen digitalen Unterricht ermöglicht hätte. Wie in vielen geschichtsreichen Städten mit langjährigen Bestandsschulen existierten teilweise nur wenige Datendosen in einzelnen Räumen, zum Beispiel in Lehrerzimmern oder PC-Räumen, und ein entsprechend eingeschränktes WLAN-Angebot. Eine Sicherheitsarchitektur mithilfe von Schul-Firewalls war ebenfalls noch nicht vorhanden.

Hinzu kamen unterschiedliche bauliche Voraussetzungen. Es gab Neubauten, denkmalgeschützte Schulgebäude – wie die über 200 Jahre alte Nibelungenschule – temporäre Containerlösungen sowie große Sporthallen. Gleichzeitig galt es, die Anforderungen des öffentlichen Sektors (wie etwa die DSGVO und Jugendschutz-Content-Filter) durchgängig zu berücksichtigen und eine Umgebung zu schaffen, die individuelle Regeln und pädagogische Konzepte für jede einzelne Schule ermöglicht und dennoch einheitlich verwaltet werden kann.

Ziel war ein zuverlässiges, zentral administrierbares Netz für alle Schulen. Die Entscheidung fiel auf eine Infrastruktur, die vollständig vom Anbieter Lancom bereitgestellt wird. Zum 1. Juli 2026 haben sich Lancom Systems und Rohde & Schwarz Cybersecurity zur Rohde & Schwarz Networks and Cybersecurity GmbH zusammengeschlossen. Das neue Unternehmen bündelt die sich ergänzenden Lösungsangebote der beiden bisherigen Tochterunternehmen. Lancom bleibt als Produktmarke bestehen.

Die in Worms eingesetzte Infrastruktur umfasst Router, Switches, WiFi-6-Access-Points und Firewalls für unterschiedliche Anforderungen, die über ein zentrales Management in der LANCOM Management Cloud (LCM) gesteuert werden. Die Infrastruktur deckt sowohl die Anforderungen von Grundschulen als auch komplexere Szenarien an berufsbildenden Schulen ab. Über die LMC lassen sich alle Komponenten zentral verwalten. Dadurch bleiben Betrieb und Weiterentwicklung über alle Schulen hinweg konsistent.

Die Basis der Anbindung bilden Glasfaseranschlüsse an allen Standorten. In enger Zusammenarbeit zwischen der Stadt Worms und dem Unternehmen EWR konnten symmetrische Anschlüsse realisiert und

die Kosten optimiert werden. Dies war ein wichtiger Aspekt, da die Fördermittel aus dem Digitalpakt einzelne Erschließungen, wie etwa den notwendigen Tiefbau, nicht vollständig abdeckten.

Der Projektstart erfolgte im Dezember 2020 auf Basis einer Bedarfserhebung zu den pädagogischen Konzepten, den baulichen und technischen Voraussetzungen sowie den Regularien der einzelnen Schulen. „Uns war wichtig, allen Schulen – unabhängig von ihren finanziellen Voraussetzungen – die gleichen Möglichkeiten zu geben, ihre pädagogischen Konzepte umzusetzen. So sorgen wir für eine gewisse soziale Gerechtigkeit“, erläutert Werner Zehe, Abteilungsleiter EDV bei der Stadtverwaltung Worms.

Die Stadt Worms, EWR und das Systemhaus Gasser entwickelten gemeinsam die Netzwerklösung. Gasser übernahm Planung und Roll-out. Betrieb und Wartung erfolgen zentral über die LANCOM Management Cloud durch das IT-Team der Stadt Worms, mit zusätzlicher Unterstützung von den Partnern Gasser und Lancom.

„Besonders angenehm ist, dass man nicht nur eine Nummer im System ist und das reine Verkaufsinteresse nicht im Fokus steht, wie es bei manchen US-amerikanischen Unternehmen oft der Fall ist. Neben dem guten Preis-Leistungs-Verhältnis überzeugte Lancom durch eine konstruktive Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Sinne der Kunden. Wir sprechen die gleiche Sprache, was den Datenschutz und die Informationssicherheit betrifft“, ergänzt Zehe.

Heute steht allen 27 Schulen in Worms eine einheitlich verwaltete LAN- und WLAN-Infrastruktur zur Verfügung – unabhängig von Schulform oder Gebäudezustand. Nach Angaben der Projektbeteiligten läuft der Unterrichtsbetrieb zuverlässig und ohne Beschwerden. Damit hat die Stadt eine gemeinsame technische Grundlage geschaffen, die unterschiedliche pädagogische Konzepte unterstützt und allen Schulen gleiche Chancen eröffnet.

Sabine Haimerl ist Redakteurin bei der Agentur vibrio Kommunikationsmanagement Dr. Kausch.

Anzeige

Unsere neuen Fachverfahren
für Ihre Kommune.

VOIS

Standplatz.
VOIS|MARKT
Marktverwaltung leicht gemacht.

Archivplatz.
VOIS|ARC
Gesicherte Auskünfte, einfach recherchierbar.

Sitzplatz.
VOIS|SBEF
Schülerbeförderung für Ihre Kommune.

www.vois.org

Auf dem Weg **in die Cloud**

E. Braß / B. Hohenbild

Rosenheim hat Microsoft 365 an allen 15 städtischen Schulen eingeführt. Die Umstellung dauerte 15 Arbeitstage und wurde unter anderem durch eine Datenschutz-Folgenabschätzung und verbindliche Konfigurationsvorgaben vorbereitet.

Am 14. Oktober 2025 endete der reguläre Support für Windows 10 und Microsoft Office 2019. Beide Produkte waren an den 15 Schulen der Stadt Rosenheim im Einsatz. Der Weiterbetrieb nicht mehr unterstützter Software hätte zunehmende Sicherheits- und Betriebsrisiken mit sich gebracht. Rosenheim hat den Zeitdruck als Gelegenheit genutzt. Statt eines reinen Versionswechsels fiel die Entscheidung für den Schritt in die Cloud: flächendeckend Windows 11 und das aktuelle Office-Paket, ergänzt um Microsoft 365 mit OneDrive, SharePoint und Teams. Die Umstellung von knapp 1.500 Clients für rund 850 Lehrkräfte erfolgte innerhalb von 15 Arbeitstagen. Begleitet wurde das Vorhaben vom IT-Dienstleister conet, der die Stadt bereits beim Cloud-Readiness-Check und bei der Migration der Stadtverwaltung unterstützt hatte.

Wer in einer Kommune Schul-IT modernisiert, arbeitet nicht mit derselben Organisationslogik wie die Verwaltung. Schulen sind datenschutzrechtlich eigenständige Verantwortliche im Sinne von Art. 4 Nr. 7 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), jeweils mit eigener Schulleitung und eigener Datenschutzbeauftragung. Die Stadt verantwortet als Schulaufwandsträger die technische Infrastruktur, den sicheren Betrieb und die zentralen IT-Standards. Über den konkreten pädagogischen Einsatz der bereitgestellten Werkzeuge entscheiden die Schulen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten. Ein solcher Roll-out erfordert daher die Abstimmung mit jeder einzelnen Schule.

Rosenheim hat den Datenschutz deshalb nicht als Abnahmehürde am Projektende behandelt, sondern als eigenes Arbeitspaket an den Anfang gestellt. Für den Einsatz an den 15 Schulen entstand eine Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art. 35 DSGVO, ausdrücklich getrennt von jener für die Stadtverwaltung. Der Grund: Im Schulbetrieb sind die Betroffenen zu einem großen Teil minderjährig, was bei der Risikobewertung und der Ausgestaltung der Schutzmaßnahmen besonders zu berücksichtigen ist.

Die Ausgangsbewertung dürfte vielen Kommunen bekannt sein: Die Datenschutz-Folgenabschätzung kam für den Einsatz von Microsoft 365 im Auslieferungszustand zunächst zu einem hohen Risiko für die Rechte und Freiheiten der Betroffenen. Entscheidend war deshalb, welche Schutzmaßnahmen anschließend umgesetzt wurden. Die Stadt arbeitete einen Maßnahmenplan ab, von der Abschaltung der Telemetrie über die EU Data Boundary bis hin zu einem Löschkonzept und Informationspflichten. Die auf Grundlage der Datenschutz-Folgenabschätzung festgelegten technischen und organisatorischen Maßnahmen reduzieren die identifizierten Risiken nach der vorgenommenen Bewertung auf ein vertretbares Maß.

Auf die Folgenabschätzung folgten die Verträge. Da die Schulen für die Verarbeitung personenbezogener Daten in ihrem jeweiligen schulischen Aufgabenbereich verantwortlich sind und die Stadt zentrale technische Betriebsleistungen erbringt, wurden die datenschutzrechtlichen Zuständigkeiten und Pflichten für jede Schule vertraglich geregelt. Hierzu wurden gesonderte Vereinbarungen zur Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO geschlossen.

Hinzu kam ein dritter Baustein, der in der Praxis oft nur teilweise eingesetzt wird. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus stellt Schulen eine „Anleitung zur sicheren Konfiguration von M365 an bayerischen Schulen“ bereit, seit Juli 2025 in Version

2.0. Sie beschreibt die Härtung des Tenants vor der Inbetriebnahme, Funktionseinschränkungen und Vorgaben zum Identitätsmanagement und liefert dazu PowerShell-Skripte sowie eine Aufgabenliste für den laufenden Betrieb.

Die Stadt Rosenheim hat diese Anleitung vollständig angewendet. Sie hat jedoch lediglich empfehlenden Charakter; eine formale Abnahme ihrer Umsetzung ist nicht vorgesehen. Für die Systembetreuenden der Schulen war die vollständige Umsetzung dennoch eine wichtige Voraussetzung. Aus einer Empfehlung des Ministeriums wurde damit eine Erwartung der Schulen an ihren Sachaufwandsträger.



Stadt Rosenheim

Rosenheim hat an 15 Schulen Microsoft 365 eingeführt.

Für die Stadt hatte die vollständige Umsetzung zudem einen praktischen Vorteil. Ein Tenant, der von Beginn an nach den Vorgaben gehärtet ist, muss nicht erst im laufenden Schulbetrieb nachgeschärft werden. Für die Schulleitungen wiederum war entscheidend, dass die Konfiguration nicht allein auf Vorgaben der städtischen IT beruhte, sondern sich an den Empfehlungen ihres Ministeriums orientierte. Das erleichterte die Abstimmung vor der technischen Umstellung.

Eine Entscheidung hat den Verlauf dabei stärker geprägt als viele technische Details: Microsoft 365 löst in Rosenheim keine der bestehenden schulischen Plattformen ab. Die digitale Plattform BayernCloud Schule und die übrigen etablierten Lösungen bleiben in Betrieb, Microsoft 365 tritt daneben. Welche der von der Schule freigegebenen Plattformen und Werkzeuge im Unterricht eingesetzt werden, entscheiden die Lehrkräfte im Rahmen der pädagogischen und schulorganisatorischen Vorgaben.

Microsoft 365 wurde während der Sommerferien implementiert. Der Umstellung gingen Begehungen und Bestandsaufnahmen an jeder Schule voraus. Erfasst wurde unter anderem ein sehr heterogener Softwarebestand, von Lernsoftware bis zu Entwicklungswerkzeugen in den IT-Sälen. Hinzu kamen eine Informationsveranstaltung für die Systembetreuerinnen und -betreuer sowie eine finale Abstimmung mit jeder Schule. Auch die Terminplanung mit dem Gebäudemanagement zählte dazu, damit sich Migration und Grundreinigung nicht in die Quere kamen.

Einen wesentlichen Beitrag zur schnellen Umsetzung leistete eine eigens für das Projekt entwickelte Software. Die benötigten Stammdaten liegen bereits strukturiert im Fachverfahren „Amtliche Schulverwaltung“ vor. Das Werkzeug liest die Stammdaten der Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler aus der Amtlichen Schulverwaltung aus, erzeugt daraus die Identitäten im Active Directory und legt anschließend, wieder auf Basis der Informationen aus dem Fachverfahren, die passenden Teams-Räume und Gruppen in Microsoft 365 an. Die Zuordnung erfolgt je Schule über Schulnummer und Schulkürzel, zum Schuljahresende räumt der Prozess wieder auf.

Arbeitsschritte, die die Rosenheimer IT sonst manuell erledigen müsste, laufen damit weitgehend automatisiert. Diese Automatisierung war eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Umsetzung innerhalb von 15 Arbeitstagen abzuschließen. Sie wirkt zudem über den Roll-out hinaus: Auch beim Schuljahreswechsel lassen sich die erforderlichen Anpassungen über einen Synchronisationslauf vornehmen. Parallel wurde der Verzeichnisdienst auf den Hybridbetrieb vorbereitet und für jeden Client entschieden, ob ein In-Place-Upgrade genügt oder eine Neuinstallation nötig ist. Die eigentliche Umstellung lief anschließend Schule für Schule zwischen dem 1. und dem 22. August 2025. Betroffen waren rund 850 Lehrkräfte sowie knapp 1.500 Clients an den 15 Standorten.

Eike Braß ist Manager Technical Consulting Public Cloud bei conet Deutschland, Bernward Hohenbild ist CIO im Amt für Informationstechnik der Stadt Rosenheim.

Umdenken auf allen Ebenen

Darmstadts digitale Infrastruktur weist einen erheblichen Modernisierungsstau auf. Im Interview erklären Oberbürgermeister Hanno Benz und der Dezernent für Digitalisierung und Schule, Holger Klötzner, welche Maßnahmen ergriffen werden, um diesen aufzulösen.

Herr Oberbürgermeister Benz, Herr Klötzner, die Stadt Darmstadt hatte Ende Juni mit einem massiven Ausfall des städtischen E-Mail-Systems zu kämpfen. Welche Schwachstellen hat der Vorfall offengelegt, die zuvor unterschätzt oder im Tagesgeschäft schlicht verdrängt wurden?



Sandra Kühnapfel

OB Hanno Benz



Privat

Stadtrat Holger Klötzner

Hanno Benz: Zu Beginn meiner Amtszeit im Juni 2023 habe ich festgestellt, dass insbesondere in unserer digitalen Infrastruktur ein erheblicher Modernisierungsstau herrscht, durch den die Stadt den Anschluss an aktuelle digitale Standards zu verlieren drohte. In 51 von 52 Ämtern und Verwaltungsstellen stand die Einführung der E-Akte aus. Es gab allein 419 nicht vollständig umgesetzte OZG-Leistungen sowie mindestens 56 IT-Projekte. Hinzu kam, dass in der Stadtverwaltung eine veraltete und kaum genutzte Groupware verwendet wird. Mit dem Ergebnis, dass moderne Softwarelösungen, Fachanwendungen und Cloud-Tools schlicht keine Schnittstellen mehr zum überholten E-Mail-System bieten. Dieser Zustand isoliert die Verwaltung nicht nur technologisch, sondern birgt auch erhebliche Sicherheitsrisiken und bremst die Zusammenarbeit aus. Ich habe daher frühzeitig darauf gedrungen, dass die Groupware zügig auf eine zukunftsfähige, standardisierte Plattform umgestellt wird, um Effizienz und Datensicherheit wieder zu garantieren. Wie notwendig das ist, hat der Ausfall des städtischen E-Mail-Systems gezeigt. Für zwei Tage war die Erreichbarkeit der Wissenschaftsstadt Darmstadt sowie der betroffenen Ämter und Abteilungen nicht sichergestellt.

Holger Klötzner: Der Ausfall wurde durch eine defekte Festplatte verursacht, die nicht durch das Absicherungssystem abgefangen werden konnte. Hierdurch ist eine Fehlerkaskade entstanden, die das historisch gewachsene und hochkomplexe Bestandssystem zu Fall gebracht hat. Anderenorts gehören derartige lokal administrierte Systeme der Vergangenheit an, die Leistung wird stattdessen über die Cloud oder spezialisierte Anbieter bezogen. Es ist vollkommen klar, dass die bisherige Groupware abgelöst werden muss. Das ist aber ein komplexes Unterfangen: Die Abhängigkeiten in Form von Schnittstellen zu anderen Softwareprodukten sowie von lange angesammeltem, aber intransparentem Wissen sind hoch.

Gab es Warnsignale, die im Nachhinein ernster hätten genommen werden müssen?

Klötzner: Die Warnsignale waren unüberhörbar, da sind wir uns einig. Wir müssen letztlich das ausbaden, was im vergangenen Jahrzehnt vernachlässigt wurde. Trotzdem verfallen wir jetzt nicht in blanken Aktionismus. Wir sind uns einig darin, dass die Einführung von neuen Systemen wie Microsoft

365 professionell vonstattengehen muss. Ich ärgere mich darüber, dass wir diese Basics aufholen müssen, denn in anderen öffentlichen Verwaltungen hat man vergleichbare Schritte spätestens in den 2010er-Jahren in die Wege geleitet.

In ihrer Pressemitteilung spricht die Stadt ungewöhnlich offen von über Jahre entstandenen strukturellen Problemen.

„Die städtische IT wurde über Jahre hinweg stiefmütterlich behandelt."

Welche Erkenntnisse aus der Analyse der städtischen IT waren für Sie besonders überraschend?

Klötzner: Die städtische IT wurde über Jahre hinweg stiefmütterlich behandelt. Bis 2021 lief sie als Abteilung eines anderen Amts, erst dann erfolgte – vor meinem Amtsantritt – die Ausgründung in ein eigenes „Amt für Digitalisierung und IT". Leider war dies jedoch zu kurz gedacht: Anstatt das Amt mit den entsprechenden Ressourcen und Berechtigungen auszustatten, hatte man kurzerhand die ehemalige IT-Abteilung für die Digitalisierung mitverhaftet. Das macht aus organisatorischer Sicht jedoch keinen Sinn: Digitalisierung ist immer ein Zusammenspiel aus Organisation und Technik. Diesen Rückstand in der Entwicklung gilt es aufzuholen.

Die Migration auf Microsoft 365 ist nun eines der zentralen Modernisierungsprojekte. Welche Risiken sehen Sie dabei?

Benz: Die Ablösung des veralteten E-Mail-Systems ist alternativlos und es ist dafür höchste Zeit, da immer weniger Dienstleister überhaupt über die Kompetenz und das Know-how verfügen, diese Transformation zu begleiten. Uns ist bewusst, dass jede Software-Umstellung Risiken birgt – insbesondere, was den reibungslosen Übergang im Arbeitsalltag betrifft. Deshalb gehen wir extrem sorgfältig vor. Die ersten Einheiten haben wir bereits erfolgreich und ohne größere Störungen umgestellt. Auf Basis dieser Erfahrungen starten wir nun den sukzessiven Roll-out für die verbleibenden Bereiche. Um den Prozess abzusichern und das Tagesgeschäft nicht zu gefährden, arbeiten wir sehr konzentriert, auch im Rahmen einer Taskforce, haben eigens dafür neue Stellen im Amt für IT geschaffen und uns zusätzliche, externe Kompetenz ins Haus geholt.

Welche weiteren technologischen Altlasten stehen auf der Modernisierungsliste der Stadt Darmstadt?

Klötzner: Wir haben ein Steuerungsmodell eingeführt, um die bisherige dysfunktionale Steuerung und Priorisierung abzulösen, die vor allem auf Zuruf funktionierte. Wir beurteilen Softwareeinführungen mittlerweile stark nach Kennzahlen und priorisieren Projekte, die uns langfristig Kosten einsparen. Die E-Akte etwa ist ein weiteres Beispiel für eine Einführung, die wir nun mit hoher Priorität nachholen. Die digitale Leuchtturmpolitik der Vergangenheit ist somit beendet.

Herr Oberbürgermeister Benz, Sie übernehmen künftig selbst die Steuerung zentraler Digitalisierungsprojekte. Warum halten Sie diese organisatorische Neuausrichtung für essenziell?

Benz: Zunächst einmal ist das ausdrücklich kein Schritt gegen Stadtrat Klötzner, sondern eine notwendige Anpassung, um meine Rolle als Dienststellenleitung stärker einzubringen. Meine Aufgabe ist die organisatorische und ganzheitliche Leitung der Verwaltung, außerdem bin ich Sprecher des Magistrats. Der Ausfall hat vor allem drei Aspekte sehr deutlich gemacht. Erstens: Die Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Handlungsfähigkeit stehen an oberster Stelle. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass wir auch in der Krise per Telefon oder direkt vor Ort für sie da sind, damit keine Anträge liegenbleiben und keine Fristen verpasst werden. Zweitens: Wir müssen bei der Verwaltungsdigitalisierung endlich spürbar vorankommen, um den jahrzehntelangen Stau aufzuarbeiten. Dafür braucht es auch politischen Rückhalt und die nötigen Mittel, um unsere Systeme krisenfest aufzustellen. Drittens hat für mich die interne Kommunikation absolute Priorität: Meine Mitarbeitenden leisten in solchen Momenten Enormes – sie müssen als Erstes erfahren, was Sache ist, wo die Probleme liegen, woran sie sind und wie wir vorgehen, um die Krise zu meistern. Als Oberbürgermeister verfüge ich über besondere Möglichkeiten, ressortübergreifend Prioritäten durchzusetzen und notwendige Maßnahmen wirksam zu beschleunigen. Wie Herr Klötzner bereits sagte: Es braucht sowohl die ▶

Organisation als auch die Technik und ebenso gute Kommunikation, um die Digitalisierung voranzubringen.

Welche Entscheidungen sollen künftig anders getroffen werden als bisher?

Benz: Wenn eine Verwaltung vor einem enormen Investitionsstau steht und gleichzeitig unklare Zuständigkeiten die Prozesse blockieren, dann hilft kein langes Abwarten mehr. In einer solchen Situation braucht es vor allem eines: eine zentrale Steuerungseinheit, die in Darmstadt nun in Form der Taskforce geschaffen wurde. Sie tagt unter meiner Leitung nun mindestens einmal die Woche. Ihre Aufgabe ist es, alle laufenden und geplanten Vorhaben konsequent zu synchronisieren und priorisieren. Es gilt, Doppelstrukturen aufzubrechen, Ressourcen dort zu bündeln, wo der Handlungsbedarf am größten ist, und klare Meilensteine zu setzen. Als zentrale Drehscheibe sorgt die Taskforce dafür, dass die verschiedenen Stränge ineinandergreifen. Gleichzeitig fungiert sie als verlässliche Schnittstelle und Kommunikationskanal für unsere Beschäftigten, um Transparenz zu schaffen und die gesamte Verwaltung bei diesem Wandel mitzunehmen. Die Taskforce steuert nun die längst überfällige Ablösung unseres veralteten E-Mail-Systems und sichert den sukzessiven Roll-out in eine moderne IT-Infrastruktur ab. Ein solcher Kraftakt kann jedoch nur gelingen, wenn das Fundament stabil ist. Das bedeutet: Die politische Spitze muss geschlossen an einem Strang ziehen und das tun Stadtrat Klötzner und ich.

Wie wollen Sie verhindern, dass erneut Projekte über Jahre ohne klare Prioritäten nebeneinander laufen?

Klötzner: Das verhindern wir neben der Taskforce vor allem durch das neue Steuerungsmodell für IT- und Digitalisierungsprojekte, welches Mitte des Jahres produktiv geschaltet wurde. Prioritäten werden nun klar gesetzt und die zeitgerechte Durchführung der Projekte wird durch ein eigens hierfür gegründetes Projektmanagement-Office gesteuert, das sich aus Personen mit organisatorischem und technischem Know-how zusammensetzt.

Herr Klötzner, welche Rolle wird das Amt für Digitalisierung künftig innerhalb der Gesamtverwaltung einnehmen?

Klötzner: Ein Amt für Digitalisierung gibt es nicht mehr, es heißt jetzt richtigerweise Amt für IT. In der Vergangenheit war das Wörtchen „Digitalisierung“ im Amtsnamen im Grunde genommen ein Etikettenschwindel, den wir 2024 nach einer Organisationsuntersuchung behoben haben. Das Amt für IT kümmert sich um den technischen Betrieb von Lösungen und steuert externe Dienstleister, welche uns bei der Einführung von neuen Projekten unterstützen.

Woran sollen die Mitarbeitenden im Rathaus oder die Bürger in den nächsten Jahren erkennen können, dass die Neuausrichtung der IT erfolgreich war?

Benz: Ein wesentlicher Fehler der Vergangenheit war, dass man sich nicht auf das Wesentliche konzentriert hat. Digitalstadt zu sein, bedeutet für mich, für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Sie müssen im Alltag spürbar von einer echten Verwaltungsdigitalisierung profitieren. Ein bloßes Etikett und wenige, medienwirksame Prestigeprojekte werden diesem Anspruch nicht gerecht. Wo also muss Digitalisierung konkret das Leben der Menschen verbessern? Wenn Eltern nach der Geburt eines Kindes Elterngeld beantragen, ein Reisedokument ausstellen lassen oder ihr Kind für die Kita anmelden möchten, darf das kein Behördenmarathon mehr sein, sondern muss konsequent nach dem Once-Only-Prinzip umgesetzt werden. Das bedeutet einmal online einloggen, die Daten ein einziges Mal sicher eingeben, und alle Anträge laufen medienbruchfrei im Hintergrund zusammen. Und für die Anliegen, die dennoch einen Besuch erfordern, müssen Termine flexibel, digital und ohne monatelange Wartezeiten verfügbar sein.

„Wer Digitalisierung heute noch als reines IT-Projekt abstempelt, hat die Dimension des Problems nicht verstanden.“

Mit historisch gewachsenen IT-Landschaften müssen auch andere Kommunen umgehen. Welche Erkenntnis aus der Darmstädter Krise würden Sie Ihren Amtskollegen mitgeben?

Benz: Wenn wir ehrlich sind, sitzen wir mit unseren IT-Problemen im selben Boot wie fast alle Kommunen in Deutschland. Einige Städte

sind mit der Lösung aber bereits viel weiter als Darmstadt. Deshalb dürfen wir das Thema Digitalisierung niemals isoliert betrachten. Es geht hier nicht bloß um das Installieren neuer Software oder das Ersetzen veralteter Rechner. Unsere Verwaltungen stehen vor einem tiefgreifenden strukturellen Wandel, der durch drei massive Herausforderungen angetrieben wird. Da ist zum einen der akute Fachkräftemangel: Die Babyboomer-Generation verlässt die Rathäuser und mit ihnen geht enorm viel wertvolles Know-how verloren. Digitalisierung ist vor diesem Hintergrund längst kein Luxus mehr, sondern unsere einzige Chance, den drohenden Kontroll- und Serviceverlust durch fehlende Köpfe effektiv auszugleichen. Verstärkt wird diese personelle Krise durch klamme Kassen. Angesichts chronisch knapper Budgets können wir es uns schlicht nicht mehr leisten, ineffiziente Doppelstrukturen, manuelle Zettelwirtschaft oder teure, veraltete IT-Insellösungen quer zu subventionieren. Jeder Euro muss heute dort landen, wo er die größte Hebelwirkung für die Bürgerinnen und Bürger entfaltet. Und schließlich dürfen wir nicht vergessen, dass es sich um einen tiefgreifenden Change-Prozess handelt: Der härteste Teil der Digitalisierung ist nicht die Technik, sondern der Kulturwandel. Wir muten unseren Beschäftigten völlig neue Arbeitsweisen zu. Das bricht jahrzehntelang gewohnte Prozesse auf und erfordert ein intensives Umdenken auf allen Ebenen. Wer Digitalisierung heute noch als reines IT-Projekt abstempelt, wie in Darmstadt geschehen, hat die Dimension des Problems nicht verstanden.

Klötzner: Auch aus technischer Sicht empfehle ich diese Vorgehensweise. Es ist ein Irrglaube, dass eine selbst gemanagte On-Premise-Architektur größere Sicherheit garantieren kann als ein professioneller Cloud-Anbieter. Bei Umgebungen dieser Komplexität mit erhöhten Sicherheitsanforderungen können wir uns nicht darauf verlassen, ob der Stellenplan eine Erweiterung der personellen Ressourcen zulässt oder nicht. Deshalb beauftragen wir verstärkt professionelle Anbieter mit dem Betrieb und der Einführung von neuen Fachverfahren.

Interview: Bettina Weidemann

Anzeige



Das Bauamt der Zukunft beginnt hier.

Mit **Prosoz ELAN.comfort** erhalten Sie eine Komplettlösung für Ihr digitales Bauamt:

- **Digitale Bauanträge:** Durchgängiger Online-Prozess bis zur Fertigstellung des Bauvorhabens.
- **Digitale Behördenbeteiligung:** Andere Ämter und Behörden über XBau-Nachrichten online beteiligen.
- **Standardisierte Umsetzung** aller relevanten XBau-2-Prozessnachrichten.
- Rechts- und datenschutzkonform, mit integrierten Schnittstellen zu **BundID & Mein-Unternehmenskonto**.
- **Modular erweiterbar:** Passt sich Ihrer Kommune und bestehenden Fachverfahren an.
- **Komfort** für Bürger*innen, **Effizienz** für Ihre Verwaltung.

Alles aus einer Hand: Fachverfahren, Plattform, Betrieb und Datenübertragung – mit Prosoz ELAN.comfort haben Sie immer den direkten Draht zu uns.

prosoz.de/elan-comfort

ELAN Prosoz

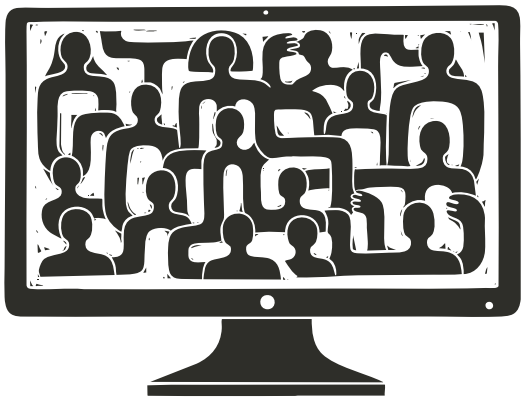
Im **Netzwerk** stark

Peter Janze

In der Verwaltung entstehen täglich Lösungen und Erfahrungen, von denen auch andere profitieren könnten. Doch oft fehlt der Austausch über Organisationsgrenzen hinweg. Die digitale Community Amtsfunk will das ändern und setzt auf Networking auf Augenhöhe.

Was passiert, wenn Menschen aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft nicht nur über ähnliche Fragen sprechen, sondern gemeinsam daran arbeiten? In Deutschlands Verwaltungen steckt unglaublich viel Wissen und Erfahrung. Jeden Tag entwickeln Menschen in Kommunen, Ländern und Bundesbehörden neue Lösungen und sammeln wertvolle Erfahrungen. Gleichzeitig beschäftigen sich Wissenschaft und Wirtschaft mit vielen ähnlichen Herausforderungen und bringen neue Erkenntnisse, Technologien, Methoden und Projekterfahrung ein. Genau darin liegt die Chance, diese unterschiedlichen Perspektiven zusammenzubringen und daraus gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die Verwaltungen weiterbringen. Aus diesem Gedanken heraus ist die Plattform Amtsfunk entstanden. Initiiert wurde sie von Jana Janze und Felix Appel, die selbst Erfahrungen aus Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung mitbringen. „Uns verbindet die Überzeugung, dass eine moderne Verwaltung nicht aus nur einer Perspektive heraus entsteht. Wir glauben daran, dass wir für die Verwaltung am besten gemeinsam weiterkommen. Wir können es uns nicht leisten, nicht miteinander zu reden“, sagt Felix Appel.

Als digitale Community bringt Amtsfunk Menschen rund um den öffentlichen Sektor zusammen. Beschäftigte aus Kommunen, Ländern und Bund treffen hier auf Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Sie tauschen Erfahrungen aus, diskutieren aktuelle Themen, stellen Fragen, teilen Wissen und finden Menschen, die an ähnlichen Dingen arbeiten. Deshalb geht es bei Amtsfunk genauso um Bauen und Stadtentwicklung wie auch um Jugend und Soziales, Personal, Organisation, Haushalt und Finanzen, Führung oder Bürgerservices.



Senuko/stock.adobe.com

Echter Austausch bringt die Digitalisierung voran.

Manche Fragestellungen sind technologisch, andere fachlich, organisatorisch oder ganz nah am Verwaltungsalltag. Entscheidend ist nicht das Themenfeld, sondern die Frage, wer sich gerade mit etwas Ähnlichem beschäftigt und wie man gemeinsam weiterkommen kann. Daneben gibt es deutlich spezifischere Räume: Mit HerStage ist beispielsweise eine Community für Frauen entstanden, die sichtbarer werden und häufiger auf Bühnen stehen möchten. Rund um Themen wie das Föderale Informationsmanagement oder FitConnect entstehen wiederum Räume, in denen Menschen sehr konkret fachliche Fragen diskutieren und Erfahrungen bündeln.

Wer in der Verwaltung arbeitet, kennt diese Situation: Man beschäftigt sich intensiv mit einem Thema und fragt sich irgendwann, wie andere Organisationen das eigentlich machen. Manchmal hilft eine Person, die vergleichbare Erfahrungen schon gemacht hat. Genau deshalb versteht sich Amtsfunk nicht nur als Netzwerk, sondern als digitaler Arbeits- und Kollaborationsraum. Es soll nicht beim Kennenlernen bleiben. Aus einem Kontakt darf eine Arbeitsgruppe werden, aus einer Frage ein gemeinsamer Entwurf und aus einer Diskussion vielleicht ein Projekt. „Für mich ist Amtsfunk dann besonders stark, wenn Menschen zusammenkommen, die sich

sonst wahrscheinlich nie begegnet wären“, sagt die Mitinitiatorin Jana Janze.

Amtsfunk ist in unterschiedliche Communitys und Themenräume gegliedert. Einige beschäftigen sich mit großen Zukunftsthemen wie Künstlicher Intelligenz, andere drehen sich um konkrete Fachfragen, Regionen oder Projekte. Menschen können Wissen teilen, Fragen stellen, Diskussionen starten oder zunächst einfach mitlesen – und auch gemeinsam in Dokumenten arbeiten. Bei Amtsfunk entscheidet dabei kein Empfehlungsalgorithmus darüber, welcher Beitrag Reichweite erhält. Inhalte müssen nicht laut sein, um gesehen zu werden, denn eine sehr spezifische Frage, die vielleicht nur zehn Menschen betrifft, kann für genau diese zehn Menschen enorm wertvoll sein.

Auf Amtsfunk gibt es zudem keine festgelegten Rollen, der Austausch erfolgt auf Augenhöhe. Heute stellt jemand eine Frage – morgen kann dieselbe Person einer anderen weiterhelfen. Jemand aus einer kleinen Gemeinde kann eine Erfahrung teilen, die für ein Landesministerium interessant ist. Jemand aus der Wissenschaft bringt einen neuen Blick auf eine Diskussion. Und manchmal reicht schon eine kurze Antwort oder der Hinweis auf einen nützlichen Kontakt. Genau davon lebt eine Community.

Die Community bringt junge Verwaltungsmitarbeitende und erfahrene Führungskräfte ebenso zusammen wie Menschen aus kleinen Kommunen und großen Behörden. Vertreten sind wissenschaftliche Mitarbeitende, Professorinnen und Professoren sowie Personen in Spitzenpositionen bis hin zu Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten oder Staatssekretärinnen und Staatssekretären.

Eine technische Plattform bereitzustellen, ist dabei nur ein Teil der Aufgabe. Eine Community entsteht erst, wenn Menschen Vertrauen entwickeln und anfangen, sich einzubringen. Deshalb findet für alle neuen Mitglieder ein persönliches Onboarding statt. Das ist viel Aufwand, gehört nach Ansicht der Initiatoren aber zu Amtsfunk dazu – denn es macht einen Unterschied, ob hinter einem Profil nur ein Name steht oder man die Person schon einmal gesehen hat. Im Onboarding wird besprochen, wie das Miteinander auf Amtsfunk gestaltet werden soll: respektvoll, auf Augenhöhe und mit echtem Interesse an den Erfahrungen anderer. Fragen sind ausdrücklich erwünscht, Werbung muss transparent sein und vertrauliche Informationen sind sensibel zu behandeln.

Die Resonanz auf die ersten Monate hat die Initiatoren zunächst überrascht. Mehr als 1.300 Menschen haben sich mittlerweile für Amtsfunk angemeldet. In über 80 persönlichen Onboardings haben Appel und Janze Menschen aus unterschiedlichsten Organisationen kennengelernt. Viel wichtiger als die Zahl ist aber, was daraus entsteht: Jemand stellt eine Frage und bekommt die passende Unterstützung. „Was zunächst nach einem kleinen Moment aussieht, kann eine große Wirkung entfalten. Denn wenn eine Erfahrung nicht nur einer Organisation weiterhilft, sondern auch fünf anderen, wird aus Vernetzung ganz konkrete Unterstützung im Arbeitsalltag“, betonen die beiden. Die Vision für Amtsfunk reicht über eine reine Community-Plattform hinaus. Dahinter steht die Vorstellung einer Verwaltung, in der Wissen leichter zirkuliert, Erfahrungen schneller weitergegeben werden und Menschen über Organisationsgrenzen hinweg voneinander lernen. Neben der Frage „Wie lösen wir das bei uns?“ soll deshalb auch der Austausch mit anderen selbstverständlich werden: „Wer hat ähnliche Erfahrungen gemacht und mit wem lässt sich gemeinsam weiterarbeiten?“

Amtsfunk soll ein Ort sein, an den Menschen gerne kommen und an dem aus Austausch konkrete Verbindungen und Zusammenarbeit entstehen. Dahinter steckt auch ein größerer Gedanke, den Felix Appel so beschreibt: „Amtsfunk ist für uns ein Stück lebendige Demokratie. Wenn Menschen ihr Wissen teilen, wird Verwaltung lernfähiger, zugänglicher und am Ende wirksamer für Bürgerinnen und Bürger.“ Noch steht das Projekt am Anfang. Doch mit jedem neuen Mitglied, jeder Frage und jeder neuen Zusammenarbeit entwickelt sich Amtsfunk weiter. Wer im öffentlichen Sektor arbeitet, ihn wissenschaftlich begleitet oder gemeinsam mit der Verwaltung an guten Lösungen arbeitet, ist eingeladen, sich einzubringen. Mit einer Frage, einer Erfahrung, einem Projekt – oder einfach mit Neugier.

Peter Janze ist Geschäftsführer von Amtsfunk.

Link-Tipp

Mehr Informationen und Anmeldung zum neuen Public-Sector-Netzwerk:

- **www.amtsfunk.de**

Tool schließt **Software-Lücke**

R. Späth et al.

Ab Januar 2027 gelten neue Vorgaben für den elektronischen Datenaustausch zwischen Kommunen und Notariaten. Da bislang eine geeignete Software fehlt, hat die Stadt München selbst eine Lösung entwickelt, die bundesweit als Open Source zur Verfügung steht.

Die deutschen Kommunen stehen unter Handlungsdruck: Zum 1. Januar 2027 müssen sie zum elektronischen Datenaustausch mit Notaren das Nachrichtenformat xjustiz_nachricht.xml vom Typ eNoVA 2900003 nutzen und mit qualifizierten elektronischen Signaturen versehen. Das Problem: Bislang steht keine Software zur Verfügung, die auf Behördenseite die Datensätze in einer komfortabel lesbaren Form anzeigt oder für die Weiterverarbeitung konvertiert sowie die Daten für die Antwort im entsprechenden Nachrichtenformat speichert. Existierende XML-Lesesoftware ist für die tägliche Arbeit in Behörden für diesen Zweck nicht brauchbar.

Deshalb entwickelt die bayerische Landeshauptstadt München ein eigenes Tool für Behörden, das diese Lücke schließt. Es wird als Open Source realisiert und kann daher von allen Kommunen kostenfrei nachgenutzt werden. Die Software extrahiert die für die Sachbearbeitung relevanten Daten aus der XML-Datei, zeigt sie an und macht sie für die Weiterverwendung verfügbar. Außerdem kann das Tool die in der Behörde bearbeiteten Daten in eine den gesetzlichen Vorgaben entsprechende XML-Datei schreiben, die an das jeweilige Notariat zurückgesendet wird. Ab Oktober 2026 wird das Tool zum Testen öffentlich bereitstehen und zum Jahreswechsel in einem stabilen Release zur Verfügung gestellt.



Mobin/stock.adobe.com

eNoVA-Editor erleichtert digitalen Austausch mit Notariaten.

Rechtliche Ausgangslage für die Entwicklung ist das „Gesetz zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen, der gerichtlichen Genehmigungen von notariellen Rechtsgeschäften und der steuerlichen Anzeigen der Notare“, kurz eNoVA-Gesetz. Die Abkürzung steht für „elektronischer Notar-Verwaltungs-Austausch“. Ziel des Gesetzes ist die Digitalisierung des Dokumenten- und Informationsaustauschs zwischen Notariaten, Gerichten und Verwaltungsstellen anlässlich des Vollzugs eines Immobilienvertrags. Das soll Verwaltungsaufwand reduzieren, Verfahren vereinfachen und Bürokratie abbauen.

Doch der Ausbau des digitalen Vollzugs eines Immobilienvertrags ist technisch herausfordernd: Das eNoVA-Gesetz sieht die Kommunikation in maschinenlesbarer Form im Dateiformat XML vor. Es bedarf daher eines eNoVA-Editors, der die praktischen Bedürfnisse der Kommunen bei der Kommunikation im Dateiformat XML umsetzt. Viele Bescheinigungen müssen zudem auch bei digitaler Übermittlung rechtliche Formvorgaben erfüllen: Es bedarf dann nicht nur einer qualifizierten elektronischen Signatur, sondern zusätzlich einer sogenannten Organisationsvalidierung.

Hinter dem eNoVA-Editor steckt die Idee, aus einer Anfrage des Notars „ErsuchenSachentscheidung“ möglichst automatisiert die Antwortdatei „Sachentscheidung“ zu generieren. Dabei werden Informationen wie das Tauschen von Absender und Empfänger verschoben, Werte automatisch generiert – etwa

NachrichtenID und Erstellungszeitraum – sowie ganze XML-Blöcke ausgetauscht. Denn es müssen beispielsweise die in der Antwort mitgeschickten Dokumente immer gleich heißen. Auch bei der Auswahl der Sachbearbeitenden wurde in der Konfigurationsdatei dieses Prinzip angewandt. Das Ergebnis ist ein Tool, das lediglich wenige Eingabefelder benötigt.

Bestimmte qualifizierte elektronische Signaturen müssen organisationsvalidiert sein, um rechtswirksam zu sein. Organisationsvalidierung ist generell für Verwaltungen empfehlenswert und bei vielen Vertrauensdiensteanbietern (qVDAs) im Angebot. Alle vorhandenen organisationsvalidierten Signaturen können weiter genutzt werden. Zeitstempel gemäß der eIDAS-Umsetzungsverordnung sind nach aktuellem Stand nicht notwendig. Zum Signieren wird eine Signaturanwendungskomponente (SAK) benötigt, am Markt sind zahlreiche Lösungen erhältlich. Die Anwendungen Governikus Data Boreum (für Signaturkarten oder Fernsignaturen der Bundesnotarkammer) und Data Sign (für Fernsignaturen anderer qVDAs) sind über den IT-Planungsrat je nach Bundesland kostenlos verfügbar; sie werden gegebenenfalls künftig direkt aus dem Tool aufgerufen.

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- **http://enova-editor.oss.muenchen.de**

„Als öffentliche Verwaltung der Stadt München sind wir von den Vorteilen von Open-Source-Software (OSS) überzeugt. Sie ist nicht nur ein technisches Werkzeug, sondern ein Weg, um Transparenz, Innovation und Unabhängigkeit der digitalen Verwaltung zu fördern“, betont Münchens IT-Referentin Laura Dornheim. „Für die Landeshauptstadt München zählt der Grundsatz ‚Public money, public code‘. Ich freue mich daher sehr, dass der eNoVA-Editor konsequent als OSS entwickelt wird und durch den Verzicht auf Münchenspezifika deutschlandweit einsetzbar ist. Genau da wollen wir hin.“

Mit dem eNoVA-Editor wird der Ansatz „Business follows IT“ konsequent umgesetzt. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit von IT- und Kommunalreferat agil realisiert. Da die Anforderungen durch die Rechtssituation weitgehend festgelegt sind, haben sich die Fachbereiche auf eine genaue Problembeschreibung fokussiert, und so der IT einen großen Handlungsspielraum gelassen. „Dies war ein wesentlicher Erfolgsbaustein“, sagt Dornheim. „Das höchste Ziel des Projekts war es, innerhalb kurzer Zeit eine tragfähige Lösung zu entwickeln und dabei gleichzeitig die Kosten so gering wie möglich zu halten. In diesem Sinne danke ich dem referatsübergreifenden Projektteam für die Erstellung des Tools in Rekordzeit.“

Dr. Rupert Späth ist IT-Architekt für Sonderaufgaben bei der Stadt München; Dr. Viktoria Herold ist als Juristin in der Vorkaufsrechtsstelle (Kommunalreferat) tätig; Bernhard Schmitz ist IT-Architekt im Cybersecurity Center der Stadt München; Ute Walther-Maas ist Lösungsberaterin im Bereich Vertrauensdienste.

Anzeige



Grenzen überwinden

Tobias Heckmann

Interkommunale Zusammenarbeit scheitert selten am Willen der Handelnden, sondern wird oft durch technische Vorgaben begrenzt. Einen Ausweg bietet das VOIS-Protektornetzwerk. Es verbindet kommunale Fachverfahren über Verwaltungsgrenzen hinweg.

Die Ausgangslage ist in vielen Kommunalverwaltungen dieselbe. Die Verantwortung für Fachaufgaben liegt bei einzelnen Personen, Vertretungsregelungen gibt es kaum. Urlaub und Krankheit wirken sich daher unmittelbar auf die Bearbeitungszeiten aus. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an digitale Verwaltungsleistungen. Eine naheliegende Antwort auf dieses Problem ist die Zusammenarbeit. In der Praxis scheitert diese jedoch häufig an der Zuständigkeit. Einerseits verbleiben die Zuständigkeiten bei der einzelnen Gemeinde oder dem einzelnen Kreis, andererseits soll die Arbeit über die Verwaltungsgrenzen hinweg stattfinden. Das Fachverfahren muss diese Trennung der Zuständigkeiten abbilden können. Zwei mögliche Ansätze können dieses Problem lösen.

Der erste und sehr verbreitete Ansatz setzt Aufgabe und Verfahren gleich. Ein Land oder ein Zusammenschluss (beispielsweise Zweckverband oder Rechenzentrum) betreibt ein einziges Fachverfahren für die Lösung einer einzelnen Fachaufgabe, mit dem alle Kommunen arbeiten. Wenn es nur ein System gibt, muss man auch nicht über Vernetzung nachdenken. Soll aber beispielsweise eine Gemeinde mit ihrem Kreis zusammenarbeiten, funktioniert das nicht mehr, da beide Ebenen verschiedene Aufgaben in unterschiedlichen Verfahren bearbeiten. Die Grenze, über die der Vorgang laufen müsste, verläuft dort nicht zwischen den Kommunen, sondern zwischen den Fachaufgaben.

Ein weiterer ungünstiger Aspekt käme durch die vermeintlich effektivere Zentralisierung hinzu: Denn das von zentraler Stelle vorgegebene Verfahren fügt sich oft nur schlecht in die individuelle Systemlandschaft der einzelnen Kommune ein. Für Verwaltungen, die ihre Fachverfahren zum Beispiel längst mit Dokumentenmanagement, Gebührenkasse und Meldewesen verbunden haben, ist das ein Rückschritt. Die Insellösung, die eigentlich überwunden werden sollte, entsteht an anderer Stelle neu.

Der andere mögliche und sinnvollere Weg belässt die Fachverfahren dort, wo die Zuständigkeit liegt, und verbindet sie miteinander. In der VOIS-Landschaft geschieht das über das VOIS-Protektornetzwerk. Jedes VOIS-Fachverfahren ist über einen Protektor-Client angedockt, der mit einem von derzeit elf Protektorservern kommuniziert. Darüber tauschen die angeschlossenen Fachverfahren verwaltungsübergreifend und medienbruchfrei Daten aus.

Voraussetzung für den Anschluss an das Protektornetzwerk sind lediglich die VOIS-Plattform und ein VOIS-Fachverfahren. Damit steht das Netzwerk bereits jetzt mehr als 3.400 Verwaltungen offen. Mit jeder angebundenen Verwaltung wächst der Nutzen für alle bereits verbundenen kommunalen Institutionen, denn die Zahl der Vorgänge, die ohne Medienbruch über Verwaltungsgrenzen hinweg laufen können, steigt mit der Reichweite des Netzes.

Der Unterschied zur Zentralisierung ist grundlegend. Denn jede Verwaltung behält ihr eigenes Fachverfahren und ihren eigenen Datenbestand. Geteilt werden nicht die Systeme, sondern definierte Vorgänge. Ein Fall, der eine Zuständigkeitsgrenze überschreitet, wandert als Vorgang weiter, und nicht als Ausdruck, PDF-Anhang oder Telefonat. Eine weitere Funktion betrifft die Außenanbindung: Vom Bürger genutzte Online-Vorgänge kommunizieren über denselben Weg direkt mit den Fachregistern. Andernfalls würde ein Antragsformular, das nicht weiß, welche Vorgänge zur

antragstellenden Person bereits bestehen, Angaben verlangen, die die Verwaltung längst besitzt.

Am deutlichsten wird der positive Effekt des Protektornetzwerks dort, wo Fälle von Natur aus über Zuständigkeitsgrenzen laufen. Im Fundwesen ist das der Regelfall: Verloren wird an einem Ort, gefunden und abgegeben an einem anderen. Über das Portal Fundbüro-deutschland.de sind derzeit 827 Fundbüros miteinander verbunden, sodass eine Suche nicht an der Gemeindegrenze endet. Wird in einem Fundbüro ein Personalausweis abgegeben, informiert das Verfahren die zuständige Personalausweisbehörde. Beantragt die betroffene Person dort einen Ersatzausweis, erhält sie unmittelbar die Information, dass der Ausweis gefunden wurde und auf dem Postweg zum Eigentümer ist. Für die betroffene Person entfallen Gebühren für ein Dokument, das nicht ersetzt werden muss, und die Verwaltung erspart sich einen vollständigen Antragsvorgang samt Dokumentenproduktion.

Besonders deutlich wird das beim Überschreiten der Fachgrenze zwischen Gemeinde und Kreis. Ein Führerscheinantrag kann in der Gemeinde mit VOIS|FSW.BS (Führerscheinwesen als Bürgerservice) aufgenommen und an die Fahrerlaubnisbehörde des Kreises in VOIS|FSW (Führerscheinwesen) übergeben werden. Beantragt wird vor Ort, bearbeitet jedoch dort, wo die Zuständigkeit liegt. In dieselbe Richtung geht der Lichtbildabruf. Mit Einwilligung der antragstellenden Person ruft der Kreis in VOIS|FSW das bei der Gemeinde in VOIS|MESO (Meldewesen) vorliegende Lichtbild ab und übernimmt es in den Antrag. Genauso wird auch verfahren, wenn der Bürger den Führerschein online beim Landkreis beantragt.

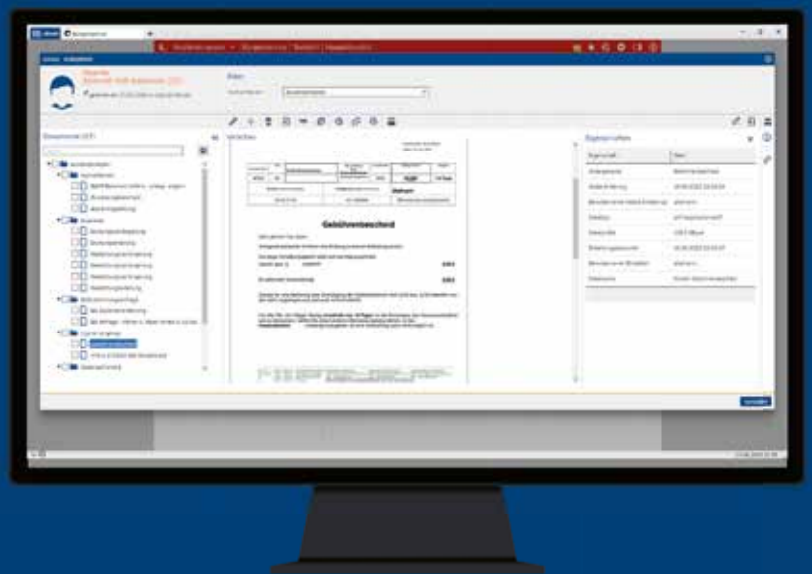
Zwei weitere Praxisumsetzungen sind in Vorbereitung. Im Gewerbewesen soll bei der Anmeldung eines erlaubnispflichtigen Gewerbes die erforderliche Erlaubnis direkt bei der zuständigen Stelle, etwa dem Kreis, abgefragt werden können, ohne dass die antragstellende Person den Nachweis selbst einholen und erneut vorlegen muss. Und im Wahlwesen sind vor jeder Wahl die Wählerverzeichnisse fünf bis sechs Wochen lang fortzuschreiben, vor allem durch Streichungen und Neuaufnahmen. Diese Meldungen sollen perspektivisch aus VOIS|MESO von Wahlbehörde zu Wahlbehörde komplett digital gehen, wobei die Vorgaben je nach Wahl und Bundesland unterschiedlich ausfallen.

In allen genannten Fällen liegt der Gewinn im Wegfall eines gesamten Arbeitsschritts. Genau das unterscheidet Vernetzung von Digitalisierung im engeren Sinn. Ein digitalisiertes Formular ersetzt lediglich Papier, ein vernetzter Vorgang ersetzt eine ganze Anfrage. Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg braucht keine Vereinheitlichung der Systeme, sondern Verfahren, die miteinander kommunizieren.

Tobias Heckmann ist Niederlassungsleiter Eschwege der HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH.

Anzeige

Mit VOIS|ADVIS:
Sie behalten alles
im Blick. Schnell,
einfach und sicher.



KOMMUNIX
SOFTWARE, SYSTEME & BERATUNG
VOIS
SOFTWARE

Code ersetzt **Marke**

Jörn Bargfrede

Die Gemeinde Ganderkesee kann alle Vorgänge rund um die Hundeverwaltung unkompliziert digital bearbeiten. Möglich macht das der Einsatz der Fachsoftware pmHundManager in Kombination mit der digitalen Hundemarke von Anbieter GovConnect.

Die Hundesteuersatzung der Gemeinde Ganderkesee in Niedersachsen sieht – wie in vielen anderen Gemeinden auch – beim Spazieren mit dem Hund das Mitführen einer Hundesteuermarke vor. In Ganderkesee war sie bisher als kleine Metallmarke verfügbar. Die analoge Marke geht jedoch schnell verloren, bleibt gerne versehentlich zu Hause liegen oder wird durch intensives Spielen des Hundes auch mal unleserlich. Metallhundemarken, die am Halsband des Hundes hängen, klappern zudem bei jedem Schritt und sind für die empfindlichen Hundeohren nicht immer angenehm. Mit der digitalen Hundemarke von GovConnect gehört das in Ganderkesee nun der Vergangenheit an.

Die digitale Marke können Hunderhalterinnen und -halter auf ihrem Smartphone speichern und haben sie so unterwegs immer mit dabei. Ganderkesee setzt die digitale Hundemarke als Zusatzangebot neben der regulären Metallmarke ein. Positiver Nebeneffekt der digitalen Marke: Die Gemeinde stellt ihren Bürgerinnen und Bürgern ganz unkompliziert eine nutzerfreundliche Serviceleistung zur Verfügung, die das Digitalisierungsportfolio von Ganderkesee ohne großen Aufwand erweitert. „Mit der Einführung der digitalen Hundemarke setzen wir einen wichtigen Schritt in Richtung Digitalisierung und Bürgerfreundlichkeit“, so Jennifer Kriens, Fachdienstleiterin Bürgerbüro Ganderkesee.



Karoline Thalhofer/stock.adobe.com

Digitale Hundemarke: Auf dem Smartphone immer mit dabei.

Die digitale Version der Hundemarke lässt sich direkt bei der Anmeldung zur Hundesteuer beantragen. Für die Gemeinde Ganderkesee bleibt der Aufwand dadurch gering. Die Verwaltungsmitarbeitenden können die digitale Hundemarke unkompliziert per Knopfdruck erzeugen und eine automatische E-Mail an die Halterinnen und Halter versenden. Diese erhalten mit der E-Mail nicht nur eine Bestätigung über die Ausstellung der Marke, sondern können sich diese gleich in die Wallet-Funktion ihres Smartphones abspeichern. Dadurch haben sie die Marke auf dem Smartphone immer griffbereit.

Bürgerinnen und Bürger aus Ganderkesee, die ihren Hund bereits zur Hundesteuer angemeldet haben, können die digitale Marke ebenfalls beantragen. Hierfür steht ein vollintegrierter Online-Dienst bereit. Ähnlich wie bei der Anmeldung zur Hundesteuer kann auch hier ein Häkchen bei der Information gesetzt werden, dass man die digitale Marke nachträglich erhalten möchte. Alternativ kann eine E-Mail an das Steueramt gesendet werden.

In der digitalen Version der Hundemarke sind alle zentralen Informationen über Hund und Halter aufgeführt. Neben der Transpondernummer erhalten Kontrolleure etwa eine Übersicht über die Rasse sowie den Namen des Tieres und weitere Infos zur Halterin oder zum Halter. Auch ein fälschungssicherer QR-Code ist in der Wallet-Funktion vorhanden. Bei Bedarf können die Kontrolleure diesen scannen und die Halterangaben überprüfen. Die

digitale Hundemarke kann auch in ausgedruckter Form mitgenommen und vorgezeigt werden. Diese Option bietet sich zum Beispiel dann an, wenn andere Personen als der Halter oder die Halterin den Hund ausführen – statt dann jedes Mal die Hundemarke heraussuchen zu müssen, genügt es, einmalig den QR-Code an die betreffende Person weiterzugeben.

Ebenfalls praktisch: Geht die Marke mal verloren, kann sie in wenigen Minuten neu angefordert und zugestellt werden. Das spart allen Beteiligten Zeit und Aufwand. Zudem würden durch das erneute Verschicken der Marken Kosten entstehen, welche sich durch die digitale Marke deutlich reduzieren lassen.

Doch nicht nur die pmHundemarke, auch das Fachverfahren pmHundManager, ebenfalls aus dem Hause GovConnect, erleichtert in Ganderkesee die Fallbearbeitung im Bereich Hund und Halter. So kann etwa die Erstellung der Hundemarke bequem im pmHundManager erfolgen, sodass Sachbearbeitende hierfür kein zusätzliches Tool nutzen müssen.

Zudem lassen sich mit dem pmHundManager insbesondere Vorgänge rund um die Hundeverwaltung umfangreich und komfortabel koordinieren und verarbeiten. Denn das Halten von Hunden ist in vielen Bundesländern mit verschiedenen Pflichten verbunden – so auch in Niedersachsen. Sachbearbeitende können in pmHundManager unter anderem mithilfe eines Ampelsystems erkennen, ob alle notwendigen Unterlagen zum Hund sowie Halterin oder Halter vorliegen. Des Weiteren ist ein Datenabgleich zwischen Steuer- und Hunderegister Niedersachsen möglich. Standardisierte Anschreiben, die bei Bedarf individuell angepasst werden können, bieten eine weitere Erleichterung.

Mit der Kombination aus dem Fachverfahren pmHundManager, der pmHundemarke und dem Online-Dienst zur Beantragung der Marke ist die Gemeinde Ganderkesee für jeden Fall rund um die Bearbeitung von Hundeangelegenheiten gerüstet.

Jörn Bargfrede ist Leiter im Bereich Vertrieb & Marketing bei der GovConnect.

Anzeige

Unabhängig von Endgerät und Betriebssystem – sicher, flexibel und kosteneffizient

LÄMMkom LISSA: Neuer Webclient für die Sozialverwaltung

Rund 400 Kommunen nutzen LÄMMkom LISSA bereits für die revisionssichere Sachbearbeitung in der Sozial- und Jugendhilfe sowie weiteren Leistungsgebieten. Mit dem neuen Webclient macht die Lämmerzahl GmbH die integrierte Lösung nun unabhängig von Endgerät und Betriebssystem: Der Zugriff erfolgt direkt über den Browser – ohne lokale Installation und mit maximaler Flexibilität.



© Johannes Arlt für die Lämmerzahl GmbH

Dieser Schritt stärkt die digitale Souveränität der Kommunen und reduziert die Abhängigkeit von internationalen Tech-Giganten. Der wirtschaftliche Effekt ist massiv: Da Terminalserverlizenzen und aufwendige Konfigurationen an rund 15.000 Arbeitsplätzen entfallen, entstehen messbare Budgeteinsparungen in den Behörden. Ein neuer Application-Server sorgt zudem für spürbare Beschleunigung der Prozesse, etwa bei globalen Abrechnungen.

Der Wechsel erfolgt ohne Risiko und ohne Reibungsverlust. Da Design und Abläufe identisch bleiben, entfällt jeder Schulungsaufwand. Alle Schnittstellen und Ergänzungsprodukte wie LÄMMkom ANALYSE laufen ohne Unterbrechung weiter.

Ein konsequenter Schritt in Richtung Cloud und eine echte Entlastung für die kommunalen Haushalte.

LÄMMERZAHL

Software für Arbeit, Jugend und Soziales

www.laemmerzahl.de

Sofortige **Wirkung**

Thorsten Rode

Im Rahmen des ersten Agentic AI Hub des Bundes hat die Stadt Nettetal gemeinsam mit dem Start-up Leistungslotse ein Wohngeld-Fachverfahren von Grund auf neu entwickelt – vom Antrag bis zum Bescheid. Sechs Monate später läuft es im Echtbetrieb.

Der Fachkräftemangel ist in den Kommunen keine realitätsferne Prognose mehr. In den kommenden Jahren werden in vielen Rathäusern mehr Beschäftigte in den Ruhestand gehen, als neue Kräfte gewonnen werden können. Gerade in Bereichen mit hohen Fallzahlen und komplexen Regeln ist der Druck schon heute deutlich spürbar. Wer als Verwaltung handlungsfähig bleiben will, muss deshalb spätestens jetzt digitalisieren – und zwar gezielt dort, wo das Personal absehbar fehlen wird. Technik soll dabei keine Menschen ersetzen, sondern Lücken schließen, die sich anders nicht mehr füllen lassen.



Privat

Beim Agentic AI Hub entwickelte Nettetal mit Leistungslotse ein Wohngeld-Fachverfahren.

Jede Verwaltung sucht daher nach Digitalisierungsprojekten, die eine sofortige Wirkung zeitigen. Ganz oben auf der Liste steht hier das Wohngeld. Der Sachverhalt ist komplex, Anträge kommen häufig unvollständig an, Unterlagen müssen nachgefordert, Angaben geprüft und Rückfragen beantwortet werden. Der manuelle Aufwand ist enorm, die Arbeitslast in den Wohngeldstellen entsprechend hoch. Auch die nordrhein-westfälische Stadt Nettetal hat lange nach dem richtigen Ansatz gesucht, um ihre Sachbearbeitenden wirksam zu entlasten.

Viele verfügbare Lösungen setzen zwischen Antragstellung und Fachverfahren an. Sie prüfen eingehende Anträge auf Vollständigkeit und Plausibilität und vereinfachen Nachforderungen. Das hilft, greift aber zu kurz. Nettetal hat bewusst eine Lösung gesucht, die früher ansetzt: beim Eingangskanal. Er ist die wohl am meisten unterschätzte Stellschraube der Verwaltungsdigitalisierung und stammt vielerorts noch aus einer Zeit, in der Papieranträge einfach als PDF oder als Online-Formular eins zu eins nachgebildet wurden. Wer einen solchen Antrag einmal ausgefüllt hat, weiß, warum so viele unvollständig ankommen. Dabei gilt ein einfacher Zusammenhang: Je besser Bürgerinnen und Bürger ihre Daten bereitstellen, desto weniger muss in der Verwaltung nachgearbeitet werden. Dafür muss der Antrag aber verständlich sein.

Das zweite Hindernis kennt jede IT-Abteilung: die Grenzen bestehender Fachverfahren. Wo keine standardisierten Schnittstellen vorhanden sind, bleibt der Datenaustausch Stückwerk. Daten werden doppelt erfasst, Medienbrüche bleiben bestehen, und jede neue Lösung endet an der Tür des Altsystems.

Die Auswahl für den ersten Agentic AI Hub, ein bundesweites Kooperations- und Erprobungspro-

gramm des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung, bot Nettetal die Gelegenheit, beide Probleme grundsätzlich anzugehen. Mit dem Projekt „Leistungslotse OneStream“ entwickelte die Stadt gemeinsam mit dem Start-up Leistungslotse im Co-Creation-Ansatz ein komplett neues Wohngeld-Fachverfahren – ohne Rücksicht auf bisherige Barrieren und konsequent vom Bedarf her gedacht, aufseiten der Antragstellenden ebenso wie aufseiten der Sachbearbeitung.

Herzstück ist ein durchgängiger Ende-zu-Ende-Prozess, in dem Künstliche Intelligenz und ein nutzerzentrierter Ansatz beide Seiten unterstützen: die Bürger bei der Antragsstellung, die Sachbearbeitenden bei der Prüfung und der Bearbeitung. Daten werden nur einmal erhoben und von der Plattform durch den gesamten Bearbeitungsprozess gereicht. Möglich macht das eine Architektur, die konsequent dem API-First-Prinzip folgt und konform zum Deutschland-Stack ist. Saubere Schnittstellen sorgen für größtmögliche Interoperabilität. Für weniger technisch Interessierte heißt das schlicht: Das Once-Only-Prinzip wird hier nicht versprochen, sondern zum Standard. Redundante Dateneingaben entfallen – ganz im Sinne der Empfehlungen der Sozialstaatskommission. Für die Sachbearbeitung bedeutet das: weniger Abtippen, weniger Suchen, mehr Zeit für die eigentliche fachliche Prüfung.

Auch beim Einsatz von KI stand Wirtschaftlichkeit im Vordergrund. Statt auf große Modelle zu setzen, wird das richtige Modell für die jeweilige Aufgabe genutzt. So entsteht an jeder Stelle des Prozesses ein messbarer Mehrwert bei hoher Kosteneffizienz, statt dass teure Insellösungen nebeneinander betrieben werden. Auch damit folgt das Projekt den Empfehlungen der Kommission.

Bürgerinnen und Bürgern steht nun ein modernes, zugängliches Antragsformular zur Verfügung, das erklärt statt verwirrt und so die Anzahl der Online-Anträge mehr als verfünffacht hat. Statt Paragrafensprache findet man verständliche Erläuterungen genau dort, wo sie gebraucht werden. Was früher Wochen später als Nachforderung per Brief kam, lässt sich so direkt im Antrag klären. Der Nutzen ist ein doppelter: höhere Zufriedenheit auf der einen, deutlich bessere Datenqualität auf der anderen Seite.

Ebenso wichtig war die Perspektive der Mitarbeitenden. In Co-Creation-Workshops, für die der Hersteller nach Nettetal kam, gestalteten die Beschäftigten der Wohngeldstelle das neue Fachverfahren mit. Ihr Know-how floss unmittelbar ein, und viele Funktionen, die in der bisherigen Fachverfahrenslandschaft fehlten, wurden umgesetzt. Manche Anmerkung aus der Fachlichkeit war schon am nächsten Tag realisiert. So erlebten die Mitarbeitenden schnell, dass ihre Hinweise tatsächlich zählen – ein echter Gewinn für das Changemanagement.

Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfung sowie einfache Nachforderungen gehören ebenso zum Funktionsumfang wie ein auf Wohngeld spezialisierter KI-Assistant. Das Fachverfahren nutzt erstmals KI-Integrationen, etwa zur Vorgangsanlage und Prüfung, was die Sachbearbeitung gerade bei komplexen Fällen entlastet. Die Kennzahlenerhebung, die sich nach der DIN SPEC 66336 richtet, macht Mehrwert und KPIs messbar.

Innerhalb der drei Monate im Agentic AI Hub wurde das System vollständig entwickelt. Der Anspruch war dabei nie ein Prototyp für die Schublade, sondern ein voll produktives und skalierbares Produkt. Dafür waren im Anschluss umfangreiche Tests mit IT.NRW nötig, das in Nordrhein-Westfalen die Bescheiderstellung für alle Kommunen übernimmt. Im Mittelpunkt standen Datenaustausch, fehlerfreie Übermittlung und Qualitätssicherung. Weitere drei Monate später war auch das geschafft: Leistungslotse ist in Nettetal im Echtbetrieb, die ersten Bescheide wurden reibungslos übermittelt. Weil das Verfahren von Beginn an skalierbar angelegt ist, steht es grundsätzlich auch anderen Kommunen offen.

Dass ein so komplexes Fachverfahren wie das Wohngeld in so kurzer Zeit ersetzt wird, dürfte bislang einmalig sein. Das Rezept dahinter ist unspektakulär: einfach machen, gemeinsam und mit dem Blick auf echte Wirkung. Die wichtigste Lehre aus dem Projekt sollte anderen Kommunen Mut machen. Die technischen Fragen waren bei der Umstellung das kleinere Problem. Entscheidend ist, dass der Wandel nachhaltig begleitet wird und die Menschen, die täglich mit dem System arbeiten, von Anfang an mitgestalten.

Thorsten Rode ist Sachgebietsleiter des IT-Service und Co-Leiter des Bereichs E-Government bei der Stadt Nettetal.

Erfolgreiche **Umstellung**

Transparente Abrechnungen und rechtssichere Satzungen stellen die Kindertagespflege vor Herausforderungen. Im Interview berichtet Diana Bolte vom Kreisjugendamt Herford, wie eine neue Fachanwendung ihre Arbeit für sechs Kommunen erleichtert.

Frau Bolte, der Landkreis Herford hat Verwaltung und Abrechnung der Kindertagespflege auf die Anwendung kitaTP umgestellt. Was war der Auslöser dafür?

Unsere Verwaltungsprozesse waren vollständig excelbasiert organisiert. So hatten wir keine Skalierbarkeit hinsichtlich Fallzahlen, Anzahl der Kommunen, Regeländerungen oder Teamgröße. Anpassungen an neue Anforderungen waren nur mit hohem Aufwand möglich. Auch die Arbeitsteilung war eingeschränkt. Es bestand keine Möglichkeit, Arbeitsprozesse systematisch abzubilden, wie etwa eine digitale Aufgabenverteilung oder eine automatische Weiterleitung. Außerdem waren wir vom Spezialwissen weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Aufbau, Formeln und Pflege der Excel-Dateien abhängig. Dadurch entstand eine starke personelle Abhängigkeit. Hinzu kommt, dass die Bescheide manuell und einzeln in Word erstellt wurden, was einen erheblichen Zeitaufwand bedeutete. Richtig zeitintensiv waren jedoch die Zahlbarmachung der Betreuungsentgelte und die Erhebung der Elternbeiträge. Wir wollten eine Lösung, die die Arbeitsprozesse schneller, effizienter und weniger personenabhängig gestaltet.

Was war das wichtigste Ziel, das Sie mit der Umstellung auf kitaTP erreichen wollten?

Die täglichen Arbeitsprozesse sollten in einem zentralen IT-System anstelle isolierter Excel-Dateien abgebildet werden. Außerdem sollten Daten und Vorgänge zentral verwaltet werden, um jederzeit einen aktuellen und vollständigen Bearbeitungsstand einsehen zu können. Der Bearbeitungsaufwand bei Änderungen musste reduziert werden, insbesondere bei Anpassungen von Betreuungsentgelten und Elternbeiträgen. Von systemgestützten Prozessen, automatischen Berechnungen und standardisierten Abläufen versprachen wir uns auch eine Verringerung der Fehleranfälligkeit. Und schließlich waren die Vertretungsfähigkeit sowie das verteilte Wissen im Team ein wichtiges Ziel, damit Arbeitsprozesse von mehreren Mitarbeitenden einfach und sicher durchgeführt werden können, unabhängig von einzelnen Wissensträgern.

Welche Änderungen ergaben sich für die bisherigen Prozesse, etwa im Bereich Abrechnung von Pauschalen und Beiträgen?

Statt einer einmaligen, jahresbezogenen Erfassung von Abrechnungsdaten erfolgt nun eine laufende Verarbeitung über Beitragszahlungen der Eltern an die Kommune. Dadurch erreichen wir eine höhere Transparenz und Genauigkeit. Das erleichtert sowohl die interne Kontrolle als auch die Kommunikation mit Eltern. Durch die systemgestützte, monatliche Abrechnung können Eltern, die ihren Beitrag nicht fristgerecht entrichten, zeitnah identifiziert werden. So kann unser Mahnwesen schneller reagieren. Das reduziert langfristige Forderungsausfälle.



Privat

Diana Bolte

Wie ändert sich die tägliche Arbeit für die Fachberatung?

Sie ist deutlich strukturierter, transparenter und viel effizienter.

Alle relevanten Informationen sind zentral im System verfügbar: Betreuungsumfänge, aktueller Bewilligungsstatus und chronologische Änderungshistorie sowie abrechnungsrelevante Daten. Das zeitintensive Durchsuchen von Papierakten oder parallelen Listen entfällt weitgehend, und die intuitive Bedienung in kitaTP führt jeweils mit wenigen Mausklicks zum Ziel.

„Durch die laufende Verarbeitung erreichen wir höhere Transparenz."

Satzungen zur Kinderbetreuung können sehr komplex sein. Konnten alle Vorgaben in kitaTP umgesetzt werden?

Ja, wir konnten auch komplexe Satzungen, insbesondere Geschwisterregelungen und Befreiungen beim Bezug von Kinderzuschlag in kitaTP vollständig umsetzen. In kitaTP lassen sich Betreuungsangebote und Vergütungen für die Kindertagespflege individuell einpflegen und die kommunalen Einkommensstufenregelungen für beliebige Altersklassen flexibel hinterlegen. Außerdem können Elterneinkommen erfasst und zeitlich aufgeschlüsselt berücksichtigt werden. Trotz dieser umfangreichen Möglichkeiten bleibt die Oberfläche übersichtlich und einfach bedienbar, sodass auch komplexe Vorgaben praxisnah umgesetzt werden können.

Können Sie uns ein Beispiel nennen, an dem der Erfolg der Einführung besonders deutlich wird?

Sehr hilfreich ist die automatische Differenzberechnung bei Änderungen im Sozialversicherungsbereich der Kindertagespflegepersonen (SV-Änderungen). Früher mussten bei Änderungen die Differenzen manuell berechnet, in Listen gesammelt und abgeglichen werden. Mit kitaTP läuft dieser Prozess heute viel effizienter. Änderungen an den SV-Beiträgen werden systemseitig sofort erkannt und Differenzen automatisch anteilig berechnet. Dadurch haben sich der Arbeits- und Kommunikationsaufwand sowie die Fehlerrate erheblich reduziert. Wir freuen uns über diese Zeitersparnis und gewinnen wertvolle Arbeitszeit für inhaltliche Aufgaben statt für Kontroll- und Korrekturschleifen.

Was sind Ihre nächsten Schritte?

Jetzt kümmern wir uns um die technische und prozessuale Vernetzung mit angrenzenden Fachverfahren, insbesondere mit kitaKIT, dem Fachverfahren für die Planung und Vergabe von Kitaplätzen. Unser Ziel ist die einfache und direkte Übernahme der Daten der Kinder zwischen kitaTP und kitaKIT. Gerade bei Wechseln oder parallelen Betreuungsformen (Kindertagespflege und ergänzende Betreuung in einer Einrichtung) lassen sich doppelte Dateneingabe, Rückfragen und Übertragungsfehler vermeiden.

Interview: Annette Steidle, Trinuts GmbH.

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- **www.kitatp.de**

Anzeige

Verwaltung digital wirksam machen. Souverän. Sicher. Von der Idee bis zum Betrieb.



Gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen gestalten wir moderne Verwaltungsstrukturen und begleiten den digitalen Wandel partnerschaftlich und praxisnah.

- Souveräne KI-Agenten für schnellere Verwaltungsprozesse
- Registermodernisierung: Daten vernetzen und nutzbar machen
- Souveräne Cloud: Kontrolle und Flexibilität verbinden
- Resiliente Verwaltung mit NIS-2

www.conet.de/digitale-verwaltung

Software für **gute Ferien**

Ina Diekmann

Mit dem Ganztagsanspruch für Grundschulkinder stehen Kommunen vor der Aufgabe, neue Angebote und Verwaltungsprozesse aufzubauen. Der Landkreis Nienburg/Weser konzentriert sich zum Einstieg auf einen ausgewählten Anwendungsfall: die Ferienbetreuung.

Seit August 2026 wird der Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung von Grundschulkindern gemäß Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) stufenweise eingeführt. Zunächst gilt dieser für die erste Klassenstufe und wird bis zum Schuljahr 2029/2030 auf alle Kinder der ersten bis vierten Klasse ausgeweitet. Der Anspruch umfasst acht Stunden an fünf Werktagen. Da der Schulunterricht diesen Zeitraum nicht vollständig abdeckt, sind zusätzliche Betreuungsangebote erforderlich – auch während der unterrichtsfreien Zeiten in den Schulferien.

Die zwingend notwendigen Mehr-Angebote erfordern klare und gut abgestimmte Abläufe, um den zusätzlichen Verwaltungsaufwand im Rahmen zu halten. Digitale Lösungen helfen dabei, Angebote und freie Kapazitäten verschiedener Träger im Blick zu behalten, Anmeldungen zu koordinieren und Plätze transparent zu vergeben.

Der niedersächsische Landkreis Nienburg/Weser hat sich deshalb bereits bei der Markteinführung für den Einsatz von NOLIS | Schulkind, einer neuen Fachsoftware des Unternehmens Nolis zur Verwaltung von Ganztags- und Betreuungsangeboten, entschieden. Dabei verfolgt die Kreisverwaltung bewusst einen pragmatischen Ansatz, anstatt bereits zum Start sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen.

„Uns war wichtig, jetzt ins Handeln zu kommen und zunächst genau den Bereich abzubilden, den wir kurzfristig benötigen. So können wir mit der Schulkindbetreuung in den Herbstferien erste Erfahrungen sammeln und sehen, wie sowohl die neuen Angebote als auch die Online-Voranmeldung angenommen werden“, erklärt Carmen Baldow, Leiterin des Fachbereichs Jugend beim Landkreis Nienburg/Weser.



NOLIS GmbH

Galerie betrachten

Austausch vor Ort bei der Kreisverwaltung Nienburg/Weser.*

Dass die Kreisverwaltung mit einem klar abgegrenzten Anwendungsfall starten wollte, ermöglichte einen schnellen Einstieg. Anfang September dieses Jahres wurden die zuständigen Mitarbeitenden im Umgang mit der Fachsoftware geschult. Dabei lernten die Teilnehmenden unter anderem, Betreuungsangebote anzulegen, ein individuelles Anmeldeformular zu konfigurieren sowie Zuständigkeiten und Abläufe für die anschließende Platzvergabe festzulegen. Nicht einmal drei Wochen später wurde die digitale Voranmeldung für die Herbstferien bereits auf dem Kommunalportal des Landkreises freigeschaltet.

* v. l.: Annkathrin Gutzeit und Angelika Dette von der Koordinierungsstelle „Gemeinsam für gute Ferien – Koordination und Ausbau der Ferienbetreuung im Landkreis Nienburg“; Carmen Baldow, Leiterin des Fachbereichs Jugend im Kreis Nienburg/Weser; Maren Warnecke, Geschäftsführerin der NOLIS GmbH

Beim Start von NOLIS | Schulkind profitierte die Verwaltung zusätzlich von bestehenden Erfahrungen mit Softwarelösungen aus der NOLIS | E-Government-Suite. Durch das technisch und konzeptionell aufeinander abgestimmte Zusammenspiel der Anwendungen lassen sich weitere Fachverfahren leichter in bestehende Strukturen integrieren. Das kann Einarbeitungszeiten verkürzen und Kommunen den Einstieg in neue digitale Prozesse erleichtern.

Im Landkreis Nienburg/Weser werden bereits das Kommunalportal und verschiedene Themenportale, unter anderem die digitalen Auftritte verschiedener Schulen, mit dem Content-Management-System NOLIS | CMS gepflegt. Das Anmeldeverfahren für die Ferienbetreuung ließ sich ohne zusätzlichen Programmieraufwand technisch und grafisch mit wenigen Klicks kurzfristig in das bestehende Kommunalportal des Landkreises einbinden.

Auch für die Erziehungsberechtigten gestaltet sich der digitale Anmeldeprozess einfach und übersichtlich. Über die Schulen wurden sie auf die neuen Ferienangebote für Grundschulkinder aufmerksam gemacht. Auf dem Kommunalportal des Landkreises gelangen sie zur Online-Voranmeldung und übermitteln dort die notwendigen Angaben zum Kind und zum Betreuungsbedarf. Auch Nachweise für einen beantragten Kostenerlass lassen sich digital einreichen. Die verbindliche Platzzuordnung erfolgt anschließend durch den Landkreis. Geplant ist, die Betreuungszeiten und Angebote für die kommenden Ferien jeweils frühzeitig im Kommunalportal zu veröffentlichen. Zusätzlich sollen auch die Schulen die Erziehungsberechtigten wieder über die verfügbaren Möglichkeiten und die Anmeldung informieren.

Wie die Administration der Betreuungsangebote organisiert wird, kann sich von Kommune zu Kommune unterscheiden. NOLIS | Schulkind ermöglicht sowohl eine zentrale Pflege als auch die Einbindung weiterer Beteiligter. Über ein differenziertes Rollen- und Rechtemanagement lässt sich steuern, wer auf welche Bereiche zugreifen und welche Aufgaben übernehmen kann. So können beispielsweise Schulen oder Betreuungspartner bei Bedarf in die Pflege ihrer Angebote einbezogen werden.

Der Flächenlandkreis Nienburg setzte für die Herbstferien 2026 zunächst auf eine zentrale Organisation über die Koordinierungsstelle „Gemeinsam für gute Ferien – Koordination und Ausbau der Ferienbetreuung im Landkreis Nienburg“. Das Projekt wird in der Programmlinie „Ganztag in Bildungskommunen“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert. „Für die erste Runde war die zentrale Organisation für uns der richtige Weg. So konnten wir in der Praxis sehen, welche Abläufe funktionieren, und daraus ableiten, welche Aufgaben später vielleicht auch anders verteilt werden können“, erklärt Angelika Dette von der Koordinierungsstelle.

Mit der Ferienbetreuung hat der Landkreis einen ersten konkreten Anwendungsfall mit NOLIS | Schulkind umgesetzt. Die dabei gewonnenen Erfahrungen können nun in die weitere Ausgestaltung der Prozesse und in die bedarfsgerechte Weiterentwicklung zukünftiger Ferienbetreuungsangebote einfließen.

Perspektivisch ist denkbar, den Einsatz der Fachsoftware über die Ferienbetreuung hinaus zu erweitern. So könnten künftig auch weitere Ganztagsbetreuungsangebote über NOLIS | Schulkind abgebildet und die dazugehörigen Anmeldeprozesse digital organisiert werden. Der Landkreis Nienburg/Weser kann den Einsatz der Lösung damit schrittweise an die eigenen Anforderungen und die weitere Entwicklung der Ganztagsbetreuung anpassen.

Für NOLIS-Geschäftsführerin Maren Warnecke ist das Vorgehen der Kreisverwaltung ein gutes Beispiel dafür, wie Kommunen ähnliche Digitalisierungsvorhaben pragmatisch und schrittweise umsetzen können: „Nicht jeder Digitalisierungsschritt braucht eine lange Vorlaufzeit und muss von Anfang an bis ins Detail festgelegt sein. Häufig ist ein früher Start der bessere Weg. Anschließend werden praktische Erfahrungen gesammelt und die Flexibilität guter Softwareanbieter ermöglicht es, die Lösung anschließend weiter anzupassen.“

Ina Diekmann ist Marketing Manager bei der NOLIS GmbH.

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- **www.lk-nienburg.de/schulkind/anmeldung.html**
- **www.nolis.de/schulkind**

Bürgerinformation wird digital

Digitale Informations- und Anzeigesysteme organisieren den Besucheraufruf, informieren und erleichtern Besucherinnen und Besuchern die Orientierung.

Bürgerinnen und Bürger erwarten eine moderne, transparente Verwaltung. Gleichzeitig sind Kommunen mit Fachkräftemangel, steigenden Bürgeranfragen und gesetzlichen Anforderungen an Barrierefreiheit konfrontiert. Digital gesteuerte Informations- und Anzeigesysteme können das Personal in Rathäusern, Bürgerbüros und Bürgerzentren entlasten, Wartezeiten reduzieren und die Orientierung verbessern. Das auf solche Lösungen spezialisierte Unternehmen digitalSIGNAGE stellt nun seine neuen Produkte und Leistungen für digitale Bürgerkommunikation vor, die sich speziell an Städte, Gemeinden und öffentliche Einrichtungen richten.

„Beschaffungsentscheidungen in Verwaltungen brauchen Zeit, Sorgfalt und belastbare Informationen“, sagt der Geschäftsführer Björn Christiansen. Der nun vorliegende, neue Katalog des Unternehmens bündelt das Angebot aus sechs verschiedenen Bereichen – von Türschildern über Kundenaufrufsysteme bis hin zu Außeninstallationen. Alle relevanten Lösungen inklusive technischer Eckdaten und Anwendungsbeispielen werden übersichtlich zusammengefasst.



digitalSIGNAGE

Zentral gesteuerte Infotafeln sind immer aktuell.

So verbindet das interaktive Wegeleitsystem des Unternehmens Lagepläne mit einer mehrsprachigen Oberfläche und barrierearmer Bedienung. Ein Kundenaufrufsystem kann klassische Tickets datensicher um eine digitale Variante per QR-Code ergänzen, digitale Türschilder zeigen aktuelle Raumbelegungen und Sprechzeiten an und lassen sich an Microsoft Exchange, Google Workspace und iCal anbinden. Für amtliche Bekanntmachungen oder Veranstaltungshinweise bietet digitalSIGNAGE zudem ein digitales Schwarzes Brett, dessen Inhalte zentral gepflegt werden können. Zentrale Informationspunkte in Foyers, Bürgerbüros, Tourismusinformationen oder Bibliotheken lassen sich mithilfe digitaler Indoor-Stelen in Größen bis zu 65 Zoll realisieren. Für Marktplätze und Rathausvorplätze bietet das Unternehmen aber auch gekühlte und beheizte, lichtstarke Outdoor-Stelen an.

Nach Auskunft des Unternehmens werden alle Lösungen über ein in Deutschland entwickeltes Cloud-CMS gesteuert. Der Betrieb erfolge in deutschen Rechenzentren, personenbezogene Daten würden nicht außerhalb der Europäischen Union verarbeitet. Mit jedem Gerät ist eine fünfjährige Lizenz für das Cloud-CMS verbunden. Über einen Notfallmodus lassen sich etwa bei Hochwasser, Stromausfällen oder Sirenenproben zentrale Mitteilungen gleichzeitig auf allen Displays ausspielen.

Das Serviceangebot von digitalSIGNAGE umfasst Standortberatung, Planung, Lieferung, Montage, Schulungen und laufenden Support. Interessierte Verwaltungen können außerdem einen kostenfreien Testzugang zum Cloud-CMS oder einen Demo-Player anfragen. Das Unternehmen ist nach eigenen Angaben gemäß ISO 9001, ISO/IEC 27001 und ISO 14001 zertifiziert. *(sib)*

Link-Tipp

Weitere, detaillierte Informationen zu Produkten und Möglichkeiten:

- **https://t1p.de/gd2yp**

MACH

Lösungen gebündelt

Das Unternehmen MACH richtet sein kommunales Produktportfolio neu aus. Mit der Plattform MACH KommStack sollen kommunale Finanzlösungen und Fachverfahren künftig in einem gemeinsamen Leistungsangebot zusammengeführt werden. Wie das Unternehmen mitteilt, sollen dabei Fachverfahren, Prozesse, Daten und Schnittstellen schrittweise enger verzahnt werden. Eine zentrale Rolle innerhalb der neuen Plattform übernimmt die Finanzlösung MACH K1 Finanzen. Weitere Fachverfahren sollen in das gemeinsame Lösungsangebot eingebunden und kontinuierlich weiterentwickelt werden. „Die kommunale Verwaltung der Zukunft entsteht nicht durch immer neue Einzellösungen, sondern durch das Zusammenspiel von Fachverfahren, Daten und Prozessen. Der MACH KommStack schafft Raum für die nächsten Digitalisierungsschritte“, erklärt MACH-CTO Andreas Hibbeler.

www.mach.de

AKDB

KAI für weitere Kommunen

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) weitet den Einsatz ihres KI-Assistenten KAI aus. Wie der kommunale IT-Dienstleister mitteilt, haben seit Juli 2026 fast 30 Kommunen die Anwendung im Verwaltungsalltag erprobt und mit ihren Rückmeldungen zur Weiterentwicklung beigetragen. Nach Abschluss der Pilotphase werde der KI-Chat nun schrittweise weiteren interessierten Kommunen zugänglich gemacht. KAI soll Verwaltungsbeschäftigte insbesondere dabei unterstützen, Informationen in Satzungen und anderen Dokumenten schneller zu finden und auszuwerten. Darüber hinaus kann die Anwendung Entwürfe für Schreiben und Stellungnahmen erstellen, fremdsprachige Dokumente übersetzen und internes Verwaltungswissen erschließen. Damit will die AKDB auch dem drohenden Wissensverlust durch den altersbedingten Personalwechsel in den Verwaltungen begegnen.

www.akdb.de

regio iT

Once-Only in Aachen

Mit einer Kick-off-Veranstaltung haben die Stadt Aachen und der IT-Dienstleister regio iT Ende September 2026 ein Großprojekt zur Registermodernisierung gestartet. Ziel ist es, den Datenaustausch zwischen Behörden nach dem Once-Only-Prinzip ermöglichen und die Bürger von wiederholten Dateneingaben entlasten. Daten, die der Verwaltung bereits vorliegen, sollen demnach mit Zustimmung der Betroffenen für weitere Verwaltungsleistungen abgerufen werden können. Neben der Anbindung an das Nationale Once-Only-Technical-System (NOOTS) bereitet sich die Stadt Aachen auch auf die Einbindung der digitalen europäischen Brieftasche d-you-Wallet vor. Eine besondere Herausforderung bestehe darin, die vorhandenen Online-Dienste zu synchronisieren und in die neue Struktur zu überführen, erklärt Andra Clemens, Abteilungsleiterin IT-Entwicklung und IT-Projektmanagement bei der Stadt Aachen.

www.aachen.de

www.regioit.de

Anzeige

Public Services

Viele Online-Dienste. Eine Bearbeitungsoberfläche.

Weniger Klicks. Mehr Verwaltung.

Bringen Sie mit PublicForms und PublicFlow Online-Anträge schnell an den Start und bearbeiten Sie diese – egal aus welchem System – als Vorgänge in einer einheitlichen, einfachen Prozess-Oberfläche.

Für Mitarbeitende bedeutet das:

- weniger Systeme
- weniger Einarbeitung
- klarere Prozesse
- schnellere Bearbeitung

Digitalisierung, die nicht mehr Arbeit macht, sondern Arbeit abnimmt.

Eine Marke der DSV Gruppe

PublicForms
Digitale Formulare

PublicFlow
Digitale Sachbearbeitung

Wir zeigen Ihnen, wie einfach und kostengünstig Digitalisierung sein kann.

Schreiben Sie dazu direkt an:
frank-olaf.wilhelm@s-publicservices.de

Anpacken statt abwarten

Dominik Rudolph

Während andernorts noch auf den Deutschland-Stack gewartet wird oder teure Abhängigkeiten von US-Anbietern entstehen, geht die Stadt Hamm bei KI und Automatisierung einen anderen Weg. Ein Praxisleitfaden zeigt sieben Schritte zur kommunalen KI-Nutzung.

Wer KI und Automatisierung in der Kommunalverwaltung einführen will, steht vor einem scheinbar unlösbaren Problem: Die vielfach am Kapazitätslimit arbeitenden Fachämter brauchen Entlastung durch Werkzeuge wie KI-Assistenten. Der finanzielle Spielraum der Kommunen ist jedoch eng: Abomodelle sind oft nicht finanzierbar. Zudem schränkt der strenge Datenschutz die Nutzung dieser Werkzeuge, die oftmals von US-Anbietern stammen, ein. Da es derzeit noch an skalierbaren Lösungen von Bund, Ländern oder kommunalen IT-Dienstleistern mangelt und eigenes Fachwissen fehlt, kommt es zu einer Handlungsstarre, in der sich eine unkontrollierte Schatten-IT entwickeln kann. Die Stadt Hamm hat sich entschieden, dieses Vakuum aktiv zu füllen. Der Weg dorthin erfordert eine gesunde Do-it-yourself-Mentalität sowie ein klares methodisches Fundament.

Schritt 1 – Klare Regeln: Schatten-IT entsteht oft auch aus Unwissenheit. Daher braucht es klare Regeln für die dienstliche KI-Nutzung. Regelwerke wie die EU-KI-Verordnung verstärken die Unsicherheit bei den Anwendern. Deren Grundprinzipien wurden in Hamm daher in einer gemeinsam mit dem Personalrat und weiteren Akteuren erarbeiteten Dienstanweisung adaptiert und um leicht verständliche Praxisleitfäden ergänzt. Zudem wurde zum Kompetenzaufbau und in Erfüllung der gesetzlichen Schulungspflicht nach Artikel 4 der Verordnung ein verpflichtendes E-Learning-Modul für die Mitarbeitenden eingeführt.



sehbaer_nrw/stock.adobe.com

Hamm setzt IT-Innovationen strukturiert um.

Schritt 2 – Basisdigitalisierung nicht vernachlässigen: Die Verwaltungsdigitalisierung darf sich trotz der großen Potenziale und des Hypes nicht nur auf KI fokussieren. Essenzielle Themen wie Online-Formulare, die E-Akte, Serviceportale sowie eine moderne IT-Ausstattung und hohe IT-Sicherheit bleiben auch in Hamm das Rückgrat der digitalen Transformation. Sie sind zudem unverzichtbare Grundvoraussetzung für den Einsatz von KI und intelligenter Prozessautomatisierung.

Schritt 3 – Ganzheitliche Strategie: Um sich nicht in Aktionismus zu verzetteln, entwickelte Hamm die KI-Strategie „Mensch.Prozesse.Technik“. KI wird nicht als Selbstzweck gesehen, sondern gezielt dort eingesetzt, wo sie Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger, die Beschäftigten und die Verwaltung bringt. Die Strategie berücksichtigt auch, dass die KI-Einführung kein reines IT-Projekt, sondern vielmehr eine Changemanagement-Aufgabe ist: Es gilt, in den jeweiligen Ämtern teildigitale Prozesse überhaupt erst KI-tauglich zu machen und sie so anzupassen, dass die erhofften Effizienzvorteile am Ende nicht wirkungslos verpuffen. Gleichzeitig bedarf es einer umfassenden personalwirtschaftlichen Begleitung. Aus der technischen Perspektive liegt der Schwerpunkt auf der Vermeidung von externen Abhängigkeiten. Zur Umsetzung wurden vier zentrale Säulen identifiziert: die Bürgerkommunikation über einen externen Chatbot, ein interner KI-Assistent im Eigenbetrieb, die Prozessautomatisierung mit RPA in Verbindung mit KI als Eigenentwicklung sowie die Integration von KI-Modulen in bestehende Fachverfahren.

Schritt 4 – Über den Tellerrand schauen: Sehr oft finden sich nicht nur bei IT-Anbietern, sondern auch in anderen Kommunen spannende Lösungen. Auch eine wissenschaftliche Begleitung vermeidet Betriebsblindheit. Beim Bürgerchatbot „Tom Hamme“ wurden beispielsweise gemeinsam mit der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) zunächst fundierte Kriterien aus der Sicht von Bürgern und Beschäftigten entwickelt. Bei der Stadt Nettetal fand sich dann später eine passgenaue Lösung. Und der Betreiber stammt praktischerweise aus der Hammer Nachbarkommune Soest.

Schritt 5 – Eigene Ressourcen aufbauen: Um die Abhängigkeit von externen Dienstleistern zu verringern und die Umsetzungsgeschwindigkeit zu erhöhen, wurde in Hamm eigenes Fachwissen aufgebaut. So wurden zwei Auszubildende der Verwaltungsinformatik zu RPA-Spezialisten weiterentwickelt. Auch beim Thema KI konnte auf das in der IT-Abteilung schon vorhandene Wissen der Mitarbeiter zurückgegriffen werden. Dank Infrastrukturmitteln des Bundes wurde die Hardware zudem kostenneutral beschafft. Dadurch kann die Stadt den kompletten KI- und Automatisierungsstack souverän im eigenen Haus bespielen.

Schritt 6 – Auf den Nutzwert fokussieren: Bei begrenzten Ressourcen ist die Spreu vom Weizen zu trennen. Bei vielen KI-Lösungen handelt es sich lediglich um altbekannte Fachverfahren, die um Chatfunktionen ergänzt wurden – jedoch zu höheren Preisen. Auch bei den eigenen Automatisierungen muss verhindert werden, knappe Entwicklerressourcen in Liebhaberprojekten einzelner Fachämter zu verbrennen. In Hamm wird daher konsequent nach dem zu erwartenden Effizienzgewinn priorisiert.

Schritt 7 – Beschäftigte mitnehmen: Nicht jeder in der Verwaltung blickt positiv auf KI. Sorgen vor Arbeitsplatzverlust und Entwertung der eigenen Expertise gilt es ebenso ernst zu nehmen wie die Angst vor Fehlern der KI. Neben der Basisschulung wurde daher stets auf eine umfassende Information der Beschäftigten geachtet – per Mitarbeiterzeitung, Intranet oder Live-Vorstellungen. Im Rahmen eines KI-Labs sollen die Beschäftigten zudem in die Lage versetzt werden, maßgeschneiderte Versionen der internen KI-Assistenz IDA zu entwickeln. Diese Use Cases aus der Praxis sollen bei anderen Kollegen Neugierde wecken und ihnen Mut für den eigenen Umgang mit KI machen.

Die Stadt Hamm zeigt, dass auch mit knappen Kassen echte Innovation im öffentlichen Sektor gelingen kann und dass dank Eigeninitiative und etwas Mut ein großer Schritt in Richtung digitaler Souveränität möglich ist. Die westfälische Stadt könnte damit eine Blaupause für viele andere Kommunen auf dem Weg hin zu KI und Automatisierung liefern.

Dr. Dominik Rudolph leitet das Amt für Organisationsentwicklung, IT und Digitalisierung bei der Stadt Hamm.

Anzeige

Die perfekte Software für Personalräte? Aber sicher!

STERNBERG

Unsere Softwarelösung IV.NET ermöglicht den sicheren digitalen Austausch zwischen Personalrat und Dienststelle – klar strukturiert, effizient und datenschutzkonform.



Zur Produktvorschau anmelden und IV.NET live erleben!

www.sitzungsdienst.net/ivnet-direkt

Vom Formular zum **Service**

Augsburg zählt zu den digital führenden Kommunen Deutschlands. Ausgehend von digitalen Formularen auf Basis von cit intelliForm ist dort ein integriertes Serviceangebot für Bürger und Unternehmen entstanden.

Der Einstieg in die digitale Verwaltung liegt in Augsburg bereits einige Jahre zurück. 2010 begann die Stadt mit digitalen PDF-Formularen. Heute umfasst ihr Angebot rund 600 Online-Dienste und mehr als 2.100 einzelne Verwaltungsleistungen. Im Dashboard Digitale Verwaltung des Bundes belegte Augsburg zeitweise den ersten Platz unter den Kommunen mit den meisten verfügbaren Online-Services.

Hinter dieser Entwicklung steht nach Angaben der Stadt vor allem ein langfristiger Ansatz. „Der Schlüssel zu unserem Erfolg besteht darin, dass wir frühzeitig eine Digitalisierungsstrategie entwickelt haben und diese seit vielen Jahren konsequent auf einer zentralen Plattform umsetzen“, erklärt Nathalie Richter, zuständig für Digitale Services und Basisdienste bei der Stadt Augsburg. Seit mehr als 15 Jahren nutzt die Kommune die Low-Code-Plattform cit intelliForm für das Formular- und Prozessmanagement.

Was als Formularservice begann, entwickelte sich dabei Schritt für Schritt zu einer zentralen Säule der digitalen Verwaltungslandschaft. Im Laufe der Jahre kamen unter anderem elektronische Bezahlmöglichkeiten und Authentifizierungsverfahren hinzu, etwa über BayernID und BundID. So entstanden aus einzelnen digitalen Formularen zunehmend durchgängige Online-Dienste.



DepositPhotos

Augsburg ist ein Vorreiter der Digitalisierung.

Dass diese Angebote angenommen werden, zeigen die Nutzungszahlen. Im Jahr 2025 wurden die Online-Dienste rund 145.000-mal aufgerufen. Besonders gefragt sind laut Richter Angebote aus den Bereichen Aufenthalt und Migration sowie verkehrsrechtliche Anordnungen. Ein Großteil der Verfahren wird im Bürgeramt, im Ordnungsamt und im Gesundheitsamt bearbeitet.

Entscheidend ist für Augsburg aber nicht allein, Verwaltungsleistungen online anzubieten. Wo es die technischen Voraussetzungen erlauben, werden erfasste Daten automatisiert in Fachverfahren übernommen und dort weiterverarbeitet. Ist eine solche Anbindung nicht möglich, arbeitet die Stadt mit abgestuften Lösungen. Bereits ein gut gestalteter Online-Dienst kann nach Einschätzung von Richter dazu beitragen, Rückfragen zu vermeiden und die Qualität der eingehenden Daten zu erhöhen.

Für die Entwicklung und Pflege der Formulare hat Augsburg klare Zuständigkeiten geschaffen. Die Umsetzung erfolgt zentral durch das Formularservice-Team, das im Bereich Digitalisierung und in der städtischen IT angesiedelt ist. „Die Dienststelle meldet den Bedarf oder den Änderungswunsch. Das Formularservice-Team setzt die Anpassungen um und übergibt diese zur Testung und Freigabe an die Fachbereiche“, erläutert Richter. Insbesondere wenn kurzfristig neue Angebote erforderlich sind, zahlt sich dieses Vorgehen aus. Bewährt habe es sich beispielswei-

se während der Coronapandemie. Der Low-Code-Ansatz ermöglicht es, neue Angebote vergleichsweise schnell umzusetzen. cit intellliForm kommt in Augsburg deshalb auch für interne Aufgaben zum Einsatz.

Neben der technischen Plattform setzt Augsburg auf Standardisierung und den Austausch mit anderen Kommunen. „Digitalisierung gelingt nicht durch einzelne Formulare, sondern durch eine konsequente Strategie über viele Jahre. Die Stadt Augsburg zeigt, dass eine zentrale Plattform, gemeinsame Standards und der enge Austausch zwischen Städten der entscheidende Hebel sind – nicht die Technik allein“, sagt Holger Sudmann, Leiter der digitalen Transformation der Stadt Augsburg.

Eine Rolle spielen dabei auch die sogenannten BayernPackages, über die digitale Verwaltungsleistungen zentral für Kommunen bereitgestellt werden. Dazu gehören unter anderem Lösungen auf Basis von cit intelliForm. Augsburg greift auf solche Angebote zurück, ergänzt sie aber gezielt um eigene Entwicklungen. Gleichzeitig tauscht sich die Stadt mit anderen Großstädten aus, die dieselbe Plattform einsetzen, darunter München und Nürnberg. Gemeinsame Standards und Erfahrungswerte sollen dazu beitragen, Lösungen schneller einzuführen und bestehende Angebote weiterzuentwickeln.

Ein umfangreiches digitales Angebot allein garantiert allerdings noch nicht, dass Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen es auch in Anspruch nehmen. Deshalb rückt in Augsburg neben der technischen und organisatorischen Umsetzung zunehmend die Kommunikation in den Mittelpunkt. „Verfügbarkeit ist nicht gleich Nutzung“, sagt Nathalie Richter. „Ausschlaggebend ist das Marketing, um auf die Verfügbarkeit aufmerksam zu machen und Nutzung zu stärken.“

Damit schließt sich für Augsburg der Kreis: Digitale Verwaltung endet nicht mit dem fertigen Online-Formular. Entscheidend ist, daraus einen Service zu machen, der sich in die Verwaltungsabläufe einfügt – und von den Menschen tatsächlich genutzt wird.

Alexander Schaeff

Anzeige



IT-Umbau mit Rückendeckung

K. Hässler

Braunlage modernisiert Dokumentenmanagement und Finanzwesen, die Verwaltungsplattform läuft bereits im Rechenzentrum. Partner sind der IT-Dienstleister ITEBO und die gleichnamige Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft.

Die Digitalisierung der Verwaltung ist für die im niedersächsischen Kreis Goslar gelegene Stadt Braunlage ein fortlaufender Prozess, der viele Bereiche des kommunalen Alltags berührt. Dabei geht es längst nicht mehr nur darum, einzelne Anwendungen zu ersetzen oder neue Software einzuführen. Vielmehr steht die Frage im Mittelpunkt, wie sich Verwaltungsarbeit langfristig effizient, sicher und digital gestalten lässt und welche technischen Strukturen dafür notwendig sind. Die Stadt hat sich deshalb auf den Weg gemacht, ihre IT-Landschaft Schritt für Schritt weiterzuentwickeln und dabei auf die Zusammenarbeit mit einem kommunal ausgerichteten Partner zu setzen. Mit dem Beitritt zur ITEBO eG wurde dafür eine wichtige Grundlage geschaffen. Ein aktuelles Projekt ist die Einführung des Enterprise-Content-Management-Systems enaio, mit dem die Stadt ihre Dokumenten- und Informationsverwaltung modernisieren möchte.



ITEBO

Mit dem IT-Partner ITEBO bleibt die Stadt Braunlage bei der Digitalisierung am Ball.*

Um einen Partner an der Seite zu haben, der die Stadt bei der Entwicklung und Umsetzung einer langfristigen Digitalisierungsstrategie unterstützt, beschloss der Stadtrat von Braunlage im Juni 2024 den Beitritt zur Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft ITEBO. Sie ist ein rechtlich eigenständiges Unternehmen neben dem gleichnamigen IT-Dienstleister und unterstützt Kommunen bei der IT-Beschaffung. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen innerhalb der Genossenschaft können personelle und finanzielle Ressourcen effizienter eingesetzt werden. Bereits vor dem Beitritt arbeitete Braunlage beispielsweise beim Bürgerportal OpenR@thaus und beim Betrieb von AutiSta mit ITEBO zusammen. Als Mitglied der ITEBO-Genossenschaft profitiert die Stadt von der Inhouse-Fähigkeit im Vergaberecht. Leistungen innerhalb der genossenschaftlichen Strukturen können dadurch effizienter beschafft werden. Für die Stadt eröffnet das wirtschaftliche Beschaffungswege bei IT-Infrastruktur und Dienstleistungen.

Das Thema Dokumentenmanagementsystem stand in Braunlage bereits auf der Agenda. Erste Produktvorstellungen hatte es schon im Vorjahr gegeben. Um die Anforderungen der Verwaltung und die Möglichkeiten des Systems genauer zu betrachten, nahm die Stadt im April 2025 direkten Kontakt zu ITEBO auf. Im September folgte die Teilnahme am ITEBO DMS-Forum. Dort standen Netzwerken, Erfahrungsaustausch, die

* v. l.: Bürgermeister Wolfgang Langer; Ines Schünemann, Sachbearbeiterin Hauptamt Stadt Braunlage; Ralf Hörnschemeyer, ITEBO

User Experience sowie neue Module und Funktionen im Mittelpunkt. „In sehr entspannter Atmosphäre, bei gutem Essen und vielen Gesprächen, entstand eine offene Runde, in der man schnell vom Fachlichen ins Persönliche wechselte. Es wurde viel diskutiert, gelacht und erzählt – und genau dieser ungezwungene Austausch hat den Blick auf die Zusammenarbeit noch einmal deutlich vertieft. Man merkt in solchen Momenten oft am stärksten, ob die Chemie stimmt und ob man sich auf einer gemeinsamen Ebene bewegt“, berichtet Ines Schünemann, Sachbearbeiterin im Hauptamt der Stadt Braunlage, über die Teilnahme am Anwendertreffen.

Ausschlaggebend für die Wahl der Lösung enaio war insbesondere der mögliche Betrieb bei einem kommunalen IT-Dienstleister beziehungsweise in einem kommunalen Verbund. Dieser Ansatz passt zur langfristigen IT-Strategie der Stadt Braunlage. Aber auch die niedersächsische Digitalisierungsstrategie spielte eine Rolle: Vereinheitlichung und Konsolidierung von Systemlandschaften und zentrale IT-Strukturen bieten Perspektiven für eine tragfähige Verwaltungs-IT. Entscheidend war zudem das Feedback aus der Belegschaft. enaio wurde insbesondere wegen seines strukturierten und intuitiven Aufbaus, der umfangreichen Funktionalitäten und der Möglichkeit, komplexe Organisationsstrukturen abzubilden, positiv bewertet. Auch flexible Rechte- und Zugriffskonzepte sowie die Eignung für unterschiedliche Organisationseinheiten und Beteiligungen überzeugten. Der Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen bestätigte das positive Bild.

Die Einführung von enaio in Braunlage befindet sich derzeit in einer frühen Umsetzungsphase. Im Mittelpunkt steht zunächst der Aufbau des Aktenplans – eine fachlich und organisatorisch anspruchsvolle Aufgabe, denn die Struktur der elektronischen Akten bildet eine wichtige Grundlage für die spätere digitale Arbeit mit Dokumenten und Informationen. Die Stadt bereitet das Projekt vor und behält parallel laufende Vorhaben im Blick. Entscheidend ist die Transparenz darüber, was wann, in welcher Form und von wem benötigt wird. Für das Projektmanagement wurde mit factro eine Lösung ausgewählt, die die Zusammenarbeit mit externen Partnern unterstützt.

Darüber hinaus hatte Braunlage bereits eine Modernisierung des Finanzverfahrens im Blick. Die Möglichkeit, beide umfangreichen Veränderungsprozesse mit einem Projektpartner umzusetzen, war ein weiterer wichtiger Faktor, der für ITEBO sprach. Das bisherige Finanzverfahren CIP KD wird durch Axians Infoma ersetzt. Mit Infoma sollen die Finanzprozesse stabil, sicher und effizient gestaltet werden. Geplant sind unter anderem digitale Workflows in der Haushaltsplanung und im Rechnungseingang sowie eine revisionssichere digitale Belegablage in Verbindung mit dem Dokumentenmanagement. Auch E-Rechnungen, zentrale Ausgangsrechnungen, transparente Rechnungsprozesse und die langfristige Zukunftsfähigkeit der Lösung waren wichtige Kriterien. Der Projektstart für Infoma erfolgte im Mai dieses Jahres. Die Projektstruktur steht, Teams und regelmäßige Jours fixes sind eingerichtet, erste Workshops zur Datenüberleitung haben stattgefunden. Die Einführung zum Stichtag 1. Januar 2027 bleibt fest im Blick.

Die Einführung von enaio und Infoma ist Teil einer Reihe miteinander verbundener Modernisierungsvorhaben. Ein weiteres wichtiges Projekt war die Verlagerung der VOIS-Plattform in das Rechenzentrum von ITEBO. Zuvor wurden die VOIS-Plattform und ihre Module auf den städtischen Servern betrieben. Mit der Migration wurde die gesamte VOIS-Plattform einschließlich aller Module in ein zertifiziertes Rechenzentrum überführt. Im Mittelpunkt standen IT-Sicherheit und der Schutz sensibler Personendaten. Darüber hinaus sprechen wirtschaftliche und organisatorische Gründe für zentrale Betriebsstrukturen: Synergieeffekte, optimierte Investitions- und Betriebskosten sowie eine Entlastung der internen IT-Ressourcen. Das Projekt ist inzwischen abgeschlossen und verlief aus Sicht der Stadt reibungslos. Dass die technische Umstellung im Arbeitsalltag kaum wahrgenommen wurde, wird als Erfolg gewertet.

Mit enaio, der Verlagerung von VOIS in eine kommunale Rechenzentrumsstruktur und der Einführung von Infoma entwickelt die Stadt Braunlage ihre digitale Verwaltungslandschaft auf mehreren Ebenen weiter. Der Beitritt zur ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft schafft dafür eine langfristige Kooperationsbasis und verbindet Digitalisierung, sichere Infrastruktur und moderne Fachverfahren.

Katharina Hässler ist Marketing- und Vertriebsmitarbeiterin beim IT-Dienstleister ITEBO GmbH.

Synergien heben

Die Zusammenarbeit aller föderalen Ebenen wird auch in Baden-Württemberg enger. Über gemeinsame Vereinbarungen und Standards, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und digitale Souveränität spricht Landes-CDO Ronja Kemmer im Interview.

Frau Kemmer, wo steht Baden-Württemberg derzeit im Vergleich der Bundesländer bei der Verwaltungsdigitalisierung?

Wir haben wichtige Grundlagen für die Digitalisierung geschaffen: Mit unserer landeseigenen E-Government-Plattform servicebw und dem OZG-Hub verfügen wir über eine starke E-Government-Infrastruktur und haben bei der OZG-Umsetzung in den vergangenen Jahren gemeinsam mit den Kommunen große Fortschritte erzielt. Über 600 Online-Dienste können inzwischen kostenfrei von den Kommunen genutzt werden. Jetzt haben wir mit dem Bund das Programm Flächendeckung vereinbart. Dabei übernehmen wir in den nächsten neun Monaten die Kosten für den Roll-out folgender fünf Leistungen für die Kommunen: Ummeldung, Verpflichtungserklärung, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Eheschließung und Aufenthaltstitel. Das Innenministerium begleitet das Projekt.

Wo sehen Sie die wichtigsten Hebel, um die Verwaltungsdigitalisierung ressortübergreifend voranzubringen?

Ein zentraler Aspekt ist die konsequente Standardisierung und Automatisierung. Der Bund hat mit dem Deutschland-Stack bereits den ersten Meilenstein für gemeinsame föderale Standards gesetzt. Daran knüpfen wir in Baden-Württemberg an. Unsere Vision ist die Schaffung eines „BW-Stacks“, der das gemeinsame technische Fundament bildet. Jeder digitale Prozess soll dieselben sicheren Bausteine für Identität, Daten, Kommunikation, Integration und Infrastruktur verwenden. Wir müssen zudem die Nutzerfreundlichkeit der Prozesse in den Mittelpunkt stellen. Behördengänge für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen müssen so einfach und intuitiv wie Online-Shopping sein. Ein echter Gamechanger wird die European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) – die digitale Brieftasche auf dem Smartphone. Sie wird die Nutzung digitaler Angebote von Unternehmen sowie Verwaltungsleistungen stark vereinfachen. Und dann ist da noch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Im Koalitionsvertrag haben wir uns das Ziel gesetzt, in Baden-Württemberg die Potenziale von KI in der Verwaltung zu nutzen und dabei zum bundesweiten Vorreiter zu werden. Dabei geht es darum, staatliche Prozesse effizienter zu machen, Menschen im Alltag spürbar zu entlasten und unsere Wettbewerbsfähigkeit auszubauen. Ein Beispiel ist die Abfrage, ob ein Antrag vollständig ist. Das kostet in jedem Verwaltungsprozess viel Zeit.



Ministerium des Inneren Baden-Württemberg

Chief Digital Officer Ronja Kemmer

Welche strukturellen Entwicklungen prägen derzeit die Verwaltungsdigitalisierung?

Der Bund und alle 16 Länder haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen zur Schaffung einer einheitlichen, sicheren und souveränen IT-Infrastruktur verständigt, den Deutschland-Stack. Ich will die vorhandenen und zukünftigen Investitionen von Bund und Ländern bestmöglich nutzen, Synergien heben und die digitale Architektur Baden-Württembergs auf einer abgestimmten Basis weiterentwickeln. Mithilfe unseres adaptiven und leistungsstarken BW-Stacks können wir diese bundesweiten Entwicklungen gut auf unser Land übertragen.

Land und Kommunen wollen mit ihrer neuen E-Government-Vereinbarung vom März den Roll-out von Online-Diensten verbindlicher organisieren. Was nimmt das Land den Kommunen konkret ab – und welche Aufgaben bleiben bei ihnen?

Auf Grundlage der neuen E-Government-Vereinbarung nehmen wir insgesamt weitere zehn Millionen Euro in die Hand, damit wir die digitalen Dienste noch weiter in die Fläche der über 1.100 Kommunen in Baden-Württemberg bekommen. Wir wollen noch mehr Verwaltungsprozesse vom Online-Antrag bis zum digitalen Bescheid komplett digital abbilden. Der Weg dorthin führt über ein klares Vorgehensmodell für die Einführung neuer Online-Dienste, über eine konsequente Standardisierung mittels einheitlicher Schnittstellen und Datenformate sowie über eine ressortübergreifende Zusammenarbeit. Das ist anspruchsvoll und erfordert die aktive Mitwirkung aller Beteiligten. Digitalisierung ist in diesem Zusammenhang aber keine Einbahnstraße und kann nicht nur vom Land gelöst werden. Das ist insgesamt eine Mammutaufgabe. Aber an ganz vielen Stellen verbessern sich die Dinge sukzessive in die richtige Richtung, sodass ich hier zuversichtlich bin.

Die Verwaltungs-KI F13 wurde vom Prototyp zur landesweit verfügbaren Open-Source-Plattform, die mehrere Länder gemeinsam weiterentwickeln. Wie geht es nun weiter?

Jetzt geht es darum, die Verwaltungs-KI funktional und organisatorisch weiter auszubauen, sodass sie mit technologischen Entwicklungen Schritt hält. Dazu haben wir die Benutzeroberfläche modernisiert und pilotieren derzeit ein Outlook-Plug-in. Außerdem werden leistungsfähigere Modelle sowie zusätzliche Wissensdatenbanken eingebunden – etwa mit landesspezifischem Wissen, Landesrecht und weiteren Inhalten. Über F13 hinaus verfolgen wir das Ziel, Künstliche Intelligenz überall dort einzusetzen, wo sie Beschäftigte spürbar entlastet und Verwaltungsleistungen verbessert. Besondere Bedeutung kommt auch dem Auf- und weiteren Ausbau von KI-Kompetenzen der Beschäftigten zu. Dafür haben wir das KI-Kompetenznetzwerk ins Leben gerufen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung sollen beim strukturierten Wissens- und Kompetenzaufbau begleitet werden, um sie für die KI-Nutzung zu befähigen.

„Digitalisierung ist insgesamt eine Mammutaufgabe. Das kann nicht nur vom Land gelöst werden."

Die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung wird immer wichtiger. Welche Vorhaben sind dazu in Baden-Württemberg geplant?

Für uns bedeutet digitale Souveränität nicht vollständige technologische Autarkie. Sie bedeutet vielmehr, Wahlmöglichkeiten zu erhalten. Systeme müssen austauschbar, Schnittstellen offen, Daten kontrollierbar und kritische Funktionen langfristig beherrschbar sein. Ein zentraler Hebel ist dabei der verstärkte Einsatz offener Standards und wiederverwendbarer Open-Source-Komponenten. Das Beispiel F13 zeigt diesen Weg: Die Plattform wird gemeinschaftlich weiterentwickelt, kann in unterschiedlichen Betriebsumgebungen eingesetzt werden und ermöglicht insbesondere bei sensiblen Verwaltungsdaten einen souveränen Umgang mit KI. Als Land prüfen wir fortlaufend Alternativen, stärken die Nachnutzung gemeinsamer Lösungen und reduzieren gezielt Abhängigkeiten von einzelnen, insbesondere außereuropäischen Anbietern.

Welche Fortschritte bei der Verwaltungsdigitalisierung werden Bevölkerung und Verwaltungsbeschäftigte in Baden-Württemberg in fünf Jahren spüren?

Es soll vor allem einfacher für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen werden. Kommunikation, Banking, Reisen – vieles läuft längst über das Smartphone. Das muss auch bei Verwaltungsleistungen funktionieren. Unsere Vision ist, eine flächendeckende technische Digitalarchitektur zu schaffen, die allen zugänglich ist. Daten, die der Staat einmal erhoben hat, darf er nicht erneut abfragen. Der Digital-First- und der Once-Only-Grundsatz müssen als verbindliche Richtlinien für alle Landesbehörden gelten. Dazu gehört auch, sich digital ausweisen zu können. Wir wollen als erstes Land in Deutschland ready für die EUDI-Wallet sein und sind Launch-Partner des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung.

Interview: Sibylle Mühlke

Zusammen **schneller digitalisieren**

Mehr Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen soll die Verwaltungsdigitalisierung in Baden-Württemberg beschleunigen. Im Webinar „Kommune21 im Gespräch“ diskutierten Vertreter von Komm.ONE über digitale Prozesse, Finanzierung und Souveränität.



K21 media GmbH

Das Webinar zeigte Perspektiven der Verwaltungsdigitalisierung im Ländle auf.*

Wie lässt sich die Verwaltungsdigitalisierung in Baden-Württemberg beschleunigen und welche Rolle spielt dabei die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen? Darüber diskutierten Roland Bernhard, Landrat des Landkreises Böblingen und Verwaltungsratsvorsitzender des kommunalen IT-Dienstleisters Komm.ONE, sowie William Schmitt, Vorstandsvorsitzender von Komm.ONE, im Webinar „Kommune21 im Gespräch“. Neben durchgängigen digitalen Verwaltungsprozessen ging es um gemeinsame IT-Strukturen, langfristige Finanzierung und digitale Souveränität.

Die Digitalisierung der Verwaltung hat nach Einschätzung Bernhards politisch deutlich an Bedeutung gewonnen. „Früher waren IT und IT-Abteilungen eher ein Annex der Verwaltung“, sagte er im Webinar. Das habe sich grundlegend geändert. Fachkräftemangel, knappe öffentliche Kassen und die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft machten das Thema zu einer zentralen Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. William Schmitt sieht einen weiteren Treiber in der geopolitischen Entwicklung. Verwaltungen müssten ihre Sicherheit, Souveränität und Resilienz erhöhen. Dabei gehe es letztlich auch um die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Die damit verbundenen Aufgaben könnten Land und Kommunen nur gemeinsam bewältigen.

Dass die kommunale Perspektive inzwischen stärker berücksichtigt wird, zeigt sich nach Einschätzung der beiden Gesprächspartner auch am neuen Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg. Komm.ONE habe sich mit einem Positionspapier in die Diskussion eingebracht und sei in die Beratungen einbezogen worden, berichtete Bernhard. Nicht alle Vorschläge seien übernommen worden, einige Themen fänden sich jedoch in der Vereinbarung wieder. Für Bernhard ist dies ein Zeichen für ein verändertes Verhältnis zwischen Land und Kommunen: „Die frühere Trennung nach dem Motto ‚hier kommunale Verwaltung, dort Landesverwaltung‘ funktioniert nicht mehr.“

Eine zentrale Aufgabe sieht Schmitt darin, digitale Verwaltungsleistungen konsequent Ende-zu-Ende umzusetzen. Bürgerinnen und Bürger sollten einen Vorgang vollständig digital erledigen können. Ein Online-Antrag müsse deshalb über Schnittstellen direkt im jeweiligen Fachverfahren der Verwaltung ankommen. Die Kommune dürfe nicht selbst dafür sorgen müssen, Daten von einem System in ein anderes zu übertragen. Eng damit

* v. l.: von oben nach unten: William Schmitt, Vorstandsvorsitzender von Komm.ONE; Alexander Schaeff, Chefredakteur von Kommune21; Roland Bernhard, Landrat des Landkreises Böblingen und Verwaltungsratsvorsitzender von Komm.ONE

verbunden ist die Registermodernisierung. Register müssten technisch ertüchtigt und Datenbestände bereinigt werden. Nur dann könne beispielsweise die Identität einer Person bei einem digitalen Antrag automatisiert geprüft werden. Das Ziel sei das Once-Only-Prinzip: Bürgerinnen und Bürger geben ihre Daten einmal an, anschließend können die zuständigen Behörden darauf zugreifen.

Bernhard geht die Registermodernisierung allerdings nicht schnell genug. Zeiträume bis weit in die 2030er-Jahre seien für Kommunen nicht akzeptabel. Deutschland konzentriere sich zu häufig darauf, Fehler zu vermeiden, statt neue Wege zu gehen. „Wir brauchen Innovation, wir brauchen Geschwindigkeit“, forderte der Landrat. Der Föderalismus erschwere schnelle Fortschritte zusätzlich, wenn Bund, Länder und Kommunen ihre Aufgaben jeweils getrennt betrachteten.

Auch beim Onlinezugangsgesetz (OZG) sieht Schmitt die föderale Heterogenität als ein wesentliches Hindernis. Zu Beginn hätten gemeinsame Schnittstellen- und Architekturvorgaben gefehlt. Die Länder entwickelten deshalb Lösungen auf Basis ihrer jeweiligen technischen Strukturen. Beim anschließenden Roll-out müssten diese nun aufwendig angepasst werden. Der Deutschland-Stack sei eine erste Antwort auf dieses Problem. Nötig seien gemeinsame Standards und technische Architekturen. Bei der weiteren Umsetzung sollten Bund, Länder und Kommunen nach Ansicht Schmitts stärker priorisieren. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger seien vor allem häufig genutzte Leistungen relevant, etwa in den Bereichen Familie, Soziales, Verkehr und Mobilität. Gleichzeitig müsse geprüft werden, wo Standardisierung und Automatisierung die Verwaltung besonders stark entlasten können.

Bernhard fordert zudem mehr Zentralität bei der Verwaltungsdigitalisierung. Auf kommunaler Seite sollte Komm.ONE stärker als zentraler Ansprechpartner fungieren. Es sei nicht sinnvoll, wenn einzelne Kommunen jeweils eigene Verfahren entwickelten. Auch auf Landesebene müssten Zuständigkeiten gebündelt werden. Das betrifft nach ▶

Anzeige





Ansicht Bernhards insbesondere das Verhältnis von Komm.ONE zum Landes-IT-Dienstleister BIT-BW. Doppelstrukturen könne sich Baden-Württemberg angesichts knapper finanzieller und personeller Ressourcen langfristig nicht leisten. Als Fernziel brachte Bernhard deshalb sogar eine Zusammenführung beider Organisationen ins Gespräch.

Eine Fusion könne allerdings nicht kurzfristig erfolgen. Zunächst müsse Vertrauen entstehen. Ein erster Schritt sei das gemeinsame Rechenzentrum von Land und Komm.ONE. Weitere Kooperationsmöglichkeiten sieht Bernhard bei Vergaben, Dienstleistungen und im Lizenzmanagement. Nach mehreren erfolgreich gemeinsam bearbeiteten Feldern könne anschließend über weitergehende organisatorische Schritte gesprochen werden.

Auch Komm.ONE selbst verändert seine Rolle. Der kommunale IT-Dienstleister versteht sich zunehmend als Servicebroker und Integrator. Nach Angaben Schmitts verfügt Komm.ONE derzeit über rund 80 Produkte für die Verwaltungsdigitalisierung. Das reiche nicht aus, um sämtliche Anforderungen der Kommunen abzudecken. Künftig will das Unternehmen deshalb verstärkt Lösungen von Partnern einbinden, statt alles selbst zu entwickeln. Für die Kommunen soll Komm.ONE dennoch zentraler Ansprechpartner bleiben und die Integration der unterschiedlichen Anwendungen übernehmen. Dazu gehört insbesondere, dass Daten über Schnittstellen zwischen den Verfahren ausgetauscht werden und bei Störungen klar geregelt ist, wer sich um die Behebung kümmert. Auch die Zusammenarbeit zwischen kommunalen IT-Dienstleistern soll wachsen. Viele stünden vor denselben Aufgaben, etwa bestehende Anwendungen cloudfähig zu machen oder für neue Betriebsmodelle vorzubereiten. Parallel ähnliche Lösungen zu entwickeln, sei angesichts der Kosten und des Fachkräftemangels kaum noch sinnvoll. Ressourcen müssten deshalb stärker gebündelt werden.

Mehr Zusammenarbeit soll auch helfen, die Digitalisierung trotz angespannter kommunaler Haushalte voranzutreiben. Bernhard hält Investitionen gerade in dieser Situation für notwendig. Fachkräftemangel und finanzielle Probleme seien Gründe, schneller und nicht langsamer zu digitalisieren. Das gelte besonders für kleine und mittlere Gemeinden, die viele Aufgaben nicht mit eigenen Ressourcen bewältigen könnten. Voraussetzung ist nach Ansicht Bernhards eine verlässlichere Finanzierung. Statt kurzfristiger Förderprojekte brauche die Verwaltungsdigitalisierung Budgets über drei bis fünf Jahre. Das Denken in einzelnen Haushaltsjahren passe nicht zu langfristigen IT-Projekten. Projektverantwortliche benötigten zudem mehr Freiräume, um innovative Lösungen entwickeln zu können.

Schmitt sieht ebenfalls Einsparpotenziale durch Digitalisierung, wenn Kommunen gemeinsam vorgehen und Skaleneffekte nutzen. Bei Investitionsentscheidungen müsse außerdem berücksichtigt werden, welche Kosten entstehen, wenn nicht gehandelt werde. Besonders deutlich werde dies bei der Cyber-Sicherheit. Die Kosten vorbeugender Sicherheitsmaßnahmen seien erheblich geringer als die möglichen Folgen eines erfolgreichen Cyber-Angriffs. Komm.ONE spricht sich deshalb für einen Cyber-Sicherheitspakt zwischen Land und Kommunen aus. Ziel müsse eine engere Zusammenarbeit bei der Absicherung der Verwaltungen sein. Dabei gehe es nicht nur um Cyber-Angriffe, sondern insgesamt um die Resilienz der IT-Infrastruktur.

Mit der veränderten geopolitischen Lage rückt zugleich die digitale Souveränität stärker in den Mittelpunkt. Für Bernhard betrifft das Kommunen jeder Größe. Auch kleine Gemeinden seien von Cyber-Angriffen und technologischen Abhängigkeiten betroffen. Nötig seien deshalb gemeinsame Sicherheitsstandards. Schmitt verweist vor allem auf die Abhängigkeit von großen US-amerikanischen Technologieanbietern. Würde ein zentraler Anbieter seine Dienste nicht mehr bereitstellen, hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die öffentliche Verwaltung. Eine Alternative sieht er in einer föderalen Infrastruktur öffentlicher Rechenzentren. Das gemeinsam mit dem Land geplante Rechenzentrum von Komm.ONE soll Teil eines solchen Verbunds werden. Verbindungen mit Rechenzentren anderer öffentlicher IT-Dienstleister könnten die Ausfallsicherheit erhöhen.

Gleichzeitig setzt Komm.ONE nach Angaben Schmitts bereits auf deutsche Cloud-Anbieter. Öffentliche IT-Dienstleister müssten entsprechende Angebote auch nutzen, damit für deutsche und europäische Anbieter ein Markt entstehe und sich Investitionen in die

notwendige Infrastruktur lohnten. Bernhard warnt allerdings vor der Erwartung, digitale Souveränität kurzfristig erreichen zu können. Die Abhängigkeit von amerikanischen Unternehmen sei derzeit zu groß. Er versteht Souveränität deshalb als langfristiges Ziel, dem sich die Verwaltung schrittweise nähern müsse. Eine vollständige Abschottung von US-Anbietern hält er nicht für sinnvoll.

Für die kommenden Jahre wünschen sich Bernhard und Schmitt messbare Fortschritte. Bernhard schlägt vor, für zentrale Verwaltungsleistungen konkrete Digitalisierungsquoten zu erheben. Dabei dürfe nicht allein gemessen werden, ob ein Antrag online gestellt werden kann. Entscheidend sei, ob der gesamte Prozess einschließlich der Bearbeitung innerhalb der Verwaltung digital abläuft. Schmitt würde den Erfolg aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger daran messen, ob Daten nur noch einmal angegeben werden müssen und antragsarme oder teilweise antragsfreie Verfahren entstehen. Für die Verwaltungen müsse Digitalisierung dazu beitragen, trotz Fachkräftemangels leistungsfähig zu bleiben.

Dafür sieht Bernhard auch den Gesetzgeber in der Pflicht. Für Bürgerinnen und Bürger könne „Digital First“ zum Leitbild werden, wobei analoge Angebote für diejenigen erhalten bleiben sollten, die sie benötigen. Bei Unternehmen sei perspektivisch auch „Digital Only“ denkbar. Dauerhaft analoge und digitale Strukturen parallel zu betreiben, sei nicht sinnvoll.

Damit Baden-Württemberg schneller vorankommt, brauche es nach Ansicht der beiden Gesprächspartner vor allem gemeinsame Plattformen, einheitliche Standards und Schnittstellen, eine abgestimmte Cloud-Strategie sowie klare Zuständigkeiten zwischen Land und kommunaler Ebene. Hinzu komme eine langfristig gesicherte Finanzierung. Die Strategien des Landes und von Komm.ONE müssten dabei eng miteinander verzahnt werden. Schmitt fasste die notwendige Richtung zusammen: Die Beteiligten müssten „die Dinge gemeinsam tun und nicht mehrfach“.

Alexander Schaeff

Anzeige





Evolution der Arbeitswelt

T. Bönig / S. Baumholz

Stuttgart schafft mit ChatSTR eine sichere, interne und zentrale KI-Plattform für die Stadtverwaltung, welche umfangreiche Effizienzgewinne und qualitative Verbesserungen für die Verwaltung und Bürgerschaft erzielen soll.

Im Frühjahr 2026 ist in der Landeshauptstadt Stuttgart die stadtweite KI-Plattform ChatSTR an den Start gegangen. Sie wurde vom Amt für Digitalisierung, Organisation und IT (DO.IT) sowie der stadteigenen Firma Digital MoveS entwickelt. Mit ihr will Stuttgart Künstliche Intelligenz schrittweise, praxisnah und nutzerorientiert in den Verwaltungsalltag integrieren. Der stadtweite Ausbau ist in vier aufeinander aufbauenden Phasen geplant.



SMG Werner Dieterich / KI-generiert

Stuttgarter KI-Plattform ChatSTR wird von 3.800 Beschäftigten genutzt.

Phase 1: Zum Start bietet ChatSTR eine intuitive, anpassbare Benutzeroberfläche. Damit können Beschäftigte ohne vertiefte technische Kenntnisse oder umfangreiche Erfahrung im Formulieren von Eingaben arbeiten. Der Zugang soll so einfach und alltagstauglich sein wie eine Internetsuche. Eine niedrige Einstiegshürde ist entscheidend für eine hohe Akzeptanz. Komplexe Bedienkonzepte oder eine technische Überfrachtung führen hingegen dazu, dass ein leistungsfähiges System im Arbeitsalltag kaum genutzt wird. Die Technik soll bewusst in den Hintergrund treten. Die Beschäftigten sollen sich auf ihre fachlichen Aufgaben konzentrieren können und schnell erkennen, in welchen Bereichen sie von KI sinnvoll unterstützt werden.

Eine einfache Oberfläche bildet auch die Grundlage für spätere Ausbaustufen. Künftig soll spezialisiertes Wissen aus den Ämtern ohne besondere technische Vorkenntnisse zugänglich sein. So kann ChatSTR die Hemmschwelle im Umgang mit KI erheblich senken und die Beschäftigten schrittweise mit den neuen Möglichkeiten vertraut machen.

Phase 2: In Ämtern sind Vorschriften, interne Regelungen, gesetzliche Grundlagen und Fachwissen häufig in verschiedenen Systemen weit verteilt gespeichert. Diese Informationen sind im Arbeitsalltag nur mit erheblichem Aufwand zu finden. Eine spezifische Amts-KI soll das vorhandene Wissen ohne Zutun der Mitarbeitenden bündeln und auf einfache Art und Weise verfügbar machen, um die Beschäftigten effektiv bei ihren täglichen Aufgaben zu entlasten. Das Konzept von ChatSTR stützt sich auf vier Bausteine.

Bislang arbeitet jedes Amt mit eigenen Informationen und Fachverfahren. Die Amts-KI soll diese bislang getrennten Datensilos über eine Datenplattform einfach zusammenführen. Mögliche Quellen sind interne Wikis, das Intranet, das städtische soziale Netzwerk, Gesetze, örtliche Vorschriften oder Fachdatenbanken. Die Benutzeroberfläche bleibt dabei stets gleich. Die Zugriffe richten sich nach den geltenden Vorgaben für Daten-

schutz, Informationssicherheit und Berechtigungen. Der Zugriff auf die Daten eines Amtes wird zentral durch die Datenplattform geregelt, wodurch sich die Einhaltung des Datenschutzes stark vereinfacht.

Datenschutz und Informationssicherheit haben ebenso hohe Priorität wie die angestrebten Produktivitätsgewinne. Deshalb basiert die Amts-KI auf einer intern betriebenen Open-Source-Lösung. Sensible Verwaltungsdaten verbleiben im geschützten Bereich. Bei Bedarf kann das Internet für Recherchen sicher eingebunden werden, ohne dass interne Daten offengelegt werden. ChatSTR nutzt vorrangig die Retrieval-Augmented Generation (RAG). Bei einer Anfrage ermittelt das System zunächst relevante Dokumente aus freigegebenen internen Quellen. Anschließend stellt es diese dem Sprachmodell als Kontext bereit. Dadurch sollen die Qualität der Antworten erhöht, die Quellen nachvollziehbar gemacht und fehlerhafte oder erfundene Angaben reduziert werden.

Für die einzelnen Ämter sollen nach und nach zusätzliche Funktionalitäten entwickelt werden, die die fachliche Qualität und Produktivität steigern. Mithilfe von Kennzahlen soll der konkrete Nutzen dieser Anwendungen im Arbeitsalltag aufgezeigt werden. Beschäftigte können dadurch Informationen schneller finden und Antworten unmittelbar mit den zugehörigen Quellen prüfen. Die Amts-KI schafft außerdem die Voraussetzungen für eine breitere Datennutzung: Sie macht vorhandene Informationen besser auffindbar, unterstützt eine höhere Datenqualität und ermöglicht klar geregelte Zugriffe. Damit bereitet sie zugleich die nächste Entwicklungsphase vor.

Phase 3: Zunächst sollen auf Grundlage jeder Amts-KI einfache Routinen automatisiert oder effizienter unterstützt werden. Dafür sind verlässliche, fachlich beschriebene und rechtssicher nutzbare Daten Voraussetzung. Um dies zu gewährleisten, hat die Stadt Stuttgart eine Datenstrategie erarbeitet. KI-Agenten können nur dann sinnvoll handeln, wenn sie auf geeignete Informationen zugreifen können und ihre Ergebnisse nachvollziehbar erzeugen. Der Aufbau der Amts-KI in Phase 2 ist deshalb ein notwendiger Schritt auf dem Weg zu KI-Agenten in der Stuttgarter Verwaltung.

Phase 4: Das langfristige Ziel besteht in einer zentralisierten, verwaltungsweiten KI-Plattform, die Wissen, Prozesse und Unterstützungsangebote über Organisationsgrenzen hinweg verknüpft. Aktuell erproben mehrere Ämter ChatSTR in diversen Pilotvorhaben in allen Phasen und gewinnen daraus neue Erkenntnisse für die weitere Entwicklung. Diese hoch effektive Vorgehensweise ist möglich, weil ChatSTR von Beginn an als hochverfügbare, skalierbare KI-Plattform und nicht nur als einzelner Chatbot ausgelegt wurde.

Ein wichtiger Baustein in Stuttgart ist die Stärkung der digitalen Souveränität. Sobald sich ChatSTR im Tagesgeschäft stabil bewährt hat, werden die Komponenten so weit wie möglich und sinnvoll als Open Source veröffentlicht, damit auch andere Kommunen und Institutionen von den Erfahrungen und dem Ansatz einer KI-Plattform profitieren können. Klar ist, dass Stuttgart auf diesem Weg noch eine Menge Erfahrungen sammeln wird. Wenn man jedoch effektiv weiterkommen will, muss man auch mal anfangen, selbst wenn noch nicht alles im letzten Detail geklärt ist.

Über 2.000 ChatSTR-Nutzer in nur wenigen Tagen, inklusive der vorgeschriebenen Schulungen, sprechen eine deutliche Sprache: Der Bedarf an einer KI-Plattform ist sehr hoch. Beim Ausbau von ChatSTR ist es wichtig, die konkreten Bedarfe und Wünsche der Ämter zu berücksichtigen und die Kompetenzen der Beschäftigten im Bereich KI kontinuierlich auszubauen. Ein weiterer Schritt ist, dass sich Stuttgart aktuell mit verschiedenen potenziellen Partnern unterhält, die die Entwicklung und den Betrieb langfristig absichern könnten, da auch die Ressourcen in Stuttgart begrenzt sind. Es ist davon auszugehen, dass sich hier neue Möglichkeiten eröffnen werden, um eine echte Modernisierung der Verwaltung gezielt voranzutreiben.

Die Einführung von ChatSTR stößt auf hohe Nachfrage: Aktuell nutzen mehr als 3.800 Beschäftigte ChatSTR und haben die vorgeschriebene Pflichtschulung absolviert. Zugleich steht das Projekt noch am Anfang. Im weiteren Betrieb werden technische, organisatorische und rechtliche Fragen anhand der praktischen Erfahrungen konkretisiert und beantwortet.

Thomas Bönig leitet das Amt für Digitalisierung, Organisation und IT und ist CIO sowie CDO der Landeshauptstadt Stuttgart; Sandra Baumholz ist Chief AI Officer in Stuttgart und Leiterin der Stabsstelle Strategische Planung, digitale Transformation und Innovation.

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government 58
- Duden Korrektor / E-Procurement / E-Partizipation / Geodaten-Management 59
- Dokumenten-Management / Finanzwesen 60
- Spezial-Software / IT-Security / Consulting / CMS | Portale / Apps / Friedhof 61
- Schul-IT / KI / Personalwesen / OZG-Lösungen / Breitband / Digital Signage 62
- IT-Infrastruktur / Komplettlösungen ..... 63 - 65

E-Government

Anzeige

D-0

TSA Public Service GmbH
Ansprechpartner: Thomas Patzelt
Herrenstraße 20
06108 Halle (Saale)
Telefon: 0345 / 773874-0
E-Mail: info@tsa.de
Internet: www.tsa.de

TSA macht Verwaltungsinformationen nutzbar. Mit den TSA-Infodiensten unterstützen wir Kommunen, Landkreise, Länder und den Bund dabei, Verwaltungswissen, Zuständigkeiten und Informationen digital bereitzustellen. Zur Infodienste-Plattform gehören die Module Zuständigkeitsfinder, Kommunales Recht, Servicecenter/115, Sag's uns einfach und Govii.

D-0

brain-SCC GmbH
Ansprechpartner: Sirko Scheffler
Fritz-Haber-Str. 9
06217 Merseburg
Telefon: 03461 / 25 99 510
Fax: 03461 / 25 99 511
E-Mail: info@brain-scc.de
Internet: www.brain-scc.de

Die brain-SCC GmbH ist ein führender und TÜV-zertifizierter IT- und Mediendienstleister mit Sitz in der Dom- und Hochschulstadt Merseburg, Das Unternehmen hat sich auf zwei innovative Produkte für den öffentlichen Sektor spezialisiert, welche zu dessen Unterstützung beitragen: die Digitale Baugenehmigung sowie den VOIS-Vorgangsraum.

D-2

Governikus
Ansprechpartnerin: Petra Waldmüller-Schantz
Hochschulring 4
28359 Bremen
Telefon: 0160 / 8958398
E-Mail: redaktion@governikus.de
Internet: www.governikus.de

Gemeinsam vom digitalen Wandel zum digitalen Vorsprung: Mit IT-Lösungen, die das Leben der Menschen sicherer und einfacher machen. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten zur Authentizitäts- und Integritätssicherung stehen hierbei im Vordergrund.

D-2

MACH GmbH
Wielandstr. 14
23558 Lübeck
Telefon: 0451 / 706470
E-Mail: mailbox@mach.de
Internet: www.mach.de

Für Kommunen und öffentliche Betriebe bietet MACH passgenaue Software für Finanz- und Prozessmanagement. Dazu zählen Online-Formulare, Antragsmanagement, Bau- und Betriebshof, Friedhofsmanagement, Denkmalpflege, Brandschau, Umweltschutz und Liegenschaften. Bundesweit nutzen über 4.000 kommunale Kunden Lösungen von MACH.

D-4

ITEBO GmbH
Dielingerstraße 39/40
49074 Osnabrück
Telefon: 0541 / 9631-0
Fax: 0541 / 9631-196
E-Mail: info@itebo.de
Internet: www.itebo.de

Die Verwaltung übernimmt digitale Verantwortung für Prozesse, Daten und IT-Systeme. Wir stehen als strategischer Partner für die Digitalisierung der Verwaltung an Ihrer Seite – als Softwarehaus, Beratungshaus und mit unserem ISO 27001 zertifizierten Rechenzentrum inkl. durchgängig verfügbarer und redundant ausgelegter Infrastrukturen für den IT-Betrieb.

D-5

conet Deutschland GmbH
Ansprechpartner: Matthias Klein
Bundeskanzlerplatz 2
53113 Bonn
Telefon: 0228 / 9714-0
E-Mail: info@conet.de
Internet: www.conet.de

Leading forward: conet ist seit nahezu 40 Jahren der zuverlässige Digitalisierungspartner für die öffentliche Verwaltung. Schwerpunkte des Portfolios der mehr als 2.000 IT-Experten bilden Business Transformation & Plattformen, souveräne Cloud, Trusted AI, Enterprise-Architekturen, Cyber Security sowie Human & Citizen Experience.

D-7

The Quality Group GmbH
Ansprechpartner: Bünyamin Colak
Konrad-Zuse-Platz 1
71034 Böblingen
Telefon: 0157 / 58834890
E-Mail: digital@tqg.de
Internet: www.tqg.de

TQG – Souveräne digitale KI-gestützte smartLCM Vertragsmanagementlösung für Bund, Länder & Kommunen. Vertragssoftware / Vertragsregister für Fachverfahren. eSignatur – Automatisierte Verwaltung von EVB-IT Verträgen – Revisionssicherheit – Open Source Technologie.

D-7

cit GmbH
Ansprechpartner: Andreas Mühl
Kirchheimer Straße 205
73265 Dettingen/Teck
Telefon: 07021 / 95 08 58-0
Fax: 07021 / 95 08 58-9
E-Mail: vertrieb@cit.de
Internet: www.cit.de

Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, EfA-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.

E-Government

Duden Korrektor • E-Procurement • E-Partizipation • Geodaten-Management

Anzeige

Duden Korrektor

D-6

EPC Consulting und Software GmbH
Ansprechpartnerin: Judith Weinlich
Mannheimer Str. 4
68723 Schwetzingen
Telefon: 06202/76058-70
Fax: 06202/76058-69
E-Mail: vertrieb@epc.de
Internet: www.epc.de

Gute Rechtschreibung in der Verwaltung steht für Seriosität und schafft Bürgernähe. Die Duden-Korrekturlösungen von EPC unterstützen Sie dabei, Texte fehlerfrei zu verfassen, egal auf welcher Plattform Sie arbeiten. Es werden Rechtschreibung und Grammatik sowie Stil und Füllwörter geprüft – immer auf Basis der Dudenwerke.

E-Procurement

D-1

DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH
Ansprechpartner: Marius Wolf
Unter den Linden 24
10117 Berlin
Telefon: 030 / 374343-810
Fax: 030 / 374343-822
E-Mail: vergabestellen@dtvp.de
Internet: www.dtvp.de

DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.

D-5

subreport Verlag Schawe GmbH
Ansprechpartnerin: Ricarda Jülich
Buchforststraße 1-15
51101 Köln
Telefon: 0221 / 98578-60
Fax: 0221 / 98578-66
E-Mail: info@subreport.de
Internet: www.subreport.de

Seit über 100 Jahren gestalten wir die Welt öffentlicher Ausschreibungen – mit Erfahrung, Innovation und persönlichem Service. subreport ELViS vereint eVergabe und Vergabemanagement: digital, webbasiert und rechtskonform. subreport CAMPUS vernetzt Auftraggeber und Unternehmen, fördert Austausch und macht die Lieferantensuche einfacher denn je.

D-6

veenion GmbH
Ansprechpartner: Carsten Blaha
Europaallee 11-13
67657 Kaiserslautern
Telefon: 0631 / 52084650
E-Mail: info@veenion.de
Internet: www.veenion.de

veenion ist einer der führenden Anbieter digitaler Beschaffungslösungen für den öffentlichen Sektor. Mit über 25 Jahren Erfahrung und Projekten in Bund, Ländern, Städten und Universitäten bietet die Plattform eine transparente, steuerbare und vergabekonforme Abwicklung von Direktaufträgen und Rahmenverträgen.

D-7

TEK-Service AG
Ansprechpartnerin: Monika Schmidt
Eisenbahnstraße 10
79541 Lörrach
Telefon: 07621 / 914040
Fax: 07621 / 9140429
E-Mail: schmidt@tek-service.de
Internet: www.tek-service.de

TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierende Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.

E-Partizipation

D-5

Civic Patches GmbH
Ansprechpartnerin: Holger Kreis
Pingsdorfer Str. 88-92
50321 Brühl
Telefon: 02232/568061
E-Mail: holger.kreis@civicpatches.de
Internet: www.civicpatches.de

Civic Patches entwickelt Open-Source-Software für Kommunen. Städte wie München, Köln und Bonn nutzen Mark-a-Spot für Mängelmelder, Anliegenmanagement und Bürgerbeteiligung. beantragt.ai macht aus PDF-Formularen KI-gestützte digitale Vorgänge, offen integrierbar in Fachverfahren und KI-Assistenten.

D-6

wer denkt was GmbH
Ansprechpartnerin: Theresa Lotichius
Robert-Bosch-Straße 7
64293 Darmstadt
Telefon: 06151 / 62915-50
Fax: 06151 / 62915-51
E-Mail: kontakt@werdenktwas.de
Internet: www.werdenktwas.de

Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche Bürgerbeteiligung: digital, innovativ, mehrsprachig und ki-gestützt. 15 Jahre Erfahrung mit Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Wuppertal, Bremen, Graz, Marburg, München.

Geodaten-Management

D-4

con terra GmbH
Martin-Luther-King-Weg 20
48155 Münster
Telefon: 0251 / 59689 300
Fax: 0251 / 590 697 05
E-Mail: info@conterra.de
Internet: www.conterra.de

Mit GeoIT von con terra in die digitale Zukunft: Von anwendungszentrierten Apps über Informationsportale bis zum digitalen Zwilling. Unsere Stärke: maßgeschneiderte, wirtschaftliche und voll integrierte Lösungen, die Ihre Anforderungen erfüllen. Unser ganzheitlicher Full-Service-Ansatz garantiert nachhaltige GeoIT-Lösungen.

D-8

RIWA GmbH
Ansprechpartnerin: Susann Schöne
An der Neumühle 5
87700 Memmingen
Telefon: 08331 / 92720
E-Mail: news@riwa.de
Internet: www.riwa.de

RIWA macht Geodaten digital erlebbar. Seit 1998 unterstützt das Unternehmen Kommunen bei smarter Planung und digitaler Daseinsvorsorge – mit innovativer Software, Digitalen Zwillingen und 360°-Lösungen. Über 1.500 Kunden setzen auf einen der führenden GIS-Anbieter Deutschlands.

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. 0711.937740-10.

Dokumenten-Management • Finanzwesen

Anzeige

Dokumenten-Management

D-3

OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover
Ansprechpartner: Tobias Bisgwa
Vahrenwalder Straße 269, 30179 Hannover
Telefon: 0511 / 123315-0
Fax: 0511 / 123315-222
E-Mail: hannover@optimal-systems.de
Internet: www.optimal-systems.de/hannover

Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.

D-3

Ceyoniq Technology GmbH
Ansprechpartner: Robert Wander
Boulevard 9
33613 Bielefeld
Telefon: 0521 / 9318-1000
Fax: 0521 / 9318-1111
E-Mail: info@ceyoniq.com
Internet: www.ceyoniq.com

Die Ceyoniq Technology GmbH ist Digitalisierungspartner der öffentlichen Verwaltung für intelligentes und souveränes Informationsmanagement. Mit der E-Akte-Lösung nscale eGov unterstützt das Unternehmen Behörden und Kommunen bei der sicheren und effizienten Gestaltung digitaler Verwaltungsprozesse.

D-4

SmartDocuments Deutschland GmbH
Ansprechpartner: Sven Buick
Erkrather Str. 401
40231 Düsseldorf
Telefon: 0228/37728810
E-Mail: info@smartdocuments.de
Internet: www.smartdocuments.gmbh

Raus aus dem Vorlagendschungel! SmartDocuments ist eine Softwarelösung, welche die Erstellung von Dokumenten und Vorlagen automatisiert und somit Ihre zentrale Vorlagenverwaltung massiv erleichtert. SmartDocuments ist eine flexible und skalierbare Lösung, die sich an Ihre individuellen Anforderungen und IT-Architektur anpasst.

D-4

d.velop AG
Schildarpstraße 6-8
48712 Gescher
Telefon: 02542 / 9307-0
E-Mail: info@d-velop.de
Internet: www.d-velop.de

Als innovativer DMS-Anbieter ist d.velop auf Branchen wie die öffentliche Verwaltung, Kammern und Hochschulen spezialisiert. Die Software-Lösung ermöglicht eine KI-gestützte Aktenführung, medienbruchfreie Prozesse, nahtlose Fachverfahrensintegrationen sowie eine effiziente Zusammenarbeit über Organisationsgrenzen hinweg.

D-6

sovero GmbH
Eschborner Landstraße 42-50
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 3486636-0
E-Mail: info@sovero.io
Internet: www.sovero.io

Die sovero GmbH (ehemals LORENZ Orga-Systeme GmbH), ein Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand, unterstützt Verwaltungen mit Beratung, Aktendigitalisierung und Softwarelösungen. Cloudbasierte eAkte und Bestandsaktendigitalisierung ermöglichen ortunabhängiges Arbeiten und bilden die Basis der Verwaltungsdigitalisierung.

D-7

regisafe GmbH
Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein
Heerstraße 111
71332 Waiblingen
Telefon: 07151 / 96528-233
Fax: 07151 / 96528-999
E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de
Internet: www.regisafe.de

E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.

D-7

GELAS GmbH
Digitalisierungssysteme
Anton-Schmidt-Straße 3, 71332 Waiblingen
Telefon: 07151 / 9534-70
Fax: 07151 / 9534-1
E-Mail: info@gelas.de
Internet: www.gelas.de

QNG zählt zu den Top-Lösungen unter den DMS-Systemen und hat sich als unverzichtbare Lösung für das Management von Dokumenten und revisionssicherer Archivierung in der öffentlichen Verwaltung etabliert – von der digitalen Verarbeitung von Rechnungen im Workflow bis zur Verwaltung vielfältiger Unterlagen aus Fachverfahren.

D-9

PDV GmbH
Haarbergstraße 73
99097 Erfurt
Telefon: 0361 / 4407-100
Fax: 0361 / 4407-299
Internet: www.pdv.de/kontakt

Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.

Finanzwesen

D-4

ab-data GmbH & Co. KG
Kommunale Systemlösungen
Friedrichstraße 55
42551 Velbert
Telefon: 02051 / 944-0
Fax: 02051 / 944-288
E-Mail: info@ab-data.de
Internet: www.ab-data.de

VOIS | FIWE ist das exklusiv von ab-data für die marktführende IT-Plattform VOIS entwickelte Finanzwesen. Dessen HKR/-Doppik- und Steuerverfahren machen bestehende VOIS-Bürgerservices wie MESO und GESO zum fachamtsübergreifenden Baukastensystem: digital, integriert, skalierbar, standardisiert, medienbruchfrei und maximal wirtschaftlich.

Ihr Eintrag

Ihr Produkt- oder Firmenlogo

Ihre Firmierung
Ansprechpartner: Max Mustermann
Beispielstraße 17
D-65435 Ortshausen
Telefon: +49 (0) 1234 / 123456-0
Fax: +49 (0) 1234 / 123456-999
E-Mail: info@ihr-unternehmen.de
Internet: www.ihr-unternehmen.de

Ihr beschreibender Text, maximal 330 Zeichen mit Leerzeichen. Beispiel: Firma XYZ ist Marktführer im ABC-Bereich und hat Lösungen für nahezu alle Marktsegmente. Die neue Produktfamilie PQR ist ein durchgängiges und skalierbares System mit leistungsstarken Modulen, die Anwendern und Entwicklern höchste Flexibilität bieten.

Rubrik

Spezial-Software • IT-Security • Consulting • CMS | Portale • Aps • Friedhof

Anzeige

D-3

BARTHAUER SOFTWARE

Barthauer Software GmbH
Pillaustraße 1a
38126 Braunschweig
Telefon: 0531 / 23533-0
Fax: 0531 / 23533-99
E-Mail: info@barthauer.de
Internet: www.barthauer.de

Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.

D-7

AIDA ORGA

AIDA ORGA GmbH
Otto-Lilienthal-Straße 36
71034 Böblingen
Telefon: 07031 / 30460-0
E-Mail: info@aida-orga.de
Internet: www.aida-orga.de

AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.

D-8

G&W

G&W Software AG
Ansprechpartner: André Steffin
Rosenheimer Straße 141 h
81671 München
Telefon: 089 / 51506-4
Fax: 089 / 51506-999
E-Mail: info@gw-software.de
Internet: www.gw-software.de

CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NFK: Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten, integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen. Arbeiten in der Cloud mit AVA4CLOUD.

D-9

LogoData® Ihr Partner für innovative Jugendamt-Software

LogoData ERFURT GmbH
Ansprechpartner: Steve Purrotat
Maximilian-Welsch-Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 / 5661222
Fax: 0361 / 5661223
E-Mail: info@logodata.de
Internet: www.logodata.de

Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.

Spezial-Software

D-9

NCP

NCP engineering GmbH
Ansprechpartner: Bernd Nüßlein
Dombühler Straße 2
90449 Nürnberg
Telefon: 0911 / 9968-0
Fax: 0911 / 9968-299
E-Mail: info@ncp-e.com
Internet: www.ncp-e.com

NCP ist ein weltweit führender Softwarehersteller für VPN-Lösungen, die sich in moderne Konzepte flexibel integrieren lassen und diese perfekt ergänzen. Kunden aus allen Branchen setzen auf die Lösungen „Made in Germany“. Zum Portfolio gehören auch vom BSI zugelassene Lösungen für mobiles Arbeiten nach der Geheimhaltungsstufe „VS-NfD“.

IT-Security

D-4

bpc best practice consulting

best practice consulting AG
Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch
Am Mittelhafen 32, 48155 Münster
Telefon: 0163 / 6360760
Fax: 0251 / 287798-1
E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag
Internet: www.bpc.ag

Über 25 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4HANA-Templates für Kommunen:
Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.

Consulting

D-3

NOLIS

NOLIS GmbH
Ansprechpartner: Uwe Warnecke
Celler Straße 53
31582 Nienburg/Weser
Telefon: 05021 / 88 77 555
Fax: 05021 / 88 77 599
E-Mail: info@nolis.de
Internet: www.nolis.de

Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.

CMS | Portale

D-8

EineStadt Solutions GmbH
Ansprechpartner: Sebastian Seitz
Werner-Haas-Str. 8
86153 Augsburg
Telefon: 0821 / 999831 60
E-Mail: sebastian.seitz@einestadt.com
Internet: www.einestadt.com

Die EineStadt Solutions GmbH treibt die Digitalisierung kommunaler Infrastruktur voran. Ob Baumkontrolle, Grünflächenpflege oder Winterdienst: Die Software verbindet mobile Datenerfassung, intelligente Wartungsprozesse & digitale Objektverwaltung in einer intuitiven App für moderne Städte, Bauhöfe & Dienstleister.

Apps

D-4

HADES SOFTWARE GMBH

HADES Software GmbH
Ansprechpartner: Herr Gerrit Anlauf
Jacksonring 15
48429 Rheine
Telefon: 05971 / 9871-0
E-Mail: info@hades-software.de
Internet: www.hades-software.de

Die HADES Software GmbH ist marktführendes Unternehmen für Friedhofsverwaltungsverfahren und betreut mittlerweile mehr als 4.000 Anwenderinnen und Anwender in Friedhofsverwaltungen jeder Größe. Mit innovativen Lösungen werden stets neue Maßstäbe gesetzt und so die Digitalisierung moderner Verwaltungen effektiv unterstützt.

Friedhof

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. 0711.937740-10.

Schul-IT • KI • Personalwesen • OZG-Lösungen • Breitband • Digital Signage

Anzeige

D-3

H+H Software GmbH
Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid
Maschmühlenweg 8-10, 37073 Göttingen
Telefon: 0551 / 52208-0
Fax: 0551 / 52208-25
E-Mail: info@hh-software.com
Internet: www.hh-software.com
www.netmanforschools.de

Mit NetMan for Schools unterstützt H+H Schulträger und Schulen beim stabilen Betrieb moderner Schulnetzwerke. Die Lösung ermöglicht digitale Prüfungen, die Steuerung pädagogischer IT-Umgebungen und die zentrale Bereitstellung von Anwendungen – für allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie vielfältige Anforderungen im Schul-IT-Betrieb.

Schul-IT

D-0

brainocons GmbH
Ansprechpartner: Ronny Kirchner
Leipziger Straße 110
04425 Taucha bei Leipzig
Telefon: 0173 / 8 65 15 69
E-Mail: rki@brainocons.de
Internet: www.brainocons.de

brainocons bietet eine cloudbasierte KI-Middleware für Kommunen. Unsere Lösung vernetzt bestehende Systeme – wie Webanwendungen, Fachverfahren und DMS – mit modernen KI-Modellen. Dabei unterstützen wir wichtige IT-Standards und betreiben die KI-Modelle DSGVO-Konform und gemäß AI Act der EU in einem RZ in Deutschland.

D-4

Materna Information & Communications SE
Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt
Robert-Schuman-Straße 20
44263 Dortmund
Telefon: 0231 / 5599-8292
Fax: 0231 / 5599-98292
E-Mail: marketing@materna.group
Internet: www.materna.de

Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratungsangebote und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen und die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit. Darüber hinaus realisiert Materna innovative IT-Lösungen.

KI

D-3

NOLIS GmbH
Ansprechpartner: Uwe Warnecke
Celler Straße 53
31582 Nienburg/Weser
Telefon: 05021 / 88 77 555
Fax: 05021 / 88 77 599
E-Mail: info@nolis.de
Internet: www.nolis.de

NOLIS | Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.

D-5

zfm Executive Consulting GmbH
Ansprechpartnerin: Gianna Forcella
Meckenheimer Allee 162
53115 Bonn
Telefon: 0228 / 265004
E-Mail: gianna.forcella@zfm-bonn.de
Internet: www.zfm-talentboard.de

Das zfm Talentboard ist die cloudbasierte SaaS Lösung für Auswahlverfahren, Potenzialanalysen und Bewerbungsmanagement im öffentlichen Sektor. Erstellen Sie mit wenigen Klicks standardisierte, objektive und rechtssichere Verfahren und profitieren Sie von klar strukturierten Prozessen – nutzbar in allen gängigen Browsern.

Personalwesen

D-7

SEITENBAU GmbH
Ansprechpartner: Dominik Kraus
Seilerstraße 7
78467 Konstanz
Telefon: 07531 / 36598-00
Fax: 07531 / 36598-11
E-Mail: info@seitenbau.com
Internet: www.seitenbau.com

SEITENBAU bietet Beratung, Konzeption und Entwicklung hochwertiger Individualsoftware im öffentlichen und privaten Sektor mit den Schwerpunkten OZG-Umsetzung, Registermodernisierung, Serviceplattformen und Social Intranet. Gemeinsam mit unseren Kunden bauen wir die digitale Verwaltung in Deutschland.

OZG-Lösungen

D-1

Lünecom Kommunikationslösungen GmbH
Wulf-Werum-Straße 3
21337 Lüneburg
Telefon: 04131 / 78964-0
Fax: 04131 / 78964-125
E-Mail: info@luenecom.de
Internet: www.luenecom.de

Glasfaser für Norddeutschland und Niedersachsen: „Unser Netz ist das, was Du daraus machst!“ dafür steht die lünecom. Als starke regionale Marke, Netzbetreiber und Serviceprovider versorgt lünecom Kunden, Unternehmen, Wohnungswirtschaft und Kommunen mit individuellen Lösungen und Gigabitinternet aus einer Hand.

Breitband

D-2

digitalSIGNAGE.de GmbH
Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Björn Christiansen
Ottenser Hauptstraße 2-6
22765 Hamburg
Telefon: 0800 / 72400-98
Telefon: 040 / 180 2410 80
E-Mail: vertrieb@digitalsignage.de
Internet: www.digitalsignage.de

Die digitalSIGNAGE.de GmbH bietet Digital Signage Komplettlösungen für Behörden, Institutionen & Unternehmen: Digitale Schwarze Bretter, Infostelen, Leitsysteme, Besucheraufrufsysteme, E-Paper-Türbeschilderung, Raumbuchungsdisplays – inkl. 3 Jahren Cloud CMS Software, persönlichem Support & Garantie, ISO-zertifiziert und DSGVO-konform.

D-7

SignApp GmbH & Co. KG
Ansprechpartner: Thomas Filsinger
Weiherer Straße 31
76698 Ubstadt-Weiher
Telefon: 07251 / 981890
E-Mail: buergerdialog@dsshow.de
Internet: www.dsshow.de/buergerdialog

DSSHOW BürgerDialog Software digitalisiert die Bürgerkommunikation: Öffnungszeiten, Wartezeiten, Behördenservices, Veranstaltungen und Notfallmeldungen zentral steuern und in Echtzeit auf Displays anzeigen. Software oder Komplettpaket inkl. Hardware, Software & Installation.

Digital Signage

Ihr Eintrag

Ihr Produkt- oder Firmenlogo

Ihre Firmierung
Ansprechpartner: Max Mustermann
Beispielstraße 17
D-65435 Ortshausen
Telefon: +49 (0) 1234 / 123456-0
Fax: +49 (0) 1234 / 123456-999
E-Mail: info@ihr-unternehmen.de
Internet: www.ihr-unternehmen.de

Ihr beschreibender Text, maximal 330 Zeichen mit Leerzeichen. Beispiel: Firma XYZ ist Marktführer im ABC-Bereich und hat Lösungen für nahezu alle Marktsegmente. Die neue Produktfamilie PQR ist ein durchgängiges und skalierbares System mit leistungsstarken Modulen, die Anwendern und Entwicklern höchste Flexibilität bieten.

Rubrik

IT-Infrastruktur • Komplettlösungen

Anzeige

IT-Infrastruktur

D-3

sewikom GmbH
Unter der Schirmeke 3
37688 Beverungen
Telefon: 05273 / 3676-400
Fax: 05273 / 3676-330
E-Mail: info@sewikom.de
Internet: www.sewikom.de

Die sewikom mit Sitz in NRW ist seit 1995 verlässlicher Partner für die Kommunen und ländliche Regionen. sewikom sorgt für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfaser-Netzes, den Betrieb der Glasfaser-Netze und liefert schnellste Datenraten für Privathaushalte, Wohnungswirtschaft und Wirtschaftsunternehmen. Vom Ausbau bis zum Anschluss aus einer Hand.

D-4

rku.it GmbH
Westring 301
44629 Herne
Telefon: 02323 / 3688-0
Fax: 02323 / 3688-680
E-Mail: kontakt@rku-it.de
Internet: www.rku-it.de

rku.it ist seit 1961 verlässlicher IT-Partner der Versorgungs- und Verkehrswirtschaft sowie kommunaler Unternehmen. Mit leistungsstarken IT- und Cloud-Services, SAP- und Anwendungsberatung sowie Business Process Outsourcing gestaltet rku.it zukunftsfähige IT-Lösungen. Die Leistungsfähigkeit von rku.it überzeugt heute über 130 Unternehmen.

D-7

audius SE
Ansprechpartner: Kevin Wildenau
Mercedesstr. 31
71384 Weinstadt
Telefon: 07151 / 36900-0
Fax: 07151 / 36900-10
E-Mail: sales@audius.de
Internet: www.audius.de

audius ist Trusted Partner für die öffentliche Verwaltung. Das Unternehmen bietet sichere KI, Cloud- und IT-Security-Lösungen made in Germany mit Fokus auf Datenschutz, Vertraulichkeit und digitale Souveränität - betrieben im eigenen KRITIS-bewährten, deutschen Rechenzentrum.

Komplettlösungen

D-0

Lecos GmbH
Ansprechpartner: Sebastian Rauer
Prager Straße 8
04103 Leipzig
Telefon: 0341 / 2538-0
Fax: 0341 / 2538-100
E-Mail: info@lecos.de
Internet: www.lecos.de

Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.

D-0

GISA GmbH
Leipziger Chaussee 191a
06112 Halle (Saale)
Telefon: 0345 / 585-0
Fax: 0345 / 585-2177
E-Mail: kontakt@gisa.de
Internet: www.gisa.de

Als Cloud Service-Provider und -Integrator oder mit der souveränen Cloud bietet GISA umfassende IT-Lösungen für den öffentlichen Sektor: Ob Finanz- und Haushaltsmanagement mit S/4 HANA, IT-Security, Open Source-Lösungen wie die Smart City Plattform oder KI-Themen - wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!

D-1

Telecomputer GmbH
Wagner-Régeny-Straße 25
12489 Berlin
Telefon: 030 / 1210012-0
E-Mail: info@telecomputer.de
Internet: https://telecomputer.de

Telecomputer ist Ihr Komplett-Dienstleister für Software und IT-Projekte im Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen und einer der Marktführer in diesem Bereich. Wir bieten flexible, zuverlässige IT-Lösungen und OZG-konforme Online-Dienste mit einem hohen Grad an Integration und Interoperabilität – für eine moderne, schnelle und zukunftssichere Sachbearbeitung.

D-2

CC e-gov GmbH
Gotenstraße 10
20097 Hamburg
Telefon: 040 / 227199-0
Fax: 040 / 227199-71
E-Mail: info@cc-egov.de
Internet: www.cc-egov.de

Die CC e-gov GmbH entwickelt digitale Lösungen für die öffentliche Verwaltung. Zu den Produkten zählen ALLRIS, ein Ratsinformationssystem, und CC ECM für Dokumentenmanagement. In ALLRIS unterstützt eine KI-gestützte Protokollierung die Arbeit in der Gremienverwaltung.

D-2

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)
Ansprechpartnerin: Tina Thüer
Elsässer Straße 66, 26121 Oldenburg
Telefon: 0441 / 9714-0
Fax: 0441 / 9714-148
E-Mail: info@kdo.de
Internet: www.kdo.de

Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 50 Jahren!

D-3

GovConnect GmbH
Jathostraße 11b, 30163 Hannover
Geschäftstelle Oldenburg
Ansprechpartner: Jörn Bargfrede
Nadorster Straße 228, 26123 Oldenburg
Telefon: 0441 / 97353-0
E-Mail: info@govconnect.de
Internet: www.govconnect.de

Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Hund & Halter sowie OZG-konforme Online-Dienste.

D-3

ekom21 – KGRZ Hessen
Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert
Carlo-Mierendorff-Straße 11
35398 Gießen
Telefon: 0641 / 9830-1220
Fax: 0641 / 9830-2020
E-Mail: ekom21@ekom21.de
Internet: www.ekom21.de

ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.

Komplettlösungen

Anzeige

D-4	LÄMMERZAHL – Software für Arbeit, Jugend und Soziales	**LÄMMERZAHL GmbH** Am Uhlenhorst 1 44225 Dortmund Telefon: 0231 / 177 94-0 E-Mail: info@laemmerzahl.de Internet: www.laemmerzahl.de	Mit LÄMMkom LISSA bieten wir eine integrierte Fachsoftware für Arbeit, Jugend, Soziales, Wohngeld und angrenzende Rechtsgebiete. Die zentrale Plattform bildet Arbeitsabläufe aller Fachbereiche ab und schafft deutliche Synergieeffekte in der kommunalen Verwaltung. Flexibel, effizient und zukunftsfähig – seit mehr als 35 Jahren.
D-4	Prosoz – Digitale Transformation Einfach machen.	**PROSOZ Herten GmbH** Ewaldstr. 261 45699 Herten Telefon: 023 66 / 188-0 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	Prosoz hat sich in den zurückliegenden 35 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	jccsoftware – für den öffentlichen Dienst!	**JCC Software GmbH** Mendelstraße 11 48149 Münster Telefon: 0251 / 596 838 80 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Weniger warten, mehr erledigen! JCC Software hilft Ihnen dabei Ihre Verwaltungsprozesse zu digitalisieren: Von der Terminvergabe über die Personalplanung bis zur Besuchersteuerung und Zahlungsverarbeitung. Seit über 30 Jahren entwickeln wir unsere Software mit Kommunen für Kommunen. Jetzt kostenlose Vorführung vereinbaren: hallo.jccsoftware.de/k21-demo
D-5	nagarro	**Nagarro** Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf Campusplatz 2 51379 Leverkusen Telefon: 0611 / 71189200 E-Mail: PublicSector.NES@nagarro.com Internet: www.nagarro.com/de/services/erp/sap/german-public-sector	Suite4Public: ganzheitliches kommunales Finanzwesen auf Basis von SAP. Fachverfahren für die Veranlagung von Steuern und Abgaben und Vollstreckung (Suite4KA) sowie templatebasierte SAP-Implementierungen (Suite4Doppik auf Basis SAP PSCD, Haushaltsplanung mit SAC und Haushaltsplandruck).
D-5	regio iT	**regio iT GmbH** Lombardenstraße 24 52070 Aachen Telefon: 0241 / 41359-0 E-Mail: vertrieb@regioit.de Internet: www.regioit.de	Digitaler Wandel: Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen bietet die regio iT GmbH öffentlichen Auftraggebern wie Kommunen, Schulen, Energieversorgern und Entsorgern ein umfangreiches Produkt- und Serviceportfolio – qualitätsgesichert und dreifach nach international gültigen Standards zertifiziert.
D-5	EDV Ermtraud GmbH	**EDV Ermtraud GmbH** Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Str. 10 56598 Rheinbrohl Telefon: 02635 / 9224-0 Fax: 02635 / 9224-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	KASSENVERFAHREN TopCash: zentral/dezentral, Maus & Touch, Gebühren, Leistungen + Artikel, TSE, DSFinV-K, DGUV 115-005, EC-Terminals, PayPal. GEWERBE-Fachverfahren geve f. Städte&Kreise, Cloud/SaaS. Gewerbeanzeige online > Register > Auskunft. Erlaubniswesen, ProstSchG.
D-5	KOMMUNIX – SOFTWARE, SYSTEME & BERATUNG	**Kommunix GmbH** Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 59425 Unna Telefon: 02303 / 254700 Fax: 02303 / 400 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-7	Komm.ONE	**Komm.ONE** Anstalt des öffentlichen Rechts Weissacher Str. 15 70499 Stuttgart Telefon: 0711 / 8108-20 Fax: 0711 / 8108-40001 E-Mail: info@komm.one Internet: www.komm.one	Die Komm.ONE beschafft, entwickelt und betreibt Verfahren der automatisierten Datenverarbeitung für kommunale Körperschaften, deren Zusammenschlüsse und Unternehmen in Baden-Württemberg. Zusammen mit ihren Trägern gestaltet sie die Transformation zur digitalen Verwaltung und ist in ausgewählten Bereichen auch bundesweit tätig.
D-7	Management Services	**S-Management Services GmbH** Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: 0711 / 782-0 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH (S-MS) ist ein Unternehmen aus der DSV-Gruppe und Partner für Business-Lösungen des öffentlichen Sektors. Sie unterstützt Verwaltungen mit modernen E-Government-Lösungen und bietet bürgerorientierte Prozesse von Online-Terminvergabe über Besucherstrom-Management bis zu digitalen Antragsverfahren.
D-8	AKDB	**AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern** Hansastraße 12-16 80686 München Telefon: 089 / 5903-0 Fax: 089 / 5903-1845 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.

Komplettlösungen

Anzeige

D-8	Ayunis	**Ayunis / Locaboo GmbH** Ansprechpartner: Tim McNeill Balanstr. 73 / Haus 21A 81541 München Telefon: 089 / 21 54 70 960 E-Mail: sales@ayunis.com Internet: www.ayunis.com	Ayunis entwickelt moderne Lösungen für die öffentliche Verwaltung. Unser Ziel: praxiserprobtes Verwaltungswissen mit starker Technologie zu verbinden – um die öffentliche Hand im digitalen Wandel zu unterstützen und den Arbeitsalltag spürbar zu erleichtern. Einfach. Sicher. Zukunftsfähig.
D-8	axians	**Axians Infoma GmbH** Ansprechpartnerin: Hanne Kathrin Müller Hörvelsinger Weg 21 89081 Ulm Telefon: 0731 / 1551-637 Fax: 0731 / 1551-555 E-Mail: hanne-kathrin.mueller@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Seit mehr als 35 Jahren ist Axians Infoma führender Partner von Kommunen und deren Betriebe, Rechenzentren und kirchlichen Institutionen. Die webbasierte Lösung Infoma für Finanzwesen, Liegenschafts- und Gebäudemanagement, Kommunale Betriebe ermöglicht durchgängig digitale Prozesse – auf dem Kundenserver, im RZ gehosted oder in der Cloud.
D-9	DATEV	**DATEV eG** Ansprechpartner: Alexander Mathiowetz Paumgartnerstraße 6-14 90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: https://go.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Komplettlösungen

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. 0711.937740-10.

Anzeige

Folgen Sie Kommune21 auf LinkedIn: linkedin.com/company/kommune21

Vorschau

Die nächste Ausgabe (12/2026) erscheint am 30.11.2026

Stadt Ulm



Ziele für Ulms digitale Zukunft

Nicht die Technik, sondern Organisation, Kultur und Führung sind die größten Herausforderungen der Verwaltungsdigitalisierung. Im Interview erklärt Ulms neuer IT-Leiter Thomas Laue, wie er Veränderungen gestalten und die Stadt digital voranbringen will.

Jearu/stock.adobe.com



Widerstandsfähigkeit stärken

Werden Kommunen Opfer eines Cyber-Angriffs, sind die Folgen für die Verwaltungskunden oft eklatant. Die Fähigkeit einer Organisation, ihren Betrieb schnell und zuverlässig wiederherzustellen, ist daher ebenso wichtig wie die Prävention von Angriffen.

Teduhcat/stock.adobe.com



IT-Schwerpunkte im November

Um Künstliche Intelligenz und Automatisierung sowie die Frage, welche neuen Spielregeln der EU AI Act setzt, geht es in der Rubrik Informationstechnik. Weitere Themen sind digitale Satzungsverwaltung, Cloud-Lösungen und öffentliche Beschaffung.

sup/stock.adobe.com



Finanzstrategien neu denken

Kommunen stehen zunehmend vor der Aufgabe, immense Investitionen stemmen zu müssen, während gleichzeitig die Haushaltslöcher wachsen. Moderne Finanzinstrumente und Technologien bieten erhebliche Chancen, die Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

AKDB 68	GovConnect 53	Prosoz Herten 27
Axians Infoma 7	HSH 21	RIB 55
brain-SCC 17	K21 media 5, 65	S-Management Services 43
cit 3	Karlsruher Messe- und Kongress ... 2	Sternberg 45
conet Deutschland 39	Kommunix 31, 33	Zweckverband KDO 53
E-world energy & water 47	Lämmerzahl 35	
G&W Software 55	NOLIS 67	Branchenindex IT-Guide .... 58 - 65

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH, Friedrichstraße 13, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711 / 937 740-10
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff, Friedrichstraße 13, 70174 Stuttgart
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin), Verena Barth, Dr. Thomas Nolte, Dr. Helmut Merschmann (Autor), Sibylle Mühlke

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott, Friedrichstraße 13, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711 / 937 740-11, 0160 / 6960381
E-Mail: marketing@k21media.de

Seit dem 1.1.2026 gilt die Preisliste Nr. 26 der Media Information 2026.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: 0711 / 937 740-10

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen, BLZ 641 500 20, Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Titelbild, Seite 4: Alpha/stock.adobe.com

Druck: Offizin Scheufele Druck und Medien GmbH & Co. KG, Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart-Degerloch

Hinweise:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2026 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.



NOLIS | Schulkind

Ferienbetreuung digital gedacht

Digitale Betreuungsplatzvergabe: Von der Anmeldung bis zur Platzvergabe verwalten Sie Ganztags- und Ferienbetreuungsangebote zentral und datenschutzkonform. So schaffen Sie schon heute die Strukturen für den schrittweise geltenden Ganztagsanspruch für Grundschulkinder gemäß GaFöG.

Flexible Strukturen: Mit NOLIS | Schulkind passen Sie Rollen, Berechtigungen und Bewertungskriterien individuell an die Bedürfnisse Ihrer Kommune an. So wird ein komplett digitaler und für alle Beteiligten transparenter Vergabeprozess sichergestellt.

Verlässliche Planung: Bestandslisten, Such- und Filterfunktionen sowie E-Mail-Versand direkt aus der Software heraus helfen dabei, die Schulkindbetreuung zuverlässig zu planen, Plätze transparent zu vergeben und Prozesse effizient zu koordinieren.

NOLIS GmbH
info@nolis.de
0 50 21 - 88 77 555
www.nolis.de

Mit ♥ gemacht in Nienburg/Weser
Jetzt mehr erfahren: www.nolis.de/schulkind



Viel mehr als Software!

Die AKDB-Unternehmensgruppe ist Partner und Komplettanbieter für den öffentlichen Sektor – für Kommunen jeder Größe sowie für den Bund. Wir kennen die Herausforderungen der Verwaltung: Fachkräftemangel, Cybersicherheit und den Wechsel der IT in die Cloud. Dafür bieten wir IT-Betrieb, Beratung, Service und BSI-zertifizierte Rechenzentren an. Mit digitalen Lösungen aus einer Hand – für ein funktionierendes Gemeinwesen und einen modernen Staat!

www.akdb.de

55 AKDB

Wir haben die Lösung